

# Sand im Getriebe 124

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

## Neoliberalismus, rechte Globalisierungskritik - Aufbau eines Dritten Pols?



<b>G20: Rückblick und Ausblick</b>	
<i>Reiner Braun und Kristine Karch:</i> G20 in Hamburg - erbärmlich	3
Einblicke: – Fotos, Links usw.	4
<i>Samuel Decker und Thomas Sablowski:</i> Die G20 und die Krise des globalen Kapitalismus	5
<i>Thomas Sablowski:</i> Schwächen der linken Globalisierungskritik	9
<i>Christoph Marischka:</i> G20 und Afrika - Eine vorausseilend historische Perspektive	11
<i>Decker/ Sablowski:</i> Warum eine Afrikakonferenz gerade jetzt?	13
<i>Angela Klein:</i> De-Globalisierung statt Protektionismus und Freihandel - Neues zu JEFTA	14
<i>Joseph E. Stiglitz:</i> Trump und die Wahrheit über den Klimawandel	15
UN-Vollversammlung beschließt Atomwaffenverbot Kampagne gegen Drohnen	16 16

<b>Frankreich /EU</b>	
<i>Peter Wahl:</i> Dämpfer für Durchmarsch der République en Marche	17
<i>Lukas Oberndorfer:</i> Widerstand statt Erleichterung: Sechs Thesen zu Macrons Präsidentschaft	19
Widerstand gegen Loi travail XXL	21
<i>Thomas Fazi:</i> Rückkehr der deutsch-französischen Allianz	22
<i>Christian Bunke:</i> Großbritannien - Erfolg der Linken	24
Stop Glyphosat! 1 Million Unterschriften	24
Widerstand gegen Wasserprivatisierung in Griechenland	25
<b>Südamerika</b>	
<i>Emiliano Terán Mantovani:</i> Venezuela von innen: Sieben Schlüsselfaktoren zum Verständnis der aktuellen Krise	26
<i>Observatorio Argentino:</i> Argentinien: Versuchslabor der neuen Rechten	30
Termine / Europäische Sommeruniversität	32

## Vorwort

„Die progressiven Kräfte haben im Konfliktzyklus nach der Finanzkrise eine verheerende Niederlage erlitten.“ (Thomas Sablowski und Samuel Decker).

Nicht nur in Europa: „Die Ersetzung von internationalem Recht durch das reine Recht der Stärke“ (Christoph Marischka über das Gebären von G20-Staaten gegenüber Afrika), der Aufstieg der Neuen Rechte in Lateinamerika (Observatorio Argentino; Emiliano Terán Mantovani über Venezuela) weisen auf eine weltweite reaktionäre Welle hin.

„Nationalistisch-autoritäre Hegemonieprojekte problematisieren die Globalisierung und die europäische Integration nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell-politisch. Sie erreichen dabei gesellschaftliche Schichten, die sich im neoliberalen Zeitalter von der Sozialdemokratie und der Linken abgewandt haben.

(...) Marine Le Pen hat die zweite Runde ihres Präsidentschaftswahlkampfes mit der Kritik an der Globalisierung bestritten. Und auch Donald Trump führt seinen Feldzug gegen die Exportweltmeister China und Deutschland im Namen der Sicherung von Arbeitsplätzen «zu Hause». (...)

Die rechte Globalisierungskritik steht für ein nationalistisches Projekt, in dem die Klassengegensätze in den Hintergrund gerückt werden und die eigene Nation gegen andere Länder in Stellung gebracht wird.“

(Thomas Sablowski)

Was tun? Der Aufbau eines „transnationalen Netzwerks“ steht dringend an, der Aufbau eines „dritten, solidarischen Pols jenseits von Neoliberalismus und extremer Rechten“ (Lukas Oberndorfer) - mit einer „gemeinsamen Plattform von Forderungen“ (Th.S.).

Ansätze dafür sehen wir z.B. in Großbritannien (Zustimmung zu Corbyn), in Frankreich (La France Insoumise). In Frankreich (Peter Wahl: „Es steckt eine gehörige Portion Thatcher in Macron“) werden Macrons „neoliberalen Reformen“ - das er „notfalls auch mit autoritären Mitteln“ durchsetzen will - (L.O.) nicht hingenommen, so erstarkt erneut die Bewegung in Frankreich gegen das Loi travail XXL.

Elemente einer solchen „Plattform von Forderungen“ wären - u.a. - die Verteidigung und der Ausbau des Arbeitsrechts, eine „De-Globalisierung, d.h. den Umbau unsere Wirtschaft zu ökologischen Kreislaufwirtschaften“, „wirklich fairer Handel, wo er sinnvoll ist“ (Angela Klein), auch die Ablehnung von Privatisierungen (Griechenland), die Forderung nach Verbot von Atomwaffen und von Kampfdrohnen.

Bei diesem ehrgeizigen – aber notwendigen - Projekt kann man sich auf schon vorhandene Plattformvorschläge beziehen (einige in SiG-SN zu G20). (mdv)



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von cooditrad! Cooditrad braucht noch Unterstützung! [www.cooditrad.attac.org](http://www.cooditrad.attac.org)

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:

Eintragung online (rechte Spalte!) : <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

Gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €).

Bestellung in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de.

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:

1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft

Bis zur Nr. 116: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften

Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland), Mitarbeit von Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch von vielen Attacies und Engagierten, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben.  
Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung.  
ViSPR: Peter Strotmann



# G20 in Hamburg

## Juli 2017

Reiner Braun, Kristine Karch

### G 20 in Hamburg - erbärmlich

Am Tag danach und nach etwas Ruhe darf doch endlich die Frage gestellt werden: Was hat dieser Gipfel wem politisch gebracht? Dies ist der Versuch einer ersten Annäherung an die Realität des Gipfels. Dabei sollen nicht nur das zutiefst undemokratische, aggressive Verhalten der Polizei, die eindrucksvollen und mutigen Proteste, die herausragende Demonstration der 76.000 sowie die verwerflichen Handlungen des kriminellen Mobs benannt werden. Wie viele Provokateure dabei waren, werden wir sicher noch herausbekommen, ein unabhängiger Untersuchungsausschuss ist dringend notwendig.

#### Was sind die Ergebnisse des G20-Gipfels – politisch und materiell?

Die Kosten: Die offiziellen 130 Millionen Euro entsprechen schon lange nicht mehr der Realität. Die Zahl 300 Millionen Euro kommt den Ausgaben für das Spektakel schon näher, es bleibt, dass viele Ausgaben wie die Ausfälle der Kleingeschäfte Betreibenden, der Menschen, die nicht zur Arbeit kamen, das provozierte Verkehrschaos, die ausgebliebenen Touristen gar nicht skizziert werden können.

Haben diese immensen Ausgaben „politischen Benefit“ gebracht? Ein Blick in die Abschlusserklärung verdeutlicht die Nullnummer dieses Gipfels.

#### Was gibt es alles nicht?

- Keinen Cent für den globalen Klimafonds der UN, dieser taucht gar nicht erst auf.
- Keine weitere finanzielle und politische Unterstützung für die Realisierung der Sustainable Development Goals (SDG) der UN. Propagandistisch werden sie erwähnt, kein Schritt zu ihrer Realisierung wurde vereinbart. Hungernde, Arme warten weiterhin auf aktive Unterstützung! So wird Afrika nie eine Chance haben, sich selbst zu entwickeln.
- Keine einzige Initiative für die Realisierung des Abkommens von Paris. Wie können die Ziele des Abkommens von Paris 2015 Realität werden, wie Emissionen gesenkt, wie kann den Ärmsten der Armen im Kampf gegen die Klimaerwärmung geholfen werden? Nichts und wieder nichts in der Abschlusserklärung. Deutschland schaltet seine Kohlekraftwerke immer noch nicht ab

und wird mit der Politik dieser Regierung keine Klimaziele erreichen.

- Abrüstung taucht nicht auf. Wie sollen denn die SDG und die Klimaziele erreicht werden, wenn nicht durch die Reduzierung der 1,7 Billionen USD an Rüstungsausgaben?

- Von ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention kein Wort – Krieg und Krisen werden täglich weiterhin Tausende Menschenleben kosten, von Afghanistan bis Syrien.

#### Was gibt es in der Abschlusserklärung?

- Ein Bekenntnis zur gescheiterten neoliberalen Wirtschafts- und Handelspolitik. Ob globaler neoliberaler Welthandel oder protektionistischer nationaler Handel, beide werden auf dem Rücken der ärmeren Länder ausgetragen, beide sind das Gegenteil von gerechtem Handel. Diese gescheiterte ausbeuterische Handelspolitik wird gelobt und fortgeschrieben – wider alles Wissen um ihr Scheitern. Die Ungerechtigkeit des Handels und Wirtschaftssystems wird fortgeschrieben.

Mit einer multilateralen Politik verfolgt besonders die Bundesregierung eine aggressive Exportüberschussstrategie, die zu immensen ungleichen Entwicklungen führt, zu ökonomischer Instabilität, zu politischen Krisen und Konflikten in den betroffenen Ländern in Europa und anderen Teilen der Welt.

- Mehr fossile Energien für Jahre besonders in den USA, aber auch in vielen anderen Ländern der G20-Gruppe. Deutschland beteiligt sich aktiv an der Ausbeutung fossiler Rohstoffe. Das so dringend notwendige Ende des fossilen Zeitalters wird hinausgeschoben – der Planet in seiner Existenz gefährdet, die Klimaauswirkungen werden wir mehr und mehr täglich merken und wieder sind die Ärmsten der Armen am meisten betroffen – unfairer, ausbeuterischer geht es kaum.

- Die Verlogenheit im Umgang mit den Migranten und Immigranten wird festgeschrieben. Haltet sie von der Festung Europa fern, wie auch immer. Da kann Trump mit seiner eigenen Mauer leicht mitwirken. Menschenrechte sind außer bei Sonntagsreden ein Fremdwort.

- Was dann nicht fehlen darf: ein Bekennt-

nis zum Wachstum, als ob hemmungsloses Wachstum an den Krisen und Katastrophen unserer Zeit nicht mit schuld ist und als ob die einfache Kenntnis, dass ungehemmtes Wachstum auf einem begrenzten Planeten nicht möglich ist, nicht auch schon die Regierenden der Welt erreicht hätte.

- Emanzipation der Frau wird auf die Entwicklung einer Minderheit von Frauen zu widerlichen Kapitalistinnen à la Ivanka Trump reduziert. „Emanzipation“ durch Ausbeutung – nein danke.

- „Alter Wein in neuen Schläuchen“, so lassen sich die Ergebnisse des pompös als Afrika-G20-Gipfel angekündigten Spektakels in der Abschlusserklärung zusammenfassen. Neoliberale Handelspolitik, „Markt“öffnung und Zollsenkungen als noch größerer Raubbau an Ressourcen und Land: die alter Leier, die verantwortlich ist für die desaströse Situation in vielen Ländern dieses Kontinents. Diktatoren werden hofiert. Solidarische Hilfe zur Selbsthilfe und Entwicklung sehen anders aus.

Für dieses Ergebnis, das nicht einmal als Nullnummer, sondern als Schlag gegen das Abkommen von Paris zu bezeichnen ist, wurde(n)

- die Demokratie außer Kraft gesetzt,
- durch Hunderttausende Flugkilometer die Umwelt zerstört,
- irre Summen an Geld verschwendet,
- das System der UN weiter geschwächt.

Das ist verantwortungslose Politik, wofür? Für den Profit einiger weniger Konzerne und Banken, einiger Global Player. Die Zehntausende, die bei den Protesten mutig und entschlossen auf die Straße gegangen sind, sind ein Zeichen der Hoffnung – es müssen noch viel mehr werden, um diesen ökologischen, demokratie- und menschenfeindlichen Wahnsinn zu beenden.

PS Wenn es wirklich zu einem Waffenstillstand im Südwesten Syriens kommen sollte – großartig. Aber die beiden Herren hätten sich billiger, intensiver und einfacher in Alaska treffen können (und ausgehandelt worden war dieser Plan schon wochenlang vorher in Geheimverhandlungen in Jordanien).

Reiner Braun ist Kopräsident des internationalen Friedensbüros (IPB), Kristine Karch ist Kovorsitzende des internationalen Netzwerkes No to War – No to NATO

Weltwirtschaft und Entwicklung dokumentiert - in fortlaufender Aktualisierung - die wichtigsten offiziellen Beschlüsse, Hintergrundpapiere, Analysen und Kommentare zum Hamburger Gipfel. [Webseite](#)

Dossiers zu G20: <https://www.rosalux.de/dossiers/g20/> ; <https://www.neues-deutschland.de/dossiers/397.html>  
<https://www.jungewelt.de/blogs/g20hh>



**76.000 demonstrieren in Hamburg am 8. Juli 2017  
für globale Gerechtigkeit und grenzenlose Solidarität**



[Web-Seite der Demonstration](#)

... und das fand auch statt:  
5000 Minibürger demonstrieren in  
[Miniatur-Wunderland](#)

Hunderte in Lehm gehüllte Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft haben in einer zweistündigen Choreografie ihre Kritik am G20-Gipfel Ausdruck verliehen und zu mehr Menschlichkeit und Eigenverantwortung aufgerufen. Unter [die aktion](#) steht ein ausführlicher Bericht über diesen besonderen Tag. <https://1000gestalten.de/>



**Gewalt?**

Aus einem [Offenen Brief](#), u.a. von Attac DE unterzeichnet:

„Nach der Konfrontation mit einer offensichtlich außer Kontrolle geratenen Staatsgewalt sind wir schockiert über den Hass und die tendenziöse Darstellung der Ereignisse vonseiten der Politik und zahlreicher Leitmedien. „

**Distanzierung?**

(...) Teile der Politik und der Medien spielen bereits [verrückt und skandieren](#), „die Linke“ solle sich doch viel stärker von Gewalt distanzieren. (...) Haben Sie jemals auch nur im Ansatz mitbekommen, dass Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Bernd Riexinger, Katja Kipping, Gregor Gysi oder auch Toni Hofreiter, Katrin Göring-Eckardt, Martin Schulz oder Sigmar Gabriel (so man sie zur erweiterten politischen Linken zählen will) sich mit derartiger Gewalt solidarisiert hätten? Warum soll man sich von etwas distanzieren, mit dem

man sich nie solidarisiert hat?(...)

Wenn man schon unbedingt einen Vergleich anstellen und eine Schublade suchen muss, dann findet man sie wohl am ehesten beim Hooligan-Problem des Fußballs. Niemand käme auf die Idee, den Familienvater, der sich mit Sohnmännchen und Töchterchen ein Fußballspiel im Stadion anschaut, direkt oder indirekt für Ausschreitungen verantwortlich zu machen, die gewalttätige Hooligans im Umfeld des Spiels anrichten. (...) <http://www.nachdenkseiten.de/?p=39113>

**Wessen Gewalt?**

[JW](#) vom 21.7.: Rechtsextreme Gruppen haben am 7.7. mitgemischt  
G20-Krawalle: Umfassende Analyse wirft neue Fragen auf, [Max Bryan](#), 28.7.2017

**G20-U-Haft – Ein Signal der Abschreckung an EU-Bürger\_innen?**  
In Hamburger JVs befinden sich zurzeit (28. Juli 2017) 35 Untersuchungsgefangene, die während des G20-Gipfels festgenommen wurden, darunter 20 aus dem EU-Ausland. Einigen wird keine individuell zuzuordnende Straftat vorgeworfen, anderen lediglich solche, die normalerweise höchstens mit Bewährungsstrafen geahndet werden. „In einigen Fällen wird die Fortdauer der U-Haft allein mit dem Vorwurf einer ‚psychologischen Unterstützung‘ von Demonstrant\_innen begründet, die Flaschen oder Böller geworfen hätten – weil die nun Inhaftierten sich nicht aus diesen Gruppen entfernt hätten“, kritisiert Martin Dolzer, justizpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Mehr: [Linksfraktion Hamburg](#)

**Gipfel für globale Solidarität,  
5. und 6. Juli 2017 in Hamburg**

**ABSCHLUSSVERANSTALTUNG:  
[Video-Aufzeichnung](#)**

**Für Globale Solidarität – mit einer progressiven Internationale? – Strategien gegen den Neoliberalismus und die neue Rechte,**

Mit: Srećko Horvat (DiEM25, Kroatien), Hans-Jürgen Urban (IG Metall-Vorstand, Deutschland), Jayati Ghosh (Jawaharlal-Nehru-Universität, Indien), Samir Amin;  
Moderation: Mario Candeias (RLS)

[Videos](#) und Fotos des Gipfels

Anfang September wird eine **Follow-Up Veranstaltung** des Alternativgipfels in Hamburg stattfinden. Dabei wird es um die inhaltliche Kritik an den Ergebnissen des G20-Gipfels gehen – die in der öffentlichen Debatte bisher untergeht.

**Attac- Broschüre:  
Global gerecht statt G20**

# Samuel Decker und Thomas Sablowski, Rosa-Luxemburg-Stiftung Die G20 und die Krise des globalen Kapitalismus

Die «Gruppe der 20» (G20) umfasst die Regierungen von 19 der wirtschaftsstärksten Staaten der Welt und den Präsidenten der Europäischen Kommission.

Die **Bundesregierung** betrachtet die G20 als das zentrale Forum der internationalen Zusammenarbeit in Finanz und Wirtschaftsfragen, obwohl die Regierungen vieler Länder ausgeschlossen sind und es die UNO gibt, in der nahezu alle Staaten der Erde vertreten sind. (...)

Die G20 wurde nach der Asienkrise 1999 **gegründet** und in der jüngsten globalen Finanzkrise 2008 zu einem zentralen wirtschaftspolitischen Gremium der Staats- und Regierungschefs aufgewertet. Allerdings bezog sich ihr Krisenmanagement nicht auf die tieferen Ursachen der vielfältigen Krisen im globalen Kapitalismus, sondern auf deren oberflächliche Auslöser.

Wenn es einen Bereich gibt, in dem die G20 tatsächlich politisch einflussreich war, so ist es die **Finanzmarktregulierung**. Allerdings griffen auch die Ansätze der G20 zu

einer strikteren Regulierung der Finanzmärkte zu kurz und wurden zudem in der Umsetzung durch Interessenkonflikte in und zwischen den Nationalstaaten verwässert. Inzwischen droht sogar die Rücknahme der wenigen Fortschritte, die auf diesem Feld erreicht wurden.

In den letzten Jahren hat die G20 ihre Agenda auf **Themen wie nachhaltige Entwicklung und Klimawandel** ausgedehnt. Aber die G20 interpretiert die in der Agenda 2030 der UNO enthaltenen Ziele zur nachhaltigen Entwicklung in sehr eigenwilliger und verkürzter Weise.

Letztlich geht es der G20 darum, **neue Bereiche für Kapitalanlagen** zu erschließen und private Investitionen zu fördern. So droht eine neue Welle der Privatisierung gesellschaftlicher Infrastrukturen und der Umverteilung zugunsten des Kapitals durch «öffentlich-private Partnerschaften». Die insbesondere von der Bundesregierung vorangetriebene «Partnerschaft mit Afrika» zielt darüber hinaus vor allem darauf, afri-

kanische Märkte zu öffnen.

Um der Kritik von sozialen Bewegungen entgegenzutreten, bemüht sich die G20 und insbesondere die Bundesregierung um eine **selektive Einbindung von Nichtregierungsorganisationen** in Konsultationsprozesse. Doch auch diese Einbeziehung der «Zivilgesellschaft» verbleibt im Rahmen der herrschenden Regierungslogik und führt nicht wirklich zu mehr Demokratie oder zu einem sozial-ökologischen Politikwechsel. Schließlich treten wirtschafts- und geopolitische **Konflikte** innerhalb der G20 immer stärker zutage.

Letztlich zeigt sich: Die G20 sind Teil des Problems. Der Kampf um eine Demokratisierung und sozial-ökologische Transformation der kapitalistischen Gesellschaften ist auch ein Kampf gegen die Politik der G20. Die besondere Herausforderung besteht darin, **politische Alternativen und Strategien zu entwickeln**, die sich von denen der abgeklungenen globalisierungskritischen Bewegung unterscheiden.

Wir (SiG-Redaktion) veröffentlichen Abschnitte dieser **Studie** (aus dem Kapitel 5 und aus dem Fazit). Eigene Hervorhebungen.

## Neue Welt(un)ordnung: Geopolitische Konflikte und die inneren Widersprüche der G20 Die Konflikte in der G20 nehmen zu

Seit der kurzfristigen Stabilisierung der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft nach 2009 lässt sich eine **Zunahme offener politischer Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen der G20-Staaten** feststellen (Wahl 2015). (1) Ohne das zusammenschweißende Moment einer akuten ökonomischen Krise wird die G20 mehr und mehr zum Austragungsort divergierender Wachstumsstrategien und internationaler Konflikte. (...)

Einerseits sind die transnationalen Produktions- und Investitionsstrukturen und die internationale Arbeitsteilung zu ihrer Aufrechterhaltung auf internationale Kooperation angewiesen, andererseits geht der globale Kapitalismus mit ökonomischen Ungleichgewichten und Krisen einher, die neue Konflikte schüren. Die Konkurrenz der Unternehmen ist mit Kämpfen der Staaten um ihre Position in der internationalen Arbeitsteilung verbunden. Dabei wirken gleichzeitig zentripetale Kräfte, die durch die imperialistischen Mächte der Zentren verstärkt werden, und Kräfte der Marginalisierung bzw. Abspaltung. Die etablierten Mächte an der Spitze der internationalen Hierarchie werden durch neu aufstrebende Mächte herausgefordert. «Horizontale» Konflikte zwischen den Staaten überlagern sich mit den «vertikalen» Konflikten zwischen Klassen und Klassenfraktionen (vgl. Overbeek 2008; Van der Pijl 1998 u. 2006;

Simon 2017). (...)

Auch die Politik der G20 ist von den gegenwärtigen **Verschiebungen im Weltmaßstab** geprägt. Deren Besonderheiten gegenüber früheren Phasen kapitalistischer Entwicklung und ihrer internationalen Regulation liegen im Ineinandergreifen politischer und ökonomischer Krisendynamiken seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2007/08 begründet. Eine Krise der globalisierten, finanzialisierten Entwicklungsweise verbindet sich mit Positionsverschiebungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft und dem relativen Niedergang der alten kapitalistischen Zentren.

Beim dynamischen Zusammenspiel zwischen Kooperation und Konflikt innerhalb der G20 geht es also auch um das Ringen um die Weltordnung und die Entwicklungsweise der Zukunft bzw. darum, welche Staaten und welche Kapitalfraktionen zukünftig hegemonial sein werden.

### **Aufstieg des Südens oder Aufstieg Chinas?**

Vieles spricht dafür, dass sich mit dem Aufstieg ehemals kolonial beherrschter und ökonomisch marginalisierter Staaten zu Zentren der weltweiten Kapitalakkumulation auch die globalen Machtverhältnisse verschieben.

Der Anteil der **BRICS-Staaten** am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt ist von 1995 von etwa 16 Prozent auf nahezu 30 Prozent angewachsen (vgl. Prys 2013: 2). Die BRICS-Staaten haben seit 2006 auf regelmäßigen Gipfeltreffen ihre Zusammenarbeit vorangebracht und mit einer eigenen Entwicklungsbank (New Development Bank) und einem gemeinsamen Reservefonds (Contingency Reserve Arrangement) – bisher mit jeweils 100 Milliarden US-Dollar ausgestattet – langfristige Alternativen zu den Bretton-Woods-Zwillingen IWF und Weltbank auf den Weg gebracht (Wahl 2015: 1). Regelmäßige Treffen der BRICS-Regierungschefs und der Beschluss zur Gründung einer Entwicklungsbank und eines Pools an Währungsreserven im Jahr 2013 wurden – ebenso wie die Gründung der G20 und ihre Aufwertung zu einem Forum der Regierungschefs – als Anzeichen für Kräfteverschiebungen im globalen Staatensystem gewertet (vgl. ebd.).

Nach weltstystemtheoretischer Lesart ist die historische Entwicklung des Kapitalismus von wiederkehrenden Zyklen sich **abwechselnder Hegemonie-Konstellationen** gekennzeichnet. Demnach ging das hegemoniale Zentrum der globalen Kapitalakkumulation in den letzten Jahrhunderten von Genua (15. und 16. Jahrhundert) über die Niederlande (17. Jahrhundert) und Großbritannien (19. Jahrhundert) auf die USA (20.



Jahrhundert) über (vgl. Arrighi 1994; Arrighi/Moore 2001). Ein starkes Wachstum des Finanzsektors und das Abwandern der industriellen Basis in periphere Staaten führen nach weltstheoretischer Deutung zu einer Krise der bestehenden Hegemonie und der Herausbildung einer neuen Konstellation. Insbesondere die Volksrepublik China wird häufig in der Rolle einer Herausforderin der westlich geprägten Weltordnung gesehen (vgl. Arrighi 2008). Der Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Ökonomie und zur größten Handelsnation, die Höhe der chinesischen Devisenreserven sowie der Gläubigerstatus gegenüber den USA sind Anzeichen dafür (vgl. Simon 2017: 23).

Allerdings zieht das starke Wirtschaftswachstum der BRICS-Staaten und insbesondere Chinas **nicht automatisch den politischen Machtverlust der USA** und der alten kapitalistischen Zentren nach sich, die ihre Positionen erbittert verteidigen. So war zum Beispiel eine Reform der Stimmrechte im IWF zugunsten der Entwicklungs- und Schwellenländer bereits beim G20-Gipfel in London 2009 Thema. Die G20-Regierungen verpflichteten sich dort jedoch lediglich, eine bereits im April 2008 vereinbarte Quoten- und Stimmrechtsreform umzusetzen, und forderten den IWF auf, die nächste Quotenüberprüfung bis Januar 2011 abzuschließen (G20 2009a: 7). Beim Gipfel in Pittsburgh erkannte die G20 an, dass die Stimmrechtsquoten im IWF dem Gewicht der beteiligten Länder an der Weltwirtschaft entsprechen sollten: Sie verpflichteten sich, die Stimmrechtsanteile «dynamischer» Entwicklungs- und Schwellenländer im IWF um mindestens fünf Prozent zu erhöhen, weg von den überrepräsentierten Staaten und hin zu den unterrepräsentierten Staaten (G20 2009b: 17). 2010 kam es tatsächlich zur Stimmrechtsreform im IWF; insgesamt 6,2 Prozent der Stimmrechte wurden umverteilt, was jedoch nicht den Verschiebungen der Anteile am weltweiten Sozialprodukt entspricht, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben. Am stärksten wurden die Stimmrechte Chinas erhöht, von 3,81 auf 6,07 Prozent. Die Stimmrechte von Indien, Russland, Brasilien, Südkorea, der Türkei und Indonesien wurden in geringerem Maße erhöht. Die Stimmrechte der USA sanken geringfügig von 16,75 auf 16,47 Prozent und die Stimmrechte Deutschlands von 5,81 auf 5,31 Prozent. Auch die Stimmrechte aller anderen Industrieländer sanken kaum (vgl. Vestergaard/Wade 2014: 11). Tatsächlich wurden nur 2,6 Prozent der Stimmrechte von den Industrieländern an die Entwicklungs- und Schwellenländer umverteilt, die restliche Umverteilung fand innerhalb der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer statt (ebd.: 9). Setzt man die Stimmrechte zum Bruttoinlandsprodukt der Länder in Beziehung, so zeigt sich sogar, dass

die Stimmrechte der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer in Relation zu ihrem BIP gesunken sind, während die Stimmrechte der Industrieländer gestiegen sind! Das Verhältnis der Stimmrechte zum BIP ist bei den beteiligten Ländern ganz unterschiedlich (ebd.: 12 f.).

Bei der **Weltbank** fand eine ähnliche Reform mit ähnlichem Ergebnis statt: Auch hier sanken die Stimmrechte der Entwicklungs- und Schwellenländer in Relation zu ihrem BIP (vgl. ebd.: 17 ff.).

Zudem scheint sich der ökonomische und politische Aufstieg der **BRICS**-Staaten seit 2015 zu **verlangsamen**.

Innenpolitische Probleme, fallende Öl- und Rohstoffpreise, rezessive ökonomische Entwicklungen in Russland und Brasilien sowie eine Abkühlung der Wachstumsdynamik in China haben die Erwartungen eines schnellen Aufstiegs der Schwellenländer vorerst zunichtegemacht. Hinzu kommen geopolitische Differenzen, etwa zwischen Indien und China, sowie mangelnde Einigkeit in wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen (Prys-Hansen/Nolte 2016). Symbolkräftig wurde der BRIC-Investmentfond von Goldman Sachs, auf den der BRIC(S)-Begriff ursprünglich zurückgeht, im Herbst 2015 mit Verlusten von 88 Prozent gegenüber dem Aktienkurs von 2010 geschlossen (Bloomberg 2015).

Letztlich sind die BRICS-Staaten wie die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer überhaupt eine **sehr heterogene Gruppe**. Der größte Teil der globalen Verschiebungen geht auf den Aufstieg Chinas zurück. Die Entwicklung Chinas ist einzigartig, auch wegen der besonderen Bedingungen, die durch die Revolution 1949 geschaffen wurden. Erst die Kombination der Größe des Landes und seiner Bevölkerung mit den besonderen staatlichen Steuerkapazitäten hat diese Entwicklung ermöglicht.

### **Wechselseitige Abhängigkeiten und wachsende Rivalitäten**

Um sowohl die dynamische kapitalistische Entwicklung ehemals peripherer Regionen als auch ihre Krisen und Widersprüche zu verstehen, ist eine tiefer gehende ökonomische Analyse vonnöten. Während nach Ausbruch der Hypothekenkrise in den USA im Jahr 2007 und der Eurokrise im Jahr 2010 vor allem von einer Krise des globalen Nordens die Rede war, zeigt sich, dass der **«Aufstieg des Südens» nicht unabhängig von der Entfaltung des globalen Kapitalismus** und seiner Strukturprobleme zu verstehen ist. Die (neo-)liberale Weltmarktordnung und Expansion der Finanzmärkte einerseits und die Wachstumsentwicklung (semi-)peripherer Staaten andererseits stehen in einem wechselseitigen Zusammenhang. Der gewaltige Kapitaleport aus den

USA, Westeuropa und Japan in (semi-)periphere Staaten seit den 1970er Jahren trug einerseits zur partiellen Deindustrialisierung der kapitalistischen Zentren bei und erlaubte dort den Import billiger Konsumgüter. Die Internationalisierung der Produktion, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion an zusätzlicher Dynamik gewann, ermöglichte andererseits die exportorientierte Industrialisierung (semi-)peripherer Staaten. Die Devisenreserven, die insbesondere China durch sein exportgetriebenes Wachstumsmodell erwirtschaftete, flossen wiederum in US-Staatsanleihen und ermöglichten auf diese Weise die Expansion der Finanzmärkte.

Die Wachstumsmodelle Chinas und anderer aufstrebender Ökonomien entstanden also innerhalb der postfordistischen, finanzdominierten Entwicklungsweise und der (neo-)liberalen Weltordnung unter Führung der USA. Die tiefe, strukturelle Krise der neoliberalen Globalisierung betrifft daher mittelfristig auch die Länder des globalen Südens. Deren exportorientierte Wachstumsstrategien sind auf einen stetigen Zufluss ausländischen Kapitals und auf ausländische Absatzmärkte angewiesen. Wird Kapital abgezogen oder schrumpft die Nachfrage nach Rohstoffen oder Konsumgütern, gerät ihr Wachstumsmodell unter Druck. Strategien, sich innerhalb transnationaler Wertschöpfungsketten aufwärts zu bewegen sowie die inländische Nachfrage anzukurbeln und auf diese Weise unabhängig von ausländischen Absatzmärkten zu werden, greifen nur langsam und langfristig, wenn überhaupt.

Kurz- und mittelfristig sind die Volksrepublik China und andere aufstrebende Ökonomien nicht an einem chaotischen Zerfall der neoliberalen Ordnung interessiert, da sie (wenn auch asymmetrisch) in diese Weltordnung ökonomisch integriert sind (Simon 2017; Kiely 2016).

Trotz der wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den Wachstumsstrategien der alten kapitalistischen Zentren und der Schwellenländer kommt es zu **wachsenden Rivalitäten zwischen liberalen und «staatskapitalistischen» Ordnungsmodellen**. Insbesondere das ökonomische Ordnungsmodell der Volksrepublik China unterscheidet sich deutlich von der liberalen Marktwirtschaft. Es beruht auf einer strengen Regulierung des Kapitalverkehrs und der Finanzmärkte, der Kontrolle ökonomischer Schlüsselbereiche durch nationales Kapital und auf massiven staatlichen Investitionen in Industrie- und Infrastrukturprojekte. Die verstärkte Zusammenarbeit mit (semi-)peripheren Staaten und die gezielte Förderung nationaler Großunternehmen in Schlüsselsektoren führen zu einer Internationalisierung des staatskapitalistischen Ordnungsmodells. Dadurch entstehen Rivalitäten mit den Wachstumsstrategien der

Zentren des globalen Nordens, die auf freiem Kapitalverkehr und ungehinderten Marktzugang angewiesen sind (Simon 2017).

Tatsächlich haben sich längst parallele Strukturen internationaler ökonomischer Kooperation herausgebildet, von denen die BRICS-Gemeinschaft nur eine Initiative von vielen darstellt. Zu nennen sind etwa der **ASEAN-Markt** im südostasiatischen Wirtschaftsraum und die **Chiang-Mai-Initiative**, die ein Währungssystem zwischen den an ihr beteiligten Staaten etablieren soll; der **China-Japan-Accord**, der den Handel zwischen den beiden Ländern in eigener Währung unter Ausschluss des US-Dollars ermöglichen soll; der gemeinsame Markt des Südens (**MERCOSUR**) und die **Bank des Südens** (Banco del Sur) in Lateinamerika; sowie die **Shanghai Organisation für Zusammenarbeit**.

Außerdem gibt es chinesisch-russische Alternativen zum US-Monopol der Kreditkartenhersteller, zum internationalen Zahlungssystem SWIFT sowie eine eigene Ratingagentur. Insgesamt lässt sich von einer **«partiellen oder selektiven Deglobalisierung»** (Wahl 2015: 2) sprechen. Damit setzen sich Tendenzen fort, die sich bereits mit dem Scheitern der Doha-Verhandlungen im Rahmen der WTO angekündigt haben. Die Macht der OECD-Länder, insbesondere der USA und der EU, die Spielregeln internationaler ökonomischer Beziehungen bestimmen und dabei eigene Privilegien schützen zu können, stößt mehr und mehr an ihre Grenze.

### Neue Allianzen?

Die Internationalisierung des Kapitals ruft eine widersprüchliche Dynamik aus Kooperation und Konflikt hervor, die Prognosen zur weiteren Entwicklung der internationalen Beziehungen und der gemeinsamen Politik der G20 erschwert. Das gilt insbesondere für den neu aufflammenden Konflikt zwischen **Protektionismus und Freihandel**. Es ist noch nicht abzusehen, welche politischen und ökonomischen Auswirkungen die kritische Haltung der US-Administration gegenüber der Freihandelspolitik sowie der Ausstieg Großbritanniens aus der

Europäischen Union mit sich bringen werden. Da die Internationalisierung des Kapitals und der Finanzmärkte von Großbritannien und insbesondere den USA vorangetrieben wurden und viele multinationale Konzerne in den USA beheimatet sind, scheint es unwahrscheinlich, dass ein flächendeckender Protektionismus, der empfindlich in die globalen Verwertungsbedingungen des Kapitals eingreift, praktisch umsetzbar ist.

Der neue Protektionismus reagiert zum einen auf die fortgeschrittene Krise der repräsentativen Demokratie und versucht, die Unzufriedenheit der Lohnabhängigen mit der neoliberalen Politik **nationalistisch** umzuarbeiten, sodass sie sich nicht als Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital artikulieren kann. Zum anderen stützt sich der protektionistische Nationalismus der neuen Rechten auf das Interesse **schwächerer und stärker binnenzentrierter Kapitale** an staatlicher Unterstützung.

Der kompetitive Multilateralismus, der die Beziehungen zwischen den alten kapitalistischen Zentren und den aufstrebenden Ökonomien bisher kennzeichnete, und der Politikwechsel unter Trump in den USA sowie der Brexit führen in eine **relativ offene Situation**, in der sich neue Allianzen herausbilden. Wie oben dargestellt, sind die (ehemaligen) Peripherien asymmetrisch in die (neo-)liberale Weltordnung integriert und eher an deren langfristiger Transformation als an ihrem kurzfristigen Zerfall interessiert.

Möglicherweise gerät China mittelfristig in die Rolle einer Verteidigerin der (neo-)liberalen Weltordnung an der Seite der deutschen Bundesregierung. Seit dem G20-Gipfel in Seoul im Jahr 2011 schwelt ein fiskalpolitischer Konflikt zwischen Überschuss- und Defizitländern, bei dem China und Deutschland gemeinsam für eine restriktive Fiskalpolitik zur (vermeintlichen) langfristigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit eintreten.

Angesichts der widersprüchlichen außenpolitischen Signale, die aus der US-Administration kommen, ist gegenwärtig unklar, wie sich das Verhältnis zwischen Russland und den USA weiter entwickeln wird. Mögliche Motive für eine engere Zusammenar-

beit mit Russland könnten darin bestehen, die russisch-chinesische Kooperation zu untergraben sowie den neuen energiepolitischen Kurs Trumps abzusichern (vgl. Schuhler 2017).

### Wachsende Kriegsgefahren

Geopolitische Konflikte werden auf G20-Gipfeltreffen zunehmend offen ausgetragen. Militärische Auseinandersetzungen im Nahen Osten, im südchinesischen Meer und Nordafrika sowie in der Ukraine beeinträchtigten in der Vergangenheit die G20-Verhandlungen (Wahl 2015: 1). Die Sanktionen gegen Russland überschatteten etwa den G20-Gipfel in Brisbane im Jahr 2014. Auch der Gipfel in China im Jahr 2016 wurde für ein Dreiertreffen zwischen Putin, Merkel und Hollande genutzt, um die aktuellen Konflikte zu bearbeiten. Gegenwärtig sorgen vor allem die Lage in Syrien und die politischen Entwicklungen in der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch für Spannungen.

Die geschilderte offene Situation führt möglicherweise zu einer weiteren Aufwertung militärischer Strategien in der Außenpolitik. Zwar hat die Internationalisierung des Kapitals zur Herausbildung gemeinsamer Interessen der Eliten der beteiligten Länder geführt. Doch in der derzeitigen **«Fragmentierung globaler Kräfteverhältnisse»** (Simon 2017: 24) könnten geopolitische Konflikte schnell außer Kontrolle geraten. Zunehmende währungs- und handelspolitische Rivalitäten, die Folgen des Klimawandels und das Ringen um knapper werdende Ressourcen, Konflikte im Cyberspace und um die öffentliche Berichterstattung (Stichwort **«Fake News»**) sind nur einzelne Elemente einer neuen Welt(un)ordnung. Die im letzten Jahrzehnt stark angestiegenen öffentlichen Ausgaben für Kriegsvorbereitungen und militärische Aufrüstung sowie der weiter anwachsende globale Waffenhandel geben vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen Anlass zur Sorge (PRO-KLA-Redaktion 2016)

(1) Die umfangreichen Literaturhinweise findet man in der [Broschüre](#) ab Seite 42.

## Veränderungen herbeiführen

(...) Was wären die Kräfte hinter einem transformativen Projekt, das der Ausdehnung und autoritären Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus Einhalt gebietet und zugleich systemische Alternativen einer solidarischen Produktions- und Lebensweise entwickelt?

Dies ist ein Thema für eine eigene Abhandlung, sodass wir uns hier auf einige wenige Anmerkungen beschränken müssen.

In der Vergangenheit waren Gipfeltreffen der G7, G8 und G20 immer wieder Anlass, solidarische Alternativen zur neoliberalen Globalisierung sichtbar zu machen und Bündnisse oppositioneller Kräfte zu schließen. Dabei können verschiedene Phasen der Entwicklung oppositioneller Bewegungen unterschieden werden.

### Entwicklung oppositioneller Bewegungen (60er- 90er Jahre)

Nach dem Aufschwung der Arbeiterbewegung und der Neuen Linken in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren war die Situation von Mitte der 1970er Jahre bis Ende der 1980er Jahre von widersprüchlichen Tendenzen gekennzeichnet. Die Arbeiterbewegung und die sozialistische Linke gerieten unter dem Druck der

Krise, der Massenarbeitslosigkeit, der staatlichen Repression und der ideologischen und politischen Offensive des Neoliberalismus mehr und mehr in die Defensive. Linke Organisationen zerfielen, verloren sich in Sektierertum oder gaben radikale und klassenorientierte Positionen auf.

Gleichzeitig entwickelten sich vielfältige neue soziale Bewegungen, die verschiedene Aspekte der kapitalistischen Entwicklung objektiv infrage stellten, die von der alten Arbeiterbewegung bzw. traditionelleren linken Organisationen ignoriert oder als «Nebenwidersprüche» abgetan worden waren. Die Herausforderung durch die neuen sozialen Bewegungen war die Basis für eine Überwindung des Klassenreduktionismus und Ökonomismus in der marxistischen Theorie sowie in der Praxis der sozialistischen Linken.

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus beschleunigte den Zerfall der sozialistischen Linken, und zwar nicht nur der Organisationen, die sich an der Sowjetunion orientiert hatten, sondern auch derjenigen, die dem «real existierenden Sozialismus» kritisch gegenüberstanden hatten. Auch die «neuen» sozialen Bewegungen zerfielen in den 1990er Jahren weitgehend. Gleichzeitig erreichte die Dominanz des Neoliberalismus ihren Höhepunkt – er prägte nun auch zunehmend das Denken der Funktionäre sozialdemokratischer, postkommunistischer und grüner Parteien und deren Regierungspraxis.

### Globalisierungskritische Bewegung

In dieser Situation war es das Verdienst der Ende der 1990er Jahre entstehenden globalisierungskritischen Bewegung, eine Opposition zum Neoliberalismus neu zu formieren. Die Organisationsformen, die damals geschaffen wurden, wie die Sozialforen oder Attac oder auch Wahlbündnisse wie Syriza, entsprachen mit ihren Stärken und Schwächen der damaligen Situation. Sie ermöglichten das **Zusammenführen zahlreicher partikularer Bewegungen** und waren beispielhaft für die **Überwindung sektiererischer Tendenzen**, die die Linke in der vorangegangenen Phase geprägt hatten. Es waren zum Teil – etwa im Fall von Attac – außerordentlich innovative Organisationsformen, die Charakteristika von pluralen Massenbewegungen, Netzwerken und formalen Organisationen verbanden. Allerdings bedingte der Charakter von Sozialforen und als Sammlungsbewegungen ausgelegten neuen Organisationen auch, dass bestimmte programmatische, strategische und taktische Fragen nicht ausdiskutiert und entschieden werden konnten. Es ging eben um die Präsentation einer vielfältigen, durchaus auch widersprüchlichen Kritik am Neoliberalismus und um eine Aktionseinheit auf der Basis eines antineoliberalen Konsenses. Die **Organisationsfor-**

**men** waren aber **ungeeignet**, um wirklich um die politische Macht zu kämpfen und den Staat zu erobern. Teilweise wurde dies sogar explizit abgelehnt (vgl. Holloway 2002).

Es darf auch nicht übersehen werden, dass die **soziale Basis** der globalisierungskritischen Bewegung im globalen Norden sehr beschränkt blieb. Wie in vielen anderen sozialen Bewegungen waren dort vor allem gut ausgebildete Teile der Mittelschichten und kosmopolitisch orientierte AkademikerInnen aktiv.

### Die Grenzen der globalisierungskritischen Bewegung zeigten sich mit dem Ausbruch der großen Krise ab 2007.

Die negativen Konsequenzen der neoliberalen Globalisierung, die die globalisierungskritische Bewegung seit Langem thematisiert hatte, wurden nun auch im globalen Norden massiv spürbar.

In den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern entstanden **Massenbewegungen**, die die herrschende Krisenpolitik kritisierten und deren soziale Zusammensetzung und Breite weit über die der globalisierungskritischen Bewegung hinausging.

Es entstanden neue Organisationen wie die Plattform der von den Hypotheken Betroffenen (PAH) in Spanien, die an der Organisation im Alltag ansetzte und mit direkten Aktionen und zivilem Ungehorsam erfolgreich eine alternative Krisenpolitik von unten praktizierte.

Während des «arabischen Frühlings» gab es in Ländern wie Tunesien und Ägypten eine revolutionäre Situation; in Griechenland wurde schließlich eine Regierungsübernahme der Linken möglich.

Doch ist es letztlich **kaum gelungen, die politischen Möglichkeiten der großen Krise richtig auszuschöpfen**. Dies hängt auch mit den Grenzen der in dieser Periode gebildeten Organisationen zusammen. Entweder spielten sie schon längst keine Rolle mehr (wie zum Beispiel Peoples Global Action als lockere Bewegungskoordination) oder konnten keine Führungsrolle in den neu entstehenden Massenbewegungen übernehmen und nicht um die Staatsmacht kämpfen (wie Attac). Oder sie versagten – wie im Falle von Syriza – im entscheidenden Moment, weil ihr moderates Programm und ihre Herkunft als Sammlungsbewegung es ihnen nicht ermöglichten, eine radikalere Politik zu verfolgen und stärker in die Offensive zu gehen.

Außerdem schätzten sie die Situation, zum Beispiel die Bereitschaft der Sozialdemokratie, mit dem Neoliberalismus zu brechen, falsch ein.

Dabei haben sich **grundsätzliche Probleme linker Transformationsstrategien** offenbart. Zwar lässt sich kaum mehr, wie etwa zur Blütezeit der globalisierungskritischen Bewegung, von einer unangefochte-

nen Hegemonie der neoliberalen Globalisierung sprechen. Im Gegenteil, wie die vorliegende Analyse aufgezeigt hat, steckt die postfordistische, finanzdominierte Entwicklungsweise in einer tiefen, strukturellen Krise. Protektionistische und staatskapitalistische Ordnungsvorstellungen erstarken, eine partielle Deglobalisierung ist bereits Realität (vgl. Wahl 2015: 2).

Doch die tiefe internationale Arbeitsteilung erzeugt gleichzeitig **Begrenzungen für vereinzelte nationalstaatliche Strategien**. Die Übernahme der Regierungsmacht in einzelnen Staaten gestaltet sich, da glaubwürdige Konzepte für einen progressiven Umgang mit der internationalen Abhängigkeit unterentwickelt sind, als schwierig bzw. kann sich schnell als Sackgasse erweisen, wie die Beispiele der französischen Linksregierung Anfang der 1980er Jahre und der Syriza-Regierung seit 2015 zeigen (vgl. Schneider 2017). Auch soziale Bewegungen und Arbeitskämpfe scheitern an ihrer Ungleichzeitigkeit und ihrer mangelnden transnationalen Planung (bzw. Planbarkeit). Noch hat die Linke keine Antworten auf die Frage, wie die lokalen, nationalen und regionalen Bedingungen eines transformativen Projekts zu den globalen Ausgangsbedingungen ihres Handelns ins Verhältnis gesetzt werden können.

Die progressiven Kräfte haben im Konfliktzyklus nach der Finanzkrise eine **verheerende Niederlage erlitten** und gerade verschoben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erneut nach rechts. **Nationalistisch-autoritäre Hegemonieprojekte** profitieren davon, indem sie die Globalisierung und die europäische Integration nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturellpolitisch problematisieren. Sie erreichen dabei gesellschaftliche Schichten, die sich im neoliberalen Zeitalter von der Sozialdemokratie und der Linken abgewandt haben (Eribon 2016). Dabei kommt auch die tief greifende Verflechtung der Konsumnormen und der Lebensweise der ArbeiterInnen im globalen Norden mit der globalen Produktionsweise zum Tragen (vgl. Brand/Wissen 2017). In der «Abstiegsgesellschaft» (Nachtwey 2016) erstarken diejenigen Kräfte, die glaubhaft Stabilität sowie die Absicherung des relativen Wohlstandes unter Aufrechterhaltung der «imperialen Lebensweise» (Brand/Wissen 2017) versprechen können.

**Welche organisatorischen und programmatischen Schlussfolgerungen sind aus den Erfolgen und Niederlagen der letzten Jahre zu ziehen?** Wie kann eine verbindende Praxis mit einer strategischen Orientierung kombiniert werden? Welches linke Projekt folgt auf die globalisierungskritische Bewegung, das vorläufige Abflauen der Massenbewegungen und das Erstarken einer autoritären Rechten?



Antworten auf diese Fragen können freilich nur in der politischen Praxis selbst gefunden werden. Die **Begrenztheit** rein nationalstaatlicher, parteipolitischer und institutionell-reformerischer Transformationsstrategien ist jedenfalls in den letzten Jahren deutlich geworden. Doch auch kosmopolitische Szenarien einer «*anderen Globalisierung*» greifen im Kontext der partiellen Deglobalisierung und der «*Fragmentierung globaler Herrschaftsverhältnisse*» (Simon 2017) zu kurz.

Es geht darum, lokale, nationale und regionale Politikansätze miteinander zu verknüpfen und in einer **internationalistischen Strategie** aufgehen zu lassen. Ein **transnationales Netzwerk** aus sozialen Bewegungen, linken Parteien, Gewerkschaften, Organisationen und Regierungen sowie die diskursive Internationalisierung räumlich begrenzter Initiativen sind notwendig, um dauerhafte ökonomische und politische Räume zu schaffen, in denen radikale Reformpolitik und eine sozialökologische Transformation über den Kapitalismus hinaus überhaupt funktionieren können (Schneider 2017).

Mit anderen Worten: Der spezifische globale Charakter der vierten großen Krise des Kapitalismus macht verbindende Organisationsformen und transnationale politische Akteure zur notwendigen strategischen Bedingung. Die Diskussionen um das Sichtbarmachen eines «**dritten Pols**» (Brie/Candeias 2016) neben neoliberaler Krisenpolitik und rechts-autoritären Tendenzen oder einer «*Progressiven Internationale*» (Varoufakis) zeugen von entsprechenden Suchbewegungen innerhalb der Linken.

Die **Frage nach einem gemeinsamen Bezugspunkt** wird umso dringlicher, je mehr gesellschaftliche Schichten, die bisher passiv in den neoliberalen Konsens eingebunden waren, durch das Erstarken autoritärer Gesellschaftsprojekte aktiviert werden. Es ist derzeit noch offen bzw. umkämpft, inwieweit sich (vormals) linksliberale Spektren in ein gemeinsames «*transformatives*» (also antikapitalistisches) Projekt einbinden lassen.

Mindestens genauso wahrscheinlich ist es, dass sich die angeschlagene «neoliberale Mitte» durch die Konfrontation mit rechten autoritären Bewegungen und Regierungen wieder stabilisiert, indem sie sich – wie etwa der neue französische Präsident Emmanuel Macron – zum Hüter liberaler Werte aufspielt, ohne mit dem Neoliberalismus zu brechen.

**Die aktuelle Phase könnte eine entscheidende sein.**

Gelingt es, Brücken zwischen der alten Globalisierungskritik, den Massenprotesten nach der Finanzkrise sowie den neu entstehenden Bewegungen gegen die autoritäre Rechte und gegen die Abschottungstendenzen im globalen Norden zu schlagen?

Kann ein übergreifendes Projekt entwickelt werden, auf das sich national verschiedene Kämpfe in unterschiedlichen Politikfeldern beziehen können?

Die Politikansätze und Bündnisse, die auch (aber nicht nur) vor dem Hintergrund von Gipfelprotesten entstehen, werden bedeutende Bausteine und Erfolgskriterien linker Strategien und Offensiven der kommenden Jahre bilden.

SiG-**Sondernummer:**

## G-Welt statt G20

*In dieser Sondernummer haben wir einige Analysen und Aufrufe zusammengestellt, die älter aber nicht veraltet sind, z. B.:*

- Über 620 Organisationen fordern 2008 eine Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO

- 100 sozialen Bewegungen und NGOs einigten sich auf einer Erklärung „**Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel**“, in der es hieß: „*Wir haben überzeugende Alternativlösungen, die schon auf den Weg gebracht sind, und wir haben noch viele andere gute Ideen, die wir in der Vergangenheit - noch ohne Erfolg - ausprobiert haben. (...) Politischer Wille ist gefragt. Implizit ist damit jeder Vorschlag ein Aufruf zum Handeln. Dieses Dokument ist als lebendige Arbeitsgrundlage zu verstehen, die von uns allen weiter entwickelt und ausgearbeitet werden kann und soll.*“

*Beiträge von Patrick Bond, Christa Wichterich, Peter Wahl, Alexis Passadakis, Walden Bello, Fidel Castro, u. a. m. .*

Bei einem solchen Rückblick über inhaltlichen Gemeinsamkeiten, Vorschläge, Aktionen und in Kenntnis der vielen internationalen Netzwerke drängen sich zwei Fragen auf: Was hat es denn so schwer gemacht, einen kräftigen „Dritten Pol“ aufzubauen?

Und sollten wir nicht die entstehenden Ansätze eines dritten Pols ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit und unserer Handlungen setzen? (mdv)

## Thomas Sablowski Über die Schwächen linker Globalisierungskritik

**Gespräch mit der SoZ (7/17).**

*(...) Marine Le Pen hat die zweite Runde ihres Präsidentschaftswahlkampfes mit der Kritik an der Globalisierung bestritten. Und auch Donald Trump führt seinen Feldzug gegen die Exportweltmeister China und Deutschland im Namen der Sicherung von Arbeitsplätzen «zu Hause». Ist die protektionistische Rechte nicht der erfolgreichere Globalisierungsgegner?*

Derzeit erscheint das so. Aber Globalisierungskritik ist natürlich nicht gleich Globalisierungskritik. Es werden doch sehr unterschiedliche Dinge kritisiert und verschiedene Ziele verfolgt. Die rechte Globalisierungskritik steht für ein nationalistisches Projekt, in dem die Klassengegensätze in den Hintergrund gerückt werden und die eigene Nation gegen andere Länder in Stellung gebracht wird.

Die neue Rechte ist auch nicht in gänze gegen den Neoliberalismus, sondern will in vielen Bereichen die neoliberale Politik

fortsetzen, die wir gemeinhin mit der Globalisierung assoziieren.

*Immerhin versprechen sowohl Trump als auch Le Pen, dass sie Arbeitsplätze «zurückholen» wollen. Ist das eine rhetorische Floskel, oder steckt mehr dahinter?*

Beide repräsentieren in besonderem Maße bestimmte **Kapitalfraktionen**. Trump kommt aus der Immobilienwirtschaft, die operiert stark auf dem Binnenmarkt, obwohl er natürlich auch international viele Geschäfte betreibt. Und Le Pen rückt vor allen Dingen die Belange des kleinen und mittleren Kapitals in den Vordergrund, das innerhalb des kapitalistischen Machtblocks nicht die dominante Fraktion ist.

Der Aufstieg der neuen Rechten hängt eng mit den durch die Krise vertieften Widersprüchen zwischen der Fraktion des transnational orientierten Monopolkapitals und der Fraktion der kleineren und mittleren Unternehmen, die stärker auf den Binnen-

markt orientiert sind, zusammen.

Ich sehe protektionistische Tendenzen allerdings nicht nur bei der neuen Rechten.

**Macron** hat sich in seinem Wahlprogramm für ein «Europa, das die Europäer schützt», ein «Europa, das sich in der Globalisierung schützt», ausgesprochen. Dabei geht es vor allem um besseren Grenzschutz, also die Abwehr von Flüchtlingen, mehr Polizei und mehr militärische Zusammenarbeit in der EU, aber auch um einen «Buy European Act», ein Gesetz, das es der öffentlichen Hand bei ihren Beschaffungen ermöglicht, europäische Unternehmen zu bevorzugen. Macron will Investoren, die nicht aus der EU kommen, stärker kontrollieren, um Schlüsselunternehmen gegen feindliche Übernahmen zu schützen.

Sein Diskurs entspricht in vieler Hinsicht dem der Rechten, nur dass die Nation hier gegen «Europa» ausgetauscht ist. Die Zunahme protektionistischer Tendenzen ist ein Resultat der großen Krise.

*Würdest du sagen, die Globalisierung ist an ein Ende gelangt und es beginnt ein Umdenken auch in größeren Kapitalkreisen?* Nein, das sehe ich nicht so. Mit der Transformation Osteuropas und Chinas ist zwar nahezu der ganze Erdball unter der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise vereint. Dennoch ist die kapitalistische Expansion noch nicht an eine Grenze gelangt, weil die Transformationen im Inneren vieler Länder längst nicht abgeschlossen sind.

Denken wir etwa an die «Partnerschaft mit Afrika», die von der G20 gerade diskutiert wird und von der Bundesregierung angestoßen wurde. Da geht es unter anderem darum, Zugriff auf die Infrastruktur der afrikanischen Länder zu bekommen und z.B. die Strom- und Wasserversorgung dort zu kommerzialisieren. Auch bei uns wird die Privatisierung weiter vorangetrieben, aktuell bei den Autobahnen.

Der Juncker-Plan, bei dem mit öffentlichen Geldern private Investitionen in der EU angestoßen werden sollen, die «Partnerschaft mit Afrika» die deutsche Autobahnprivatisierung – sie folgen alle dem gleichen Modell. Es geht darum, neue Anlagensphären für das Kapital zu suchen, das unter verminderter Rentabilität leidet. Da gibt es noch einiges, was zu Märkten getragen werden kann.

*Die Antiglobalisierungsbewegung ging 1999 in Seattle auf die Straße mit der Parole «WTO, shrink or sink». Jetzt sieht es danach aus, also würde das Schrumpfen des einen Monsters Freihandel ein anderes Monster gebären, den nationalistischen Protektionismus. Muss eine Bewegung, die aus der reinen Kritik am Freihandel geboren ist, da nicht umdenken oder ihr Programm erweitern?*

Die globalisierungskritische Bewegung setzte sich – wie jede soziale Bewegung – von Anfang an aus verschiedenen Kräften zusammen, die unterschiedliche Zielsetzungen verfolgten.

Anfangs ging es darum, überhaupt eine wirkungsvolle Opposition zum Neoliberalismus zustande zu bringen. In Deutschland führte das z.B. zur Gründung von Attac. Die Differenzen zwischen eher antikapitalistisch orientierten und «nur» antineoliberal orientierten Kräften wurden dabei zurückgestellt.

Dann kam die große Krise ab 2007, in deren Folge sich die Machtfrage und die Regierungsfrage in einer Reihe von Ländern ganz neu gestellt haben.

Heute sind wir in einer **dritten Phase der Globalisierungskritik, die beginnt mit dem Aufstieg von rechten Kräften**. Da müssen wir in der Tat dafür Sorge tragen, dass unsere Kritik sich nicht nur auf einen Teil des Machtblocks richtet und wir den anderen Teil aus dem Auge verlieren.

Wir müssen die neue Rechte angreifen, denn wenn diese sich durchsetzt, kommen wir vom Regen in die Traufe. Wenn wir aber jetzt nur Trump oder Le Pen als größere Übel kritisieren, besteht die Gefahr, dass wir durch den anderen Teil des Machtblocks vereinnahmt werden.

Es ist eine komplizierte Frage, wie wir da einen guten Weg finden. Wir haben zu Recht die WTO, den IWF, den multilateralen Neoliberalismus kritisiert, jetzt stehen wir möglicherweise vor dem Zerfall dieser multilateralen Weltordnung und vor einer kontinentalen Blockbildung mit verstärktem Nationalismus, aber das ist nicht unsere Alternative.

*Der Mobilisierungsaufruf zum G20-Gipfel nach Hamburg hat diesen Ansatz. Er nimmt auch die großen sozialen Verwerfungen aufs Korn wie den Umgang mit den Flüchtlingen, die soziale Ungleichheit, Privatisierungen usw., aber er liest sich ein bisschen wie ein Gemischtwarenladen. Es fehlt die Zuspitzung auf den Punkt, in den wir reinpieksen müssen. Der Freihandel allein kann es ja nicht mehr sein.*

Ich glaube, es sind zwei verschiedene **Herausforderungen**, die du da ansprichst.

Das eine ist die Herausforderung, über das Bearbeiten einzelner Probleme hinaus zu gelangen, zu thematisieren, wie sie mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammenhängen. Es geht darum, die **Kämpfe in den verschiedenen Bereichen zu verbinden**, auf den Kampf um eine andere Produktions- und Lebensweise hin zu orientieren. Über Alternativen wird ja oft nur in Teilbereichen diskutiert. Und wir haben Bündnispartner im linksliberalen oder linksbürgerlichen Spektrum, die die Systemfrage natürlich so nicht stellen.

Das andere ist, dass es immer wieder **Zuspitzungen von Konflikten** gibt, man aber nicht voraussehen kann, in welchem Bereich, wann und wo sie stattfinden. Wer hätte z.B. den Sommer der Migration 2015 und die Willkommensbewegung antizipieren können? Das sind **historische Momente, die man nutzen muss**, und es wäre politische Kunst, dann **im entscheidenden Moment alle Kräfte auf eine Frage zu konzentrieren** und nicht einfach mit der Alltagsroutine weiter zu machen. Leider hat die Linke das nicht gut geschafft, weder im Frühjahr 2015, als SYRIZA in Griechenland die Wahlen gewonnen hatte, noch im Sommer bei der Willkommensbewegung, weshalb das politische Klima sehr schnell umgeschlagen ist zugunsten der Rechten.

*Nimmt sich die G20-Mobilisierung solche Fragen auf den Zettel? Es wird ja wieder einen Gegengipfel geben, auf dem man sich austauscht. Nur geht man danach meist wieder auseinander und das war's. Dabei kann die Lage in Frankreich der nächste*

*Punkt sein, wo wir europäisch reagieren müssen. Dazu braucht es aber einen regelmäßigen Austausch über die Organisierung einer gemeinsamen Gegenwehr.*

Wir versuchen auf jeden Fall beim «Gipfel für globale Solidarität», auch solche strategischen Fragen zu thematisieren. Es gibt auch einzelne Workshops, wo sich europäische Netzwerke treffen und solche Fragen diskutieren – das internationale Blockupy-Netzwerk z.B. existiert ja immer noch. Ich sehe diesen «Gipfel für globale Solidarität» als eine Chance zusammenzukommen und genau diese Fragen zu erörtern.

*Die eigene Alternative müsste sich auch in einem Aufruf oder in öffentlichen Aktionen niederschlagen, dass wir deutlicher sagen, wofür wir sind, nicht nur wogegen. Gibt es dafür Ansatzpunkte?*

Das ist wirklich ein großes Problem. Bislang war es nicht möglich, eine **gemeinsame Plattform von Forderungen** zu diskutieren und zu vereinbaren. Im Blockupy-Bündnis wurde es explizit verworfen, sich auf ein paar gemeinsame Forderungen zu einigen, weil immer gesagt wurde: Es gibt so viele legitime Forderungen, warum sollen wir die einen höher gewichten als die anderen?

Ich kann mich noch gut erinnern, da wurde z.B. in der Finanzkrise die Vergesellschaftung der Banken gefordert und dann kamen tausend andere Forderungen und es wurde gesagt: Ja, warum soll man jetzt gerade das fordern und nicht was anders? Und dann wurde die ganze Idee zugunsten eines eher blumigen, etwas unverbindlicheren Diskurses über die Krise verworfen.

Anlässlich des jetzigen G20-Gipfels hat der Teil der «Zivilgesellschaft», der den Dialog mit den Regierungen sucht und eine Reihe entwicklungspolitischer und umweltpolitischer NGOs umfasst, einen Forderungskatalog formuliert, der kürzlich beim C20-Gipfel, der ja Teil des G20-Prozesses ist und an dem auch Merkel teilnahm, präsentiert wurde. Diese Art von **Lobbyismus** ist ambivalent, denn auch Merkel verspricht sich etwas von der Einbindung dieser NGOs.

Bei der Vorbereitung des «Gipfels für globale Solidarität», der Aktionen zivilen Ungehorsams und der Demonstrationen, wo ja ein breites Spektrum oppositioneller Kräfte zusammenwirkt, **wurde die Frage einer gemeinsamen Plattform von Forderungen bisher meines Wissens noch nicht einmal diskutiert**. Ich sehe das auch als Schwäche.

Ich denke, wir müssen nach dem G20-Gipfel noch einmal gründlich Fragen der Bündnispolitik diskutieren – also: **Wer kann was mit wem zusammen erreichen?**

## Christoph Marischka G20 und Afrika

### *Eine vorausseilend historische Perspektive*

[IMI-Analyse](#) 2017/32

Wer weiß, ob zeitgenössischen Beobachter\_innen der Berliner Afrika-Konferenz im Winter 1884/85 die Tragweite der damals in der sog. **Kongoakte** festgehaltenen Beschlüsse klar war. Wer hat damals schon vermutet, dass die Konferenz noch über hundert Jahre später als zentrales Ereignis und Symbol des Kolonialismus und Imperialismus bewertet werden würde? Auch auf der damaligen Afrika-Konferenz wurde um den Freihandel gerungen und auch damals wurden Ansprüche der „zivilisierten“ Staaten humanitär verbrämt, etwa wenn im Abschlussdokument die „*Hebung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften*“ in Aussicht gestellt wurde.[1] Zwar wurden damals nicht, wie oft zugespitzt behauptet, die Grenzen zwischen den kolonialen Besitztümern mit dem Lineal gezogen, wohl aber die Regeln formuliert, unter denen entsprechende Ansprüche geltend gemacht werden konnten und sollten. Damit wurde eine Weltordnung, quasi ein Völkerrecht kodifiziert, in dem „*nur westliche Nationen als souveräne Staaten und damit gleichsam als souveräne Mitspieler*“ anerkannt wurden.[2]

Obwohl sich die Kolonialmächte bei der Kontrolle der Kolonien auch damals auf lokale Herrschaftsstrukturen stützten und ihre Gebietsansprüche durch Schutzverträge mit lokalen Potentaten begründeten, liegt hierin ein entscheidender Unterschied zwischen der historischen Afrika-Konferenz und der im Juni in Berlin vorbereiteten und im Juli in Hamburg verabschiedeten G20-Afrika-Partnerschaft.

Eine Unabhängigkeit und staatliche Souveränität wurde den lokalen Partnern damals nicht in Aussicht gestellt, während deren **Souveränität heute zumindest formal unangetastet** bleibt. Dieser Unterschied ist relevant, auch wenn die Formulierungen in den Abschlussdokumenten gerade vor diesem Hintergrund reichlich unverblümt wirken. So wird im **Annex des Abschlussdokuments** des Gipfels zur G20-Afrika-Partnerschaft die „*Verbesserung der makroökonomischen Rahmenbedingungen durch nachhaltigen Umgang mit öffentlicher Verschuldung, Mobilisierung nationaler Einkünfte durch ein investitionsfreundliches Steuersystem, Bündelung einzelstaatlicher Steuerreformen, Begrenzung der Aushöhlung von Steuerbemessungsgrundlagen und von Gewinnverlagerungen, Gewährleistung eines soliden öffentlichen Investitionsmana-*

*gents und Verbesserung der Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste*“ angekündigt. Unverhohlen wird dabei als Ziel ausgegeben, „*die makroökonomischen, unternehmerischen und finanziellen Rahmenbedingungen für private Investitionen (aus dem In- und Ausland) zu verbessern*“. Hierzu gehört auch der „**verbesserte Investorenschutz**“ durch die „*Entwicklung von anreizkompatiblen Risikominderungsinstrumenten*“.[3]

Umgesetzt werden sollen diese neoliberalen Programme von „**Länderteams**, [...] die in jedem Compact-Land gebildet werden. Die Teams bestehen aus Regierungsvertretern des jeweiligen afrikanischen Landes sowie Vertretern von internationalen Organisationen, interessierten G20-Mitgliedern und anderen Partnerländern oder -institutionen. Koordinierung und Monitoring der Initiative erfolgen durch den Finanzministerprozess der G20, der auch über Fortschritte, künftige Ambitionen und messbare Ziele in jedem Compact-Land berichten werden [sic]“.[4]

Zunächst soll dies in **Äthiopien, Côte d'Ivoire, Ghana, Marokko, Ruanda, Senegal und Tunesien** umgesetzt werden. Der Aufbau von uni- und multilateralen Programmen zur Förderung von Investitionen der jeweiligen Industrien in Afrika, zur risikoarmen Durchführung von Megaprojekten als öffentlich-private Partnerschaft und die Umwidmung der sog. „Entwicklungshilfe“ in offene Außenwirtschaftsförderung wird jedoch weitere Länder des Kontinents betreffen und unter den G20 einen neuen Wettlauf um Afrika befördern, der diesmal die Souveränität der „Partnerländer“ formal unangetastet lässt, sie ökonomisch und sozialpolitisch jedoch vollkommen unterwirft.

#### Der historische Kontext

Sollte in einhundert Jahren oder früher eine kritische Aufarbeitung der G20 erfolgen, so werden einige Zusammenhänge womöglich viel deutlicher zutage treten, als aus zeitgenössischer Perspektive. Nicht zu ignorieren wird dann etwa sein, dass die beteiligten Staaten sich zugleich in einer Kaskade von Stellvertreterkriegen auf der Arabischen Halbinsel unter völliger Missachtung des Völkerrechts gegenseitig bekämpfen, wie etwa die Regionalmächte Saudi Arabien und Türkei oder die Großmächte USA und Russland. Zur Vorgeschichte des Gipfels wird dann gehören, wie die USA in den ver-

gangenen zehn Jahren ein umfassendes Netzwerk von Militärbasen auf dem afrikanischen Kontinent errichtet haben [5] und Frankreich mit Unterstützung der EU seine ehemaligen Kolonien zwischen der westafrikanischen Küste und dem Sudan als G5 Sahel zusammengefasst und einem „Krieg gegen den Terror“ unterworfen hat, der es seiner Fremdenlegion mit Unterstützung lokaler Armeen erlaubt, grenzüberschreitend und ohne Kontrolle der jeweiligen Regierung tätig zu werden.[6] Im Übrigen hat der Gipfel in einem Deutschland stattgefunden, das erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit, nun wieder als Berliner Republik, unter der Parole „neue Macht, neue Verantwortung“ unverhohlen seinen Führungsanspruch in Europa geltend machte und diesen an einem in die Schuldenfalle geratenen und getriebenen Griechenland vorexerzierte. Letzteres wird v.a. deshalb zur Vorgeschichte gehören, weil auch hier unter formaler Anerkennung seiner Souveränität das Land von einer in keiner Weise legitimierten Troika aus Europäischer Zentralbank, IWF und Europäischer Kommission zum Ausverkauf öffentlicher Güter, Reform des Steuer- und Finanzwesens und Öffnung für „Investitionen“ gezwungen wurde.

In ihrer Zusammensetzung erinnert diese Troika zwar nur grob an die nun anvisierten „Länderteams“, die praktische Umsetzung, wie sie in der G20-Afrika-Partnerschaft vorgesehen ist, scheint jedoch auf den Erfahrungen der Austeritätsprogramme und v.a. ihrer Umsetzung in Griechenland aufzubauen: „*In einem ersten Schritt*“ sollen die afrikanischen Länder „*mit den beteiligten internationalen Organisationen in Kontakt zu treten, um die Ziele der Initiative und mögliche nationale Prioritäten und Beiträge zu besprechen*“. „*In einem zweiten Schritt* legen die Länder in Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen in einzelnen Investitionspapieren ihre jeweiligen prioritären Bereiche für Reformen und Maßnahmen fest, um besser private Investitionen mobilisieren zu können... Auf der Grundlage dieser prioritären Bereiche konzentrieren sich die Compact-Länder in Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen in einem dritten Schritt auf konkret durchzuführende Reformschritte. Interessierte G20-Mitglieder und andere Partnerländer und -institutionen sind eingeladen, das Abkommen mit ihren eigenen Instrumenten und Maßnahmen zu unterstützen.“[7]



## Die lokalen „Partner“

Ein weiterer, mit der formalen Anerkennung der Souveränität jedoch zusammenhängender Unterschied zur Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85 besteht darin, dass Vertreter des afrikanischen Kontinents damals so gut wie keine Rolle gespielt haben, am G20-Gipfel mit **Südafrika** jedoch zumindest ein afrikanisches Land und beim vorangegangenen Afrika-Gipfel in Berlin weitere zumindest eingeladen waren. Gekommen sind jedoch recht wenige, genannt werden im betreffenden Anhang des Abschlussdokuments „die Staats- und Regierungschefs von Ägypten, Côte d’Ivoire, Ghana, Guinea, Mali, Niger, Ruanda, Senegal und Tunesien“. Auch diese sind einer kritischen Betrachtung wert. Wesentlich dazu beigetragen, dass der Afrika gewidmete Gipfel einen Hauch „afrikanischer Ownership“ für sich reklamieren konnte, war die Präsenz des ägyptischen Militärdiktators **Al-Sisi**, wodurch zumindest ein bevölkerungsreicher Flächenstaat des Kontinents repräsentiert war. Sein Kollege aus der Côte d’Ivoire, der ehemalige IWF-Mitarbeiter **Ouattara**, wurde 2011 im Schatten des Libyenkrieges durch ein EU-Embargo und eine französische Militärintervention an die Macht gebracht und erweist sich seither als verlässlicher Statthalter EUropäischer und französischer Interessen. Der malische Präsident Ibrahim Boubacar **Keita**, ehemaliger Mitarbeiter des Entwicklungsfonds der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wurde im Kontext einer französischen Militärintervention gewählt und lässt französischen und deutschen Truppen und Unternehmen – wie sein Kollege im Niger – mittlerweile fast freie Hand. Ruanda wurde von Paul **Kagame** vertreten, der im Kontext des Völkermordes 1994 an die Macht kam und diese seither mithilfe eines auf ihn zentrierten Sicherheitsapparates und unfreier Wahlen sichert. Er gilt v.a. als Statthalter US-amerikanischer Außenpolitik und wesentlich mitverantwortlich für den anhaltenden Bürgerkrieg im Osten der DR Kongo.

Neben der Einbindung afrikanischer Staats- und Regierungschefs am Berliner Katzentisch wird die „afrikanische Ownership“ in Fortsetzung des deutschen Marshallplans für Afrika u.a. mit der Bezugnahme auf die Agenda 2063 der Afrikanischen Union simuliert. Hier stellt sich die Frage, ob die vertretenen Regierungen bzw. ihre Sherpas das entsprechende Dokument überhaupt angesehen haben und zeigt sich die Verlogenheit der vollmundigen Versprechungen, mit denen das Gipfeldokument garniert ist. So heißt es in diesem AU-Dokument u.a.: „*Bis 2020 werden alle Erbschaften des Kolonialismus Geschichte und alle besetzten afrikanischen Gebiete vollständig befreit sein*“. Konkret genannt werden das von Mauritius beanspruchte Chagos-Archipel, welches die britisch-amerikanische Militärbasis Diego

Garcia beherbergt, die Insel Mayotte und die Westsahara. In keinem der drei Fälle ist eine nennenswerte Initiative zur Dekolonialisierung der Gebiete durch die G20 erkennbar oder absehbar.[8] Noch am 22. Juni 2017 hatte ein Großteil der G20 gegen einen Antrag der Gruppe der afrikanischen Staaten in der UN-Generalversammlung gestimmt oder sich enthalten, mit dem der Konflikt um das Chagos-Archipel auf Briten Maritius‘ vor den internationalen Gerichtshof gebracht werden sollte.[9]

## Vehikel einer neuen Weltordnung

Rückblickend wird auch zu den Teilnehmer\_innen des G20-Gipfels selbst das Urteil eindeutig ausfallen. Dann werden nicht nur Trump und Putin, Erdogan und Xi Jinping als Protagonisten eines – mit Kolonialismus und Imperialismus Hand in Hand gehenden – Autoritarismus am Pranger stehen, sondern die **Anmaßung der G20 selbst**. Vielleicht wird der Gipfel in Hamburg letztlich **nur eine Randnotiz** sein bei der Entfaltung eines ohnehin längst ausgerufenen Wettlaufs um Afrika einerseits und der Marginalisierung der UN und des Völkerrechts andererseits. Dass die mächtigsten Staaten – sich zugleich in Drittstaaten auf der Arabischen Halbinsel und Afrika gegenseitig bekriegend – versuchen, jenseits der UN ein Parallelgremium zur Erörterung globaler Fragen zu etablieren, beinhaltet die implizite gegenseitige Versuchung und Versicherung, dem **Völkerrecht** keine Relevanz mehr zuzubilligen. In der Praxis, das wurde auf den Straßen Hamburgs deutlich, scheint dasselbe auch für die Menschenrechte zu gelten.

Vielleicht liegt hierin – mehr noch, als in den tatsächlichen oder vermeintlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten auf dem afrikanischen Kontinent – die (bereits bei den G7/G8 wiederkehrende) Schwerpunktsetzung auf Afrika begründet. Denn dort ist die Souveränität als Erbe des Kolonialismus, durch anhaltende politische Morde, auch von Regierungsvertretern, und von außen induzierte Putsche schon lange eine eher formale, häufig verhandelbare Angelegenheit. Die Anerkennung der militärisch von EU und NATO abhängigen Afrikanischen Union als Regionalorganisation, die auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates in Mitgliedsländern intervenieren kann, ist nur ein Beispiel dafür, dass der ganze Kontinent fortgesetzt als eine Art völkerrechtlicher Sonderzone gesehen wird. [10] Er dient den konkurrierenden Großmächten, die sich trotz ungelöster und mit großer Gewalt ausgehandelter Konflikte untereinander treffen wollen, als Vehikel, um eine neue Weltordnung zu konstituieren und sich jenseits von Recht und UN an ihre Spitze zu setzen. Auch das allerdings ist nicht neu, war schon bei den G7/G8-Treffen zu beobachten.

Insofern ist noch nicht abzusehen, ob der Gipfel in Hamburg für Afrika und die Welt zum historischen Ereignis wird oder nur eine von vielen Etappen bei der **Ersetzung von internationalem Recht durch das reine Recht der Stärke**. So oder so ist gut, dass es, anders als beim Afrikagipfel 1884/85, nennenswerte und sichtbare Proteste gab – und im Übrigen ein Maß an Repression, das des Kaiserreichs würdig gewesen wäre. Ob dabei rückblickend noch zwischen den verschiedenen Protestformen unterschieden wird und ob der Riot im Schanzenviertel als Aufstand gegen die kommende Weltordnung oder perfides Mittel der Aufstandsbekämpfung gewertet werden wird, mag sich jeder selbst ausmalen.

## Anmerkungen

- [1] Zitiert nach: Andreas Eckert: 125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz – Bedeutung für Geschichte und Gegenwart, GIGA Focus 12/2009.
- [2] Ebd.
- [3] Bundesregierung / G20-Ratspräsidentschaft: Annex zur Abschlusserklärung G20-Gipfel – G20-Afrika-Partnerschaft.
- [4] Ebd.
- [5] Nick Turse: America’s War-Fighting Footprint in Africa, www.tomdispatch.com vom 27.4.2017.
- [6] Christoph Marischka: Sahel: völkerrechtsfreie Zone per UN-Resolution, IMI-Standpunkt 2017/18.
- [7] Bundesregierung / G20-Ratspräsidentschaft: Annex zur Abschlusserklärung G20-Gipfel – G20-Afrika-Partnerschaft.
- [8] Mayotte wurde erst 2011 zum französischen Departement erklärt und 2014 in das Territorium der EU eingegliedert. Großbritannien will das Chagos-Archipel v.a. wegen der gemeinsam mit den USA genutzten Militärbasis Diego Garcia nicht aufgeben und versuchen erst im Juni 2017, zwischen dem Partnerschaftsgipfel in Berlin und dem G20 in Hamburg in der UN-Generalversammlung die Anrufung des Internationalen Gerichtshofs auf Briten Mauritius zu verhindern. Mit einer Mehrheit von 94 zu 15 Stimmen bei 65 Enthaltungen wurde der Antrag angenommen – die meisten G20-Staaten hatten wie die USA, Großbritannien und Australien dagegen gestimmt oder sich wie Deutschland gegen das fast einhellige Votum der afrikanischen Staaten enthalten. Dass viele EU-Staaten nicht an der Seite Großbritanniens abgestimmt, sondern sich „nur“ enthalten haben, wurde v.a. als Retourkutsche für den Brexit interpretiert. Vgl: Somini Sengupta: U.N. Asks International Court to Weigh In on Britain-Mauritius Dispute, [www.nytimes.com](http://www.nytimes.com) vom 22. Juni 2017.
- [9] „General Assembly Adopts Resolution Seeking International Court’s Advisory Opinion on Pre-independence Separation of Chagos Archipelago from Mauritius“, Pressemitteilung (GA/11924) vom 22. Juni 2017.
- [10] Artikel 4 (h) der Gründungsakte der Afrikanischen Union sieht Entsprechendes in bestimmten Fällen vor. Dies steht im Wider-

spruch zu Artikel 53 (1) der UN Charta, was aber selten thematisiert wird. Ganz im Gegenteil sind v.a. die EU und ihre Mitgliedstaaten intensiv bemüht, entsprechende Entscheidungsstrukturen auf Ebene der EU und ihrer subregionalen Organisationen zu schaffen. So sind – von der EU und USA finanzierte und unterstützte – Interventionen afrikanischer Staaten in ihren Nachbarstaaten mittlerweile in Ost-, Zentral- und Westafrika im wörtlichen Sinne Alltag. Falls die Legalität des entsprechenden Absatzes der AU-Gründungsakte infrage gestellt oder diskutiert wird, so gilt die – nicht in der UN-Charta verankerte – „Verant-

wortung zum Schutz“ meist als Vehikel, um das Sonder-Völkerrecht auf dem afrikanischen Kontinent zu legitimieren. Vgl. beispielhaft: Stephanie Anne Fogwell: The legality of the African Union's right to intervention, University of Pretoria 2013.



**Hinweise eines SiG-Lesers:**  
 Als Ergebnisse des G20-Gipfels werden CETA-Komponenten wie die **REGULATORISCHE KOOPERATION** auch über die neokolonialen Beschlüsse der G20 zu Afrika auf den Weg gebracht: [IPG-Journal](#); [Monitor](#)  
 Zu den Bundeswehreinheiten in **Mali** : [IMI-Broschüre](#)  
**Sahel** völkerrechtfreie Zone  
**Drohentod** aus Deutschland in Afrika

## Thomas Sablowski / Samuel Decker Warum eine Afrikakonferenz gerade jetzt?

(...) Diese Frage lässt sich nur vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte beantworten. In der Globalisierung des Kapitalismus unter der Ägide neoliberaler Wirtschaftspolitik war Afrika zunächst an den Rand gedrängt worden. Seit den 1970er Jahren spielte sich die Internationalisierung der Eigentums- und Investitionsstrukturen vor allem zwischen den Triade-Zentren USA, Westeuropa und Japan ab. Nach dem Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« wurden Osteuropa, Russland und insbesondere China asymmetrisch in die globale Arbeitsteilung integriert. Der Anteil Afrikas am globalen Sozialprodukt und den internationalen Investitionsströmen nahm dagegen lange Zeit ab.

Das **wiedererwachte Interesse an Afrika** hat zum einen mit neuen Rivalitäten zu tun, die sich durch den Aufstieg Chinas und anderer »BRICS«-Staaten während der neoliberalen Globalisierung entwickelt haben. Zwischen den alten kapitalistischen Zentren in Nordamerika, Westeuropa und Japan auf der einen Seite und den aufstrebenden »Schwellenländern« auf der anderen Seite ist ein **Kampf um die Sicherung des langfristigen Zugangs zu Ressourcen und Absatzmärkten** entbrannt. China, Indien, Brasilien und Südafrika betreiben längst ihre eigene Afrikapolitik. Konzerne aus diesen Ländern investieren in beachtlichem Umfang in Afrika, kaufen in großem Stil Land und Rohstoffe auf und machen westlichen Konzernen zunehmend Konkurrenz. Zum anderen hängt der neue Wettlauf um Afrika mit den **verschlechterten Verwertungsbedingungen des Kapitals** zusammen, das seit dem Ausbruch der jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise dringend nach neuen Anlagesphären sucht. So gewinnt auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen in Afrika an Bedeutung. Hinzu kommt noch der wachsende **Druck durch die Migration**, der die politischen Verhältnisse in der EU zunehmend zum Tanzen bringt. Die Bekämpfung der Fluchtursachen in Afrika

wird zur notwendigen Bedingung für politische Stabilität in der EU. Es sind also eher die ökonomischen und politischen Probleme in Europa und im globalen Norden als die Zustände in Afrika, die das neue Interesse der Bundesregierung an diesem Kontinent erklären.

### Afrika hat von der G20 wenig Gutes zu erwarten

Bei der von der Bundesregierung und der G20 ausgerufenen »Fluchtursachenbekämpfung« ist daher Vorsicht geboten. Das Konzept für den »Compact with Africa«, das die Afrikanische Entwicklungsbank, die Weltbank und der IWF kürzlich beim Treffen der Finanzminister und Zentralbankchefs der G20-Staaten in Baden-Baden vorgelegt haben, lässt wenig Gutes für die Masse der Bevölkerung in Afrika erwarten. Es geht nicht etwa um mehr Entwicklungshilfe oder um die Bereitstellung besonders begünstigter Kredite für afrikanische Staaten, sondern vor allem um die **Förderung privater Investitionen** und Kredite zu marktüblichen Bedingungen. Statt für konkrete Projekte sollen öffentliche Gelder primär zur Auslösung und Absicherung privater Investitionen eingesetzt werden. Dabei zielen die Urheber des Konzepts vor allem auf Investitionen in die Infrastruktur.

Gegen Investitionen in die soziale Infrastruktur in afrikanischen Staaten wäre zunächst nichts einzuwenden. Viele Länder Afrikas sind überschuldet. Investitionen in das Gesundheits- und Bildungswesen, in die Wasser- und Stromversorgung oder in die Transportsysteme bleiben aus. Doch die Investitionsförderung à la G20 entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Sammelsurium neoliberaler Politikrezepte. So sollen Einnahmen für öffentliche Investitionen vor allem über die Mehrwertsteuer erhöht werden, die vor allem die Massen trifft, deren Nachfrage senkt und die soziale Ungleichheit verstärkt. Mithilfe **Öffentlich-privater Partner-**

**schaften (ÖPP)** soll die Infrastruktur afrikanischer Länder als Anlagesphäre für privates Kapital erschlossen werden. Dabei plädieren die Autoren des »Compact« für eine internationale Standardisierung von ÖPP-Verträgen, um den Abschluss solcher Verträge zu beschleunigen und die Investitionsrisiken ein für alle Mal auf die Öffentlichkeit abzuschieben. Die öffentlichen Haushalte sollen so zur Absicherung der privaten Kapitalakkumulation langfristig in Dienst genommen werden.

Wie alle neueren Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, wie TTIP, CETA und TISA sieht der »Compact« vor, Investoren zu schützen. Dabei geht es nicht nur um das vielfach kritisch diskutierte Recht privater Investoren und Unternehmen, Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen, wenn sie glauben, dass ihr »Recht auf Profit« durch irgendwelche staatlichen Maßnahmen und Gesetze eingeschränkt wird. Der »Compact« soll noch einen Schritt weitergehen: Bevor es überhaupt zu zeitaufwändigen und kostspieligen gerichtlichen Auseinandersetzungen kommt, sollen Gesetzesinitiativen, die schlecht fürs Geschäft sind, verhindert werden. Als positives Beispiel gilt hier die Einrichtung einer Ombudsperson in Georgien, die die Interessen der Unternehmen vertritt und unmittelbaren Zugang zum Ministerpräsidenten hat. Es geht um eine Art **»Frühwarnsystem«**, um internationale Kapitalinteressen noch unmittelbarer in staatlicher Politik zu verankern.

### Vor einer neuen Welle neoliberaler Strukturpolitik?

Anstatt um »Fluchtursachenbekämpfung« geht es also vor allem um eines: eine neue Welle neoliberaler Strukturpolitik zur kapitalistischen Durchdringung des afrikanischen Kontinents unter der Dominanz transnationaler Konzerne. (...) Die Privatisierung der Infrastruktur und der Abbau von Handelschranken werden letztlich neue Fluchtursachen schaffen. (...) [nd](#), 13.6.2017

# Angela Klein

## De-Globalisierung statt Protektionismus und Freihandel Neues zu JEFTA, Globalisierung und G20

Pünktlich zum Gipfeltreffen der G20 am 7. und 8. Juli hat Greenpeace wesentliche Dokumente des **bislang geheim verhandelten Freihandelsabkommens der EU mit Japan** veröffentlicht. (...) Zunächst ist die Greenpeace-Aktion eine Ohrfeige für die EU-Kommission, die nach dem Streit über TTIP und CETA mehr Transparenz versprochen hatte; die Verhandlungen mit Japan werden seit 2013 geführt. Die Enthüllungen zeigen zweitens, dass das geplante Abkommen noch hinter die Standards des CETA-Abkommens mit Kanada zurückfällt.

Die veröffentlichten Teile des Abkommens vermitteln den Eindruck, dass damit ein großes Hauen und Stechen in Bereichen wie Landwirtschaft und **Automobilindustrie** in Gang gesetzt werden soll. Japan ist bei landwirtschaftlichen Gütern und industriellen Rohstoffen stark von Importen abhängig. Während Toyota, jahrelang der größte Automobilhersteller der Welt, inzwischen auf den dritten Platz (nach der Zahl der Zulassungen) abgedrängt ist, hat sich VW sich auf Platz 1 vorgearbeitet. Man kann sich vorstellen, dass sowohl VW als auch Toyota in dem Abkommen eine Chance sehen, sich besser gegenseitig niederzunkonkurrieren.

In der **Landwirtschaft** erhebt Japan auf Produkte wie Reis, Rindfleisch und Milchprodukte hohe Zölle, um die eigene Produktion zu schützen. Andererseits sind Japans Umweltschutzstandards miserabel und drohen, EU-Standards zu unterminieren. Verschlechterungen drohen hierzulande auch beim Klimaschutz sowie bei den Sozial- und Arbeitsstandards. Gleichzeitig sperrt sich Japan gegen öffentliche internationale Schiedsgerichte und will nur private akzeptieren. Für EU-Unternehmen wiederum gilt es, das öffentliche Beschaffungssystem in Japan zu knacken. Der Staat vergibt dort jährlich Aufträge in Milliardenhöhe, davon wollen auch EU-Unternehmen profitieren.

JEFTA ist ein gutes Beispiel dafür, dass was gut ist für die (einzelnen) Konzerne, noch lange nicht gut ist für die Arbeiter und die Bauern. Als das transpazifische Abkommen TPP verhandelt wurde, gab es in Japan jedenfalls starken Protest.

JEFTA zeigt auch, dass die **Globalisierung der Wertschöpfungsketten nicht alternativ zum protektionistischen Schutz einzelner Industriezweige** steht. Das gilt nicht nur für Japan, es gilt ebenso für die USA und für die EU. Auch in der EU schützen Zölle, Quoten und eine ausgeprägte Subventionierung etwa der Landwirtschaft,

aber auch der Stahlindustrie die einheimische Produktion. Über 40 Milliarden Euro fließen aus dem EU-Topf in die europäische Landwirtschaft, das machte 2006 38 Prozent des Gesamthaushalts der EU aus. Schutz bewirken ja nicht nur Zölle. Auch die Unterstützung im Preiskampf bei Exportgütern oder die Subventionierung eines Industriezweigs, um auf dem Weltmarkt zu günstigeren Preisen anbieten zu können, oder der Schutz einzelner Konzerne vor sog. «feindlichen Übernahmen» sind protektionistische Maßnahmen. Davon bietet Deutschland eine Menge auf, denken wir nur an die zahlreichen Rettungen von Konzernen und Banken vor der Pleite (die dann oft zeitverzögert trotzdem kam): die Baukonzerne Philipp Holzmann und Hochtief, die HRE (Hypo Real Estate), die ganze Griechenland«rettung» war anfänglich nichts anderes als ein Plan zur Rettung der deutschen und französischen Banken auf Kosten der griechischen Bevölkerung. Wenn Merkel und Co. auf dem G20-Gipfel sich nun gegenüber Trump als die Freiheitsapostel aufspielen, dann tun sie also nichts anderes als Trump auch: Sie machen sich stark für die Interessen der Konzerne ihres jeweiligen Landes.

Denen geht es aber ausschließlich darum, den Konkurrenten aus anderen Ländern Marktanteile abzugeben, indem sie sie platt machen. Auf diese Weise rechnet sich z.B. Peugeot aus, im Autokrieg überleben zu können, indem es Opel übernimmt und damit seine Marktanteile. Nach und nach werden die Arbeitsplätze dann durch höheren Maschineneinsatz und Umstrukturierung der Produktion abgebaut.

Die kapitalistische Globalisierung ist also ein Mechanismus, um Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen und (möglichst) eine Spitzenposition auf dem Weltmarkt zu erreichen. Freihandelsabkommen sind nichts anderes als Rahmenbedingungen, die diesen Mechanismus schützen, und da feilscht jeder so gut er kann für die eigenen Leute. Sie sind ebenfalls ein Mechanismus der Protektion, nur mit offensiven, statt mit defensiven Methoden.

Dass ein Industrieschützer wie Macron sympathischer wirkt als einer wie Trump liegt nicht daran, dass der eine seine Industrie schützt, während der andere die Fahne der Freiheit schwenkt. Die EU zieht auch nicht weniger Mauern gegen Flüchtlinge hoch als Trump, Theresa May praktiziert das sogar gegen Arbeitskräfte aus EU-Ländern. Die unterschiedlichen Sympathiewerte hängen nur damit zusammen, mit wieviel

politischer «Liberalität» sich solche wirtschaftlichen Maßnahmen verbinden, und da ist der Zusammenhang nicht zwingend. Auf der Strecke aber bleiben in beiden Fällen regelmäßig die Beschäftigten in Landwirtschaft und Industrie. Sie haben rein gar nichts davon, sich von der einen oder anderen Parole einfangen zu lassen.

Ein Letztes: Die Unsitte, Milch nach China zu exportieren und den berühmten Joghurtbecher dreimal um den Erdball zu schicken, bevor er auf unserem Teller landet, also der Freihandel mit landwirtschaftlichen Gütern und die globalen Wertschöpfungsketten in der Industrie zerstören unseren Planeten. Ganz unabhängig vom innerimperialistischen Streit um die größten Marktanteile muss diese **irrsinnige Produktionsweise** schleunigst beendet werden. Im Interesse des Kampfes gegen den Klimawandel und zum Schutz unserer natürlichen Ressourcen brauchen wir dringend eine **De-Globalisierung**, d.h. den Umbau unsere Wirtschaft zu **ökologischen Kreislaufwirtschaften**.

Wirklich fairer Handel, wo er sinnvoll ist, gehört dazu. Damit ist kein Schutz «unserer» Kapitalisten verbunden, sondern ein Arbeitsplatz- und Umweltschutzprogramm, das diesen Umbau vorantreibt, und internationale Beziehungen, die auf Kooperation und nicht auf Ausbeutung beruhen. Da sind dann auch offene Grenzen eine Bereicherung und keine Bedrohung.

[www.sozonline.de](http://www.sozonline.de)

**Attac Österreich** Beim EU-Japan-Gipfel in Brüssel am 6. Juli wurde eine vorläufige Einigung beim Handelsabkommen JEFTA verkündet. Entgegen dem vermittelten Eindruck ist der Vertrag damit noch lange nicht fertig. Wichtige Differenzen wie etwa die Konzernklagerechte wurden aus der heute präsentierten Einigung ausgespart. „*Der anhaltende Widerstand gegen diese Abkommen zwingt die Verantwortlichen dazu, schon eine Zwischeneinigung als großen Erfolg zu inszenieren. Die politischen Eliten sollten ihre gescheiterte Freihandels-Ideologie aufgeben, anstatt sie schön zu reden*“, kommentiert Alexandra Strickner.

**Petition in Österreich „Stopp JEFTA – kein TTIP mit Japan!“**

Die Gewerkschaften CGT in Frankreich und ZENROREN in Japan haben in einer gemeinsamen Erklärung am 25. Juli 2017 Transparenz gefordert und sich u.a. gegen die privaten Schiedsgerichte (ISDS) ausgesprochen. [Mehr](#)

Mehrere Artikel über JEFTA:

<http://bilaterals.org/?-eu-japan->



# Joseph E. Stiglitz

## Trump und die Wahrheit über den Klimawandel

BRÜSSEL – Unter Führung von Präsident Donald Trump haben die USA am 1. Juni einen weiteren großen Schritt in Richtung Schurkenstaat gemacht, als sie sich aus dem **Pariser Klimaabkommen zurückzogen**.

Trump hängt seit Jahren der seltsamen Verschwörungstheorie an, dass, wie er es 2012 formulierte, „das Konzept der globalen Erwärmung von den Chinesen und zu ihrem Nutzen entwickelt wurde, um die produzierende Industrie der USA konkurrenzunfähig zu machen“. Doch das war nicht der Grund, den Trump für den Rückzug der USA aus dem Pariser Abkommen nannte. Stattdessen behauptete er, dass das Abkommen schlecht für die USA und diesen gegenüber per se unfair sei.

Auch wenn Fairness, wie Schönheit, im Auge des Betrachters liegt, ist Trumps Behauptung schwer zu rechtfertigen. Das Pariser Abkommen ist im Gegenteil sehr gut für Amerika, und es sind die USA, die weiterhin anderen eine unfaire Belastung auferlegen.

Die **USA** tragen traditionell überproportional zu der steigenden Konzentration an Treibhausgasen in der Atmosphäre bei, und sie sind unter den großen Ländern nach wie vor der deutlich **größte Emittent von Kohlendioxid pro Kopf**, mit einer mehr als doppelt so hohen Rate wie China und einer fast 2,5 Mal so hohen Rate wie Europa (Stand: 2013, das letzte Jahr, für das die Weltbank vollständige Daten vorgelegt hat). Mit ihrem hohen Einkommen können sie sich dabei den Herausforderungen des Klimawandels deutlich besser anpassen als arme Länder wie Indien und China, von den einkommensschwachen Ländern Afrikas gar nicht zu reden.

Tatsächlich macht Trump einen großen Denkfehler, denn die Bekämpfung des Klimawandels würde die USA stärken und nicht schwächen. Trump orientiert sich an der Vergangenheit – einer Vergangenheit, die ironischerweise nicht besonders großartig war. Sein Versprechen zur Wiederherstellung von Arbeitsplätzen im Kohlebergbau (deren Zahl heute 51.000 beträgt, weniger als 0,04% der Beschäftigung in den USA außerhalb der Landwirtschaft) übersieht die dieser Branche innewohnenden harten Arbeitsbedingungen und Gesundheitsrisiken, gar nicht zu reden von dem technologischen Fortschritt, der die Zahl der Arbeitsplätze innerhalb der Branche selbst bei einer Wiederbelebung der Kohleproduktion weiter reduzieren würde.

Tatsächlich werden in der Installation von **Solarzellen** viel mehr Arbeitsplätze geschaffen als in der Kohleproduktion verloren gehen. Allgemeiner gesagt würde die Hinwendung zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft das heutige Einkommen und

künftige Wirtschaftswachstum der USA steigern. Hier wie in vielen anderen Dingen ist Trump auch in dieser Frage hoffnungslos hinter der Zeit zurück.

Nur ein paar Wochen vor Trumps Entscheidung, sich aus dem Pariser Abkommen zurückzuziehen, hat die globale „High-Level Commission on Carbon Prices“, deren Co-Vorsitzender ich zusammen mit Nicholas Stern war, das Potenzial eines Wandels hin zu einer grünen Zukunft herausgestellt. Der Ende Mai veröffentlichte

Kommissionsbericht argumentiert, dass eine **Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu einer noch stärkeren Volkswirtschaft führen könnte**.

Die Logik ist einfach. Ein zentrales Problem, das die Weltwirtschaft heute bremst, ist die schwache Gesamtnachfrage. Zugleich sehen sich die Regierungen vieler Länder Einnahmeausfällen ausgesetzt. Doch wir können beide Probleme gleichzeitig angehen und die Emissionen verringern, indem wir eine Steuer auf CO<sub>2</sub>-Emissionen einführen.

Es ist immer besser, schlechte Dinge zu besteuern als gute. Durch die Besteuerung von CO<sub>2</sub> würden Unternehmen und Haushalte einen Anreiz erhalten, für die Welt der Zukunft aufzurüsten. Die Steuer würde Unternehmen zudem Anreize für Innovationen bieten, die den Energieverbrauch und die Emissionen verringern, und ihnen so einen dynamischen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Die Kommission hat das Kohlenstoffpreinsniveau analysiert, das erforderlich wäre, um die im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziele zu erreichen. Der Preis wäre deutlich höher als in den meisten Teilen Europas heute, aber zu bewältigen. Die Kommissionsmitglieder verwiesen darauf, dass der angemessene Preis sich von Land zu Land unterscheiden könnte. Insbesondere stellten sie fest, dass ein besseres Regulierungssystem – zum Beispiel eines, das die Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke einschränkt – die Last verringert, die dem Steuersystem auferlegt werden muss. Interessanterweise hat eine der leistungsstärksten Volkswirtschaften der Welt, Schweden, bereits eine Kohlenstoffsteuer eingeführt, deren Steuersatz deutlich über dem liegt, den wir in unserem Bericht diskutiert haben. Zugleich haben die Schweden ihr starkes Wachstum ohne Emissionen auf US-Niveau aufrechterhalten.

Amerika hat sich unter Trump von einer der weltführenden Nationen zu einem Gegenstand des Spotts entwickelt. Im Gefolge des US-Rückzugs aus dem Pariser Abkommen durch Trump wurde über dem Rathaus von

Rom ein großes Transparent mit dem Text „The Planet First“ aufgehängt. Genauso hat Frankreichs neuer Präsident Emmanuel Macron sich über Trumps Wahlkampfmotto lustig gemacht und erklärt: „Make Our Planet Great Again“.

Doch sind die Folgen von Trumps Handlungen nichts zum Lachen. Wenn die USA weiterhin Emissionen in der bisherigen Größenordnung freisetzen, werden sie der übrigen Welt – darunter auch viel ärmeren Ländern – weiterhin enorme Kosten auferlegen. **Die von dieser Rücksichtslosigkeit Amerikas Betroffenen sind zu Recht wütend.**

Zum Glück haben große Teile der USA, darunter die wirtschaftlich dynamischsten Regionen, gezeigt, dass Trump zwar nicht bedeutungslos ist, aber zumindest weniger relevant, als er selbst gern glauben würde. Eine große Zahl von US-Bundesstaaten und Unternehmen hat angekündigt, dass sie ihren Verpflichtungen weiter nachkommen und möglicherweise sogar darüber hinausgehen wird, um die Versäumnisse anderer Teile der USA auszugleichen.

In der Zwischenzeit muss sich die Welt vor Schurkenstaaten schützen. Der Klimawandel stellt eine existenzielle Bedrohung für den Planeten dar, nicht weniger ernst als jene, die von Nordkoreas nuklearen Zielen ausgeht. In beiden Fällen kann sich die Welt der unweigerlichen Frage nicht entziehen: Was soll man mit Ländern machen, die sich weigern, ihren Teil zur Bewahrung unseres Planeten zu leisten?

<https://www.project-syndicate.org>

Aus dem Englischen von Jan Doolan

Die Initiative **«Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz»** lädt ein zu einem Workshop **«Strukturwandel und sozialverträglicher Ausstieg aus der Kohleverstromung»** am 21. August um 10 Uhr auf dem **Klimacamp bei Erkelenz** im Rheinland. [Mehr](#)



**Aktionstage im rheinischen Braunkohle-**  
**revier vom 24. bis 29. August**

[Attac DE](#)

# Atomwaffenverbot

## Die UN in New York hat am 7. Juli 2017 ein Atomwaffenverbot verabschiedet!

Der Vertrag wird in Kraft treten, wenn ihn mindestens 50 Unterzeichnerstaaten ratifiziert haben. Weitere Informationen: [ICAN](#) - ICAN ist ein Zusammenschluss von 450 Organisationen aus mehr als 100 Ländern, die sich zum Ziel gesetzt haben ein weltweites Atomwaffenverbot durchzusetzen.

ICAN-Geschäftsführerin Beatrice Fihn im [ZDF-Interview](#) :

„Im Moment haben wir fünf Staaten, die eine Art Erlaubnis haben, diese Waffen zu besitzen. Und NATO-Staaten, die in eine Atomstrategie eingebunden sind. Jetzt, mit einem internationalen Vertrag, behandeln wir das genauso bei chemischen und biologischen Waffen. Das wird die Dynamik ändern. Das wird schwierige Fragen für Länder wie zum Beispiel Deutschland aufwerfen: 'Sind wir bereit, Atomwaffen gegen Zivilisten einzusetzen?'

(...) Die Finanzierung von Atomwaffenprogrammen ist verboten. Als Zivilgesellschaft werden wir in der Lage sein, harten Druck auf Banken und Pensionsfonds und andere Finanzinstitutionen auszuüben, damit die ihre Finanzierungen zurückzuziehen.

### **An die Bundesregierung: Treten Sie dem Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen bei**

122 Staaten verabschiedeten am 7. Juli 2017 bei den Vereinten Nationen in New York einen Vertrag zum Verbot von Atom-

waffen. Nach Jahrzehnten stockender Abrüstung senden sie ein klares Signal an die Atomwaffenstaaten: diese Massenvernichtungswaffen sind endgültig delegitimiert. Das völkerrechtlich verbindliche Abkommen verbietet neben der Herstellung, dem Einsatz und Besitz auch die Drohung mit einem Nuklearschlag sowie die Stationierung von Atomwaffen in anderen Staaten. Damit handelt künftig auch die Bundesregierung mit der nuklearen Teilhabe in der NATO und der Verfügung über US-Atomwaffen in Deutschland gegen geltendes Völkerrecht.

### **Wir fordern die jetzige und zukünftige Bundesregierung auf:**

Entsprechen Sie dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der Bundesbürger/innen (Forsa-Umfrage März 2016\*), zeigen Sie Verantwortung und übernehmen Sie Vorbildfunktion gegenüber allen NATO-Partnern:

- Treten Sie dem Vertrag für ein Atomwaffenverbot bei.
- Verhindern Sie die nukleare Aufrüstung in Deutschland.
- Halten Sie am Beschluss des Deutschen Bundestages vom 26. März 2010 fest, der den Abzug aller Atomwaffen aus Büchel fordert, und setzen Sie sich tatkräftig dafür ein

Wir unterstützen dazu alle Aktionen im Gedanken an die Opfer der Atombombenabwürfe in vielen Städten in Deutschland und weltweit.

Eine gemeinsame Initiative der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“, der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs (IPPNW) deutsche Sektion, des Pacemakers-Radmarathon und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg.

[www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de), [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de), [www.pace-makers.de](http://www.pace-makers.de), [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)

\* Eine Forsa-Umfrage im Auftrag der Internationalen Ärzten zur Verhütung eines Atomkriegs vom März 2016 ergab: 85% der Befragten sprachen sich dafür aus, dass die auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen abgezogen werden. 93% befürworteten, dass Atomwaffen, ähnlich wie Chemie- und Bio-waffen, völkerrechtlich verboten werden sollen. 88% sprachen sich dagegen aus, dass die USA aufgerüstete Atomwaffen in Deutschland neu stationieren.

### **Mach mit! Wir brauchen dich!**

Wir protestieren 20 Wochen lang in Büchel in der Eifel, vom 26. März bis 9. August 2017. Die 20 Wochen stehen für die 20 Atombomben, die in Büchel stationiert sind. Die US-Regierung plant, diese Atombomben aufzurüsten. Die neuen Atombomben, Typ B61-12, sind zielgenauer, flexibler und dadurch „besser“ einsetzbar. Eine neue Spirale der atomaren Aufrüstung hat begonnen. Ein Atomkrieg hätte unvorstellbare Folgen für die Bevölkerung und alles Leben auf der Erde. [Aktionseite](#)

## Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!

23.05.2017 - Attac fordert den Bundestag und die Mitglieder der Haushalts- und Verteidigungsausschüsse auf, die Beschaffung von waffenfähigen Kampfdrohnen für die Bundeswehr abzulehnen. Die 2013 im Koalitionsvertrag vereinbarte "sorgfältige Prüfung" der "völker- und verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen, und ethischen Fragen" im Zusammenhang mit dieser Waffe hat nie stattgefunden.

"Am Beispiel der Tötungen durch US-Drohnen sieht man, wie diese Art Kriegsführung sich der demokratischen Aufsicht völlig entzieht, ganze Regionen destabilisiert und weltweit Hass schürt", sagt US-Bürgerin und Attac-Mitglied Elsa Rassbach. "Die Bundesregierung behauptet, dass sie dem Weg der USA in eine entgrenzte Kriegsführung mit Drohnen nicht folgen wird. Aber ist das glaubwürdig, wenn sie heute schon die völkerrechtswidrigen Drohneneinsätze der US-Regierung von der Ramstein Air Base in Rheinland-Pfalz und dem US-Afrika-Kommando in Stuttgart aus duldet?"

Tatsächlich hat die Bundesregierung bereits einen Vertrag mit dem Rüstungskonzern Airbus Defence and Space Airborne Solutions für die Beschaffung von waffenfähigen israelischen Kampfdrohnen der Firma IAI ausgehandelt. Noch in dieser Legislaturperiode – also bis Ende Juni – sollen der Haushalts- und der Verteidigungsausschuss den Antrag durchwinken. (aber... „Die eigentlich seit langem geplante Beschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr ist offenbar vorerst gescheitert.“, Zeitonline, 27.6.2017)

Attac ist Kooperationspartner für den mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilm "NATIONAL BIRD – Wohin geht die Reise Amerika?" [<http://nationalbird-derfilm.de/>](http://nationalbird-derfilm.de/) von Sonia Kennebeck, der vergangenen Donnerstag bundesweit in Kinos angelaufen ist. In dem Film zeigen Drohnenopfer in Afghanistan und drei Kriegsveteranen der US Air Force die moralischen und ethischen Gefahren des Drohnenkriegs ein-

drücklich auf. Attac-Gruppen begleiten die Filmvorführungen mit Infoständen und anderen Aktivitäten.

Attac gehört zu den 149 Gruppen und Organisationen, die den [Appell](#) "Keine Kampfdrohnen!" unterzeichnet haben, der die Bundesregierung und den Bundestag auffordert, "sich für ein weltweites Verbot und die völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen einzusetzen."

Auch hochrangige Wissenschaftler wie Stephen Hawking und Noam Chomsky warnen eindringlich vor dem zunehmenden Einsatz von Kampfdrohnen und der Gefahr einer Entwicklung hin zur vollständigen Automatisierung des Tötens.

Raphael Müller vom bundesweiten Attac-Rat: "Statt in das Töten mit Drohnen einzusteigen, sollte sich Deutschland bemühen, den Drohnenkrieg durch Diplomatie zu stoppen!"

[Attac De](#)

## Peter Wahl Dämpfer für Durchmarsch der République en Marche

Die neue Partei des französischen Präsidenten hat die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung gewonnen, wenn auch mit deutlich weniger Sitzen als vorausgesagt. Eine Sensation besonderer Art ist die **historisch einmalig niedrige Wahlbeteiligung**. Im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen lag die Zahl der gültigen Stimmen bei

47,6%. Die absolute Mehrheit der Franzosen hatte nicht an den Wahlen teilgenommen oder ungültig gestimmt. Das war ein absoluter Tiefpunkt in der Geschichte der Fünften Republik. Eine Woche später, im zweiten Wahlgang, ist die Marke noch einmal um fast zehn Prozent gesunken, auf 38,4%. Von den 23,2 Mio. abgegebenen

Stimmen im ersten Wahlgang, in dem die Parteipräferenzen einigermaßen realistisch abgebildet werden, haben 28% der Macron-Partei ihre Stimmen gegeben (s. Tabelle 1). Nimmt man die 47,6 Mio. Wahlberechtigten als Bezugsgröße, hat Macrons *La République en Marche* (LREM) sogar nur 13,4% der Franzosen hinter sich.

Tabelle 1: Ergebnisse der ersten Runde der Wahlen zur Nationalversammlung [1]

	PCF	LFI	PS	Ecolos	LREM	MODEM	UDI/LR	FN	Sonstige
Stimmen	615.487	2.497.622	1.685.677	973.527	6.391.269	932.227	4.260.652	2.990.454	2.307.249
In %	2,72	11,03	7,44	4,3	28,21	4,12	18,8	13,2	10,18

Quelle: [Ministère de l'Intérieur](#)

Insofern sind die 308 Abgeordneten für LREM zwar eine bequeme absolute Mehrheit von 53% der Sitze, aber bei den vorherigen Wahlen 2012 war die PS sogar auf 314 Sitze gekommen (s. Tabelle 2). Im Mehrheitswahlrecht sind solche Ergebnisse nichts Außergewöhnliches. Zudem wissen wir gerade in Deutschland nur zu gut, dass eine zahlenmäßige Parlamentsmehrheit noch lange keine gesellschaftliche Mehrheit ist. Zwar kommen zu den Abgeordneten von LREM noch die 42 Sitze von MODEM, die ein Wahlbündnis mit Macron eingegangen sind. An der grotesken Verzer-

rung des Repräsentativitätsprinzips durch das Mehrheitswahlrecht ändert das aber nichts. Angesichts dessen ist der Enthusiasmus der medialen Jubelperser Macrons etwas verhaltener geworden. Die neue Parlamentsmehrheit ist jetzt mit dem Makel eines **enormen Legitimationsdefizit** behaftet. Denn über eine Wahlbeteiligung, die noch unter dem liegt, was man aus den USA oder von Wahlen zum EU-Parlament gewohnt ist, kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Sie ist Ausdruck einer dramatischen Krise der repräsentativen Demo-

kratie. Selten traf der Begriff *Postdemokratie* so den Kern, wie bei diesen Wahlen, in denen „*Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle.*“ Im Schatten dieser Inszenierung „*wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.*“ [2]

Tabelle 2: Sitzverteilung in der Nationalversammlung 2017 und 2012

	PCF*	LFI	PS	Div. Linkszentr.**	MODEM	LREM	UDI/LR	FN	Sonstige
2017	10	17	29	19	42	308	131	8	13
2012		10	314		2		229	2	2

\*Die KP war 2012 nicht eigenständig angetreten, sondern hatte mit Mélenchons Linkspartei ein Wahlbündnis geschlossen, das 10 Sitze erhielt.

\*\* Ein Teil der Linkszentristen wird mit der PS vermutlich eine Fraktion bilden.

Quelle: [Ministère de l'Intérieur](#)

Freilich trifft die geringe Wahlbeteiligung auch die anderen Parteien. **Mélenchon** zum Beispiel hatte in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl sieben Millionen Stimmen geholt. Bei den Parlamentswahlen kam er noch auf 2,5 Mio. – ein Einbruch um 4,5 Millionen! Das ist zum einen Indiz dafür, dass er bei den Präsidentschaftswahlen einen Teil der Nichtwähler erreicht hatte und dort Hoffnung auf einen echten Wechsel entstanden war. Zum anderen zeigt das aber auch die Rolle psychologischer Effekte und Stimmungslagen, und deren schnelles Umkippen, das durch Enttäuschung und das Ohnmachtsgefühl hervorgerufen wird, dass

man doch nichts ändern kann. Ein weiterer Faktor für die katastrophale Wahlbeteiligung war auch die Skrupellosigkeit, mit der die **mediale Dampfwalze** Macron zur Lichtgestalt hochgehuldet hat. Das hat dazu geführt, dass LREM in vielen Wahlkreisen auch einen Besenstil erfolgreich hätte kandidieren lassen können. Aber das dürfte auf viele auch abschreckend gewirkt haben. Denn die Vertrauenskrise, in der die Medien stecken, ist auch in Frankreich schon seit längerem Teil der Krise der Demokratie.

### Von wegen Innovation und Erneuerung

Der Aufstieg von Macrons Bewegung wird als Innovation gefeiert, die das angeblich veraltete Links-Rechts-Schema überwindet und die französische Demokratie erneuert. In der politischen Substanz ist Macrons Rezept aber nichts anderes als die Etablierung eines **hegemonialen Blocks der sog. Mitte**, wie wir ihn in Deutschland, mit der großen Koalition seit acht Jahren kennen. Also marktconforme Demokratie inklusive Marginalisierung der parlamentarischen Oppo-



sition. So innovativ und revolutionär ist LREM also keineswegs, auch wenn, anders als bei uns, der hegemoniale Block jetzt in einer einzigen Partei zusammengefasst ist. Auch in Italien ist schon 2006 ein ähnliches Rezept probiert worden. Damals schlossen sich die sozialdemokratischen *Democratici di Sinistra*, die aus der KPI hervorgegangen war und die Nachfolgepartei der italienischen Christdemokraten *La Margherita* zum *Partito Democratico (PD)* zusammen. Ähnlich wie jetzt Macron, war damals der jung-dynamisch-innovative *Rottamatore* (Verschrotter) Renzi als Tiger gestartet.

So wie seinerzeit bei Renzi beruht ein Großteil der Attraktivität von Macrons Selbstdarstellung in dem Versprechen, mit den alten Verhältnissen, den alten Parteien, dem alten Links-Rechts-Schema und der alten Politik zu brechen. So hat er im Wahlkampf ein Buch mit dem Titel *Révolution* [3] veröffentlicht. Ja, Sie haben richtig gelesen: Revolution. das ist kein Druckfehler.

Die „revolutionäre“ Kernbotschaft ergänzt dann eine programmatische Mischung aus der linksliberal-grün-alternativen Erzählung (Gender, sexuelle Minderheiten, Umwelt, Euro-Pathos und Kosmopolitismus), digitalem Start-Up-Modernismus, nach dem Muster „Über für alle“, ein Schuss *Make-France-great-again* und schließlich ein smarten Neoliberalismus – quasi Margret Thatcher mit human face. Mit Speck fängt man Mäuse, bzw. einen linksliberalen Grünen ebenso wie den Unternehmerverband. Welche dieser Interessen Priorität besitzen und sich ggf. im Konfliktfall durchsetzen, wird natürlich nach der Wahl entschieden – und zwar von Monsieur le Président.

Wer dabei meinte, auf Programm und Versprechungen aus dem Wahlkampf vertrauen zu können, hat schon jetzt Anlass zu Ernüchterung. So hat Macron im Widerspruch zu seinen Aussagen vor der Wahl jetzt doch den **Ausnahmezustand verlängert**. Ein Dokument des Ministerpräsidenten zur inneren Sicherheit sieht weitaus schärfere Maßnahmen beim Abbau demokratischer Rechte vor, als im Programm angekündigt.

Und ein geleaktes Dokument zur **Arbeitsmarktreform** (s.u.), kündigt eine härtere Gangart gegenüber den Gewerkschaften an, als das sozialpartnerschaftliche Süßholzraspeln im Wahlkampf glauben machen wollte.

### Die autoritäre Versuchung

Dass Politik im Wahlkampf hemmungslos personalisiert wird, ist nicht neu. Fast alle Lager machen dabei mit. Die Spin-Doktoren der Spitzenkandidaten versuchen nach allen Regeln der Reklamebranche, ihr Produkt als das Beste zu verkaufen. So weit so schlecht.

Allerdings hat die Kampagne Macrons dabei Größenordnungen erreicht, gegen die der Obama-Hype 2009 vor nüchterner Sachlichkeit nur so strotzte.

Der Personenkult ist in diesem Falle umso problematischer, als Macron selbst eine vordemokratische Vorstellung vom Amt des Präsidenten hat. In einem Interview vom Oktober 2016, also bevor sich seine Favoritenrolle abzeichnete, hat er ziemlich frei von der Leber weg als eine Funktion des Präsidenten die „*Inkarnation*“ des Königlichen und sogar Jupiterhaften bezeichnet. Originalton Macron:

«*François Hollande glaubt nicht an den ‚jupiterhaften Präsidenten‘. Er denkt, dass der Präsident ein Kommunikator ist, wie jeder andere in der politisch-medialen Sphäre. Ich für meinen Teil glaube nicht an den ‚normalen‘ Präsidenten. Die Franzosen erwarten das nicht. Im Gegenteil, ein solches Konzept destabilisiert, verunsichert sie.*»

In Frankreich sei Verfassungspatriotismus – von dem Macron irrtümlich meint, der sei typisch für die Deutschen [4] – nicht möglich.

«*Die Franzosen als politisches Volk wollen mehr. [...] Deshalb kann der Präsident der Republik in unserer kollektiven Vorstellung nicht etwas ‚Normales‘ sein.*»

Mit derart barocken Vorstellungen erweist sich Macron dann doch nicht als ganz so modern und innovativ.

Und dass die autoritäre Versuchung schnell in die Arroganz der Macht umschlagen kann, hat unser „Jupiter“ gleich zu Beginn seiner Amtszeit gezeigt. So kündigte er an, selbst darüber entscheiden zu wollen, welche Journalisten ihn auf seinen Auslandsreisen begleiten dürfen. Nach Protesten hat das Präsidialamt allerdings einen Rückzieher gemacht.

Besonders gravierend ist freilich seine Ankündigung, sich für den harten Kern seines Programms, die Arbeitsmarktreform, noch in diesem Sommer einen Freibrief von seiner absoluten Mehrheit geben zu lassen, eine Serie von Maßnahmen als Dekret durchzuziehen, also ohne jede weitere parlamentarische Kontrolle. Zur Vorbereitung sollen schon die Sommerferien genutzt werden, wenn selbst die 38% der Franzosen, die sich zuletzt noch an die Urnen begeben haben, von Politik nichts wissen wollen.

### Wie viel Thatcher steckt in Macron?

In Macrons Weltbild besteht Frankreichs Hauptproblem darin, die Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu machen. So wie der Mainstream der neoliberalen Ökonomen, Unternehmerverbände, EU-Kommission und die deutsche Bundesregierung glaubt er, dass der Schlüssel dazu die Liberalisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte

und die Reduzierung der Sozialleistungen sei, kurzum: Austerität.

Offizielle Argumentationslinie ist dabei, die Gesetze und Regeln des französischen Arbeits- und Sozialrechts zu vereinfachen. Dazu werden gerne populistische Beispiele herangezogen, wie dass das Arbeitsgesetzbuch mit 1,5 kg heute drei Mal so viel wiegt wie 1985, oder dass es für die Wirtschaft 11.500 Gesetze und 360 Steuern gebe. Verschwiegen wird dabei, dass das auf fast alle anderen Gesetzgebungsbereiche ebenfalls zutrifft. Es ist ein generelles Problem aller modernen Gesellschaften, dass Differenziertheit und Komplexität und folglich die Regulierungsdichte enorm zugenommen haben. Man sehe sich nur mal unsere Gesetze und Verordnungen zur Finanzmarktregulierung an. Was natürlich kein Grund ist, nicht nach Wegen der Reduzierung der Komplexität zu suchen. Macron aber bedient sich hier der gleichen Demagogie, wie wir sie aus der deutschen Debatte über die Steuererklärung kennen, die auf einen Bierdeckel passen soll.

**Letztlich geht es aber immer um die Frage, ist eine solche Reform for the many or the few.**

Nun haben auch schon Macrons Vorgänger solche Reformversuche gestartet, scheiterten aber am Widerstand der Gewerkschaften. Macron hat daher verstanden, dass endlich die Kampfkraft der **Gewerkschaften** gebrochen werden muss. Das ist der machtpolitische Schlüssel, um sein sozialpolitisches Reformpaket durchsetzen zu können. Dabei setzt er auf eine smarte geschmeidige Strategie, d.h. graduelles Vorgehen, kein großer Big Bang, sondern Salami-Taktik. Gegen Ende seiner Amtszeit hatte bereits Hollande, ebenfalls per Dekret, die sog. *Loi El Khomri* [5] (s. [Makroskop vom 22.6.2016](#)) verabschieden lassen, in der erste Schritte zur Beschränkung des gewerkschaftlichen Einflusses unternommen wurden. Auf diesem Weg geht Macron nun weiter. Das Arbeitsrecht soll, so sein Orwell'sches Neusprech, „*entwickelt werden*.“ Für Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern sollen „*Vereinfachung und Dezentralisierung*“ [angestrebt werden](#). Das bedeutet die weitere Aushöhlung des Flächentarifvertrags und die Stärkung betrieblicher Vereinbarungen. In der Substanz läuft das Ganze darauf hinaus, die Kräfteverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital zugunsten des letzteren grundlegend zu verschieben. Es steckt also doch eine gehörige Portion Thatcher in Macron.

### Und die Oppositionsparteien?

Am schwersten hat es die **PS** getroffen. Nach dem demütigenden Debakel der Präsidentschaftswahl jetzt die nächste vernichtende Niederlage. Von den 314 Sitzen 2012

sind noch 29 übrig. Zusammen mit verschiedenen Abgeordneten kleinerer Parteien des linken Zentrums – könnte eine Fraktion in der Größenordnung von 40 zusammenkommen. Das Schicksal der Partei aber ist ungewiss. Parteichef Cambadélis ist bereits zurückgetreten. Präsidentschaftskandidat Hamon will am 1. Juli eine neue linke Partei gründen. Andere werden versuchen, noch auf den Zug von Macron aufzuspringen.

Ebenfalls schwierig ist die parlamentarische Lage des **Front National**. Er hat jetzt zwar acht Abgeordnete, darunter Marine LePen selbst, aber das reicht nicht für den Fraktionsstatus. Die Grenze dafür liegt bei 15 Sitzen. Daraus ergeben sich nicht nur finanzielle Nachteile, sondern auch weniger Zugriff auf Infrastruktur und Redezeiten. Darüber hinaus dürfte es jetzt zu einer Strategiediskussion kommen, bei der es um den zukünftigen Kurs geht. Während Le Pen für eine Anpassung in nationalkonservative Richtung steht und auf eine Spaltung der Konservativen setzt, befürworten andere eine härtere Linie in der Flüchtlingspolitik und bei innerer Sicherheit. Prognosen über die Zukunft des FN sind riskant. Viel wird von der sozio-ökonomischen Entwicklung im Lande abhängen und davon, welchen Einfluss die Themen Migration und Terrorismus in den nächsten Jahren haben werden.

Auch wenn die Anzahl der Abgeordneten der **Konservativen** so niedrig ist wie nie zuvor in der Fünften Republik, sind Republikaner und ihr kleinerer Bündnispartner UDI mit zwei blauen Augen davongekommen. Auflösungserscheinungen wie bei den Sozialisten gibt es nicht. Der Konservatismus ist in der französischen Gesellschaft stark verankert und hat sowohl im Kleinbürgertum wie unter dem Großbürgertum außerhalb der Metropolen, dort wo *la France profonde* verortet wird, eine starke kultu-

relle und soziale Basis. Jetzt werden zwar, wie nach Niederlagen üblich, innerparteilich erst einmal die Messer gewetzt, aber es ist davon auszugehen, dass sich das Lager wieder konsolidieren wird.

Mit 17 Abgeordneten kann **Mélenchon** eine Fraktion bilden. Er selbst konnte in einem Wahlkreis von Marseille mit 60% seine Rivalin der Macron-Partei, eine Unternehmerin aus der Schickimicki Stadt Aix-en-Provence, regelrecht deklassieren.

Verglichen mit dem Ergebnis von 2012, als KP und Mélenchons Linkspartei von Anfang an gemeinsam antraten, aber zusammen nur 10 Sitze errangen, sind die 17 Sitze jetzt ein deutlicher Zuwachs. Wenn es noch zu einer Einigung mit der KP kommen sollte, würde die Fraktion 27 Abgeordnete umfassen. Die zehn Abgeordneten der KP sind das Resultat einer guten lokalen Verankerung in sozialen Brennpunkten oder in traditionellen Hochburgen der Kommunisten. Ob eine Verständigung zustande kommt, ist aber keineswegs sicher. Mélenchon trägt der KP nach, dass sie bei Kommunal- und Regionalwahlen in den zurückliegende Jahren Bündnisse mit Hollandes Sozialisten eingegangen war, statt mit seiner Linkspartei zusammenzuarbeiten. Umgekehrt wirft die KP Mélenchon vor, die Linke bei den jüngsten Wahlen gespalten und damit geschwächt zu haben.

Insgesamt steht die Linke vor der Neukonfiguration. Mélenchon setzt darauf, die Linken aus der Konkursmasse der PS zu sich herüberzuziehen. Gegen die neoliberalen Reformen Macrons hat er bereits harten außerparlamentarischen Widerstand angekündigt.

Da es für deutsche Leser von Interesse sein könnte: von den französischen **Grünen** hat ein Abgeordneter diese Wahlen politisch überlebt. Allerdings von der rechten Abspaltung der *Ecolos*.

## Das IVUKA-Syndrom

Wie dieser Wahlkampf und seine Ergebnisse gezeigt haben, ist das politische System Frankreichs sehr instabil geworden. Die Ursachen sind tiefgehende strukturelle Krisenprozesse in Wirtschaft, Gesellschaft und dem internationalen Umfeld. Das wird sich auch so schnell nicht ändern. Auch Macron wird bald mit den Mühen der Ebene konfrontiert werden. Auch er entkommt nicht dem, was man als *IVUKA-Syndrom* bezeichnen könnte: die allfällige Zunahme von **Instabilität, Volatilität, Ungewissheit, Komplexität, Ambivalenz**. Sie ist zum Signum unserer Epoche geworden, nicht nur in Frankreich. Deshalb wird es weiterhin so manche Überraschung zwischen Straßburg und Cherbourg, Calais und Marseille geben.

### Anmerkungen

[1] PCF = Kommunistische Partei; LFI = La France Insoumise (Mélenchon); PS = Parti Socialiste; ECOLOS = rechte Abspaltung der Grünen; LREM = La République en Marche (Macron); Modem = Movement Democrate, eine zentristische Funktionspartei, die mal für die eine, mal für die andere Seite als Mehrheitsbeschaffer dient; UDI/LR = Konservative; FN = Front National (Le Pen).

[2] Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/M. Suhrkamp. S. 10

[3] Macron, Emmanuel (2016): Révolution. Notre Combat pour la France. Xo éditions. Paris

[4] Das Konzept des Verfassungspatriotismus' wurde von Jürgen Habermas vorgeschlagen, um eine akzeptable Alternative zum ordinären *Ich-bin-stolz-Deutscher-zu-sein* anzubieten.

[5] Nach dem Namen der damaligen Arbeitsministerin El Khomri. Die Dame ist übrigens mit dem Versuch der Wiederwahl in die Nationalversammlung im zweiten Wahlgang gescheitert, obwohl Macron ihr zuliebe garnicht erst einen Kandidaten aufgestellt hatte.

## Lukas Oberndorfer Widerstand statt Erleichterung: Sechs Thesen zu Macrons Präsidentschaft

*Le Pen konnte trotz Rekordergebnis für die extreme Rechte nicht gewinnen, aber zum Jubeln besteht kein Grund. Unter Emmanuel Macron droht nun eine Vertiefung des autoritären Neoliberalismus in Frankreich und Europa, schreibt mosaik-Redakteur Lukas Oberndorfer.*

### 1. Macron wird kein Tony Blair à la française

Ein entschlossener Politiker mit weltoffenem Image, der aus der Sozialdemokratie kommt: Das erinnert [viele](#) an Tony Blair. Doch der Vergleich zum ehemaligen britischen Premier hinkt. Im Gegensatz zu Blair erklärt Macron in seinem [Programm](#) offen, für wen er Politik machen möchte: niedri-

gere Steuern auf Vermögen, Kapitalerträge und Unternehmen, dafür Kürzungen bei Gesundheit und Arbeitslosengeld und Zerschlagung des Kollektivvertragssystems. Außerdem will Macron durchaus Geld ausgeben: In Humankapital, eine industrielle Basis auf Höhe der Zeit und Startups soll investiert werden. Dieser Versuch einer Modernisierung des Neoliberalismus in seiner „linksliberalen“ Spielart erinnert stark an

den „[Plan A](#)“ von Christian Kern. Der entscheidendste Unterschied ist aber der gesellschaftliche Hintergrund: Zu Zeiten Blairs und Schröders war der Neoliberalismus in einer euphorischen Phase. Heute steckt er in einer tiefen Krise. Auch, wenn er so dominant ist wie noch nie, verliert er zunehmend seine Kraft, die Menschen zu führen. In solchen [Hegemoniekrisen](#) kommt es zu den „unterschiedlichsten Krankheits-

erscheinungen“ der alten Ordnung, schreibt [Antonio Gramsci](#): Trump, Hofer und Le Pen können sich als Alternativen positionieren. Mit ihrem Programm und der Losung „Mehr national, weniger global!“ stellen sie aber nicht den neoliberalen Kapitalismus in Frage, sondern nur seinen räumlichen Maßstab. Solche Krisen bieten aber immer auch Chancen für die Linke. Erst letztes Jahr kam es in Frankreich in 60 Städten zu [Platzbesetzungen](#), die sich gegen die Deregulierung des Arbeitsrechts richteten. Diese konnte schließlich trotz Generalstreik durchgesetzt werden – aber nur mit Gewalt und Zuhilfenahme eines [Notstandsartikels](#) der Verfassung.

## 2. Macron steht für neoliberale Reformen – notfalls auch mit autoritären Mitteln

Während Tony Blair die Köpfe erreichte, ließ Macron zum Knüppel greifen. Als ehemaliger Mitarbeiter des [Institut Montaigne](#), eines neoliberalen Thinktanks, war er entscheidend an der genannten „Arbeitsmarktreform“ beteiligt. Gegenüber den Protesten gehörte der Wirtschaftsminister zu den Hardlinern in der Regierung. Angesprochen auf die massive Polizeigewalt, [hieß es](#) von Seiten der Regierung: „Die Polizei habe keine Anweisung zur Zurückhaltung.“ Schließlich setzte die Regierung sogar den nach den Attentaten vom Herbst 2015 verhängten Ausnahmezustand für Hausdurchsuchungen bei Gewerkschaftsaktivist\_innen und zur [Untersagung](#) von Großdemonstrationen ein.

Es ist daher zu erwarten, dass Macron als Präsident gewillt sein wird, eine weitere Neoliberalisierung notfalls mit Zwang durchzusetzen. Und mit Widerstand ist zu rechnen. Nur 8 Prozent der Bevölkerung [vertrauen](#) den politischen Parteien. Gar 61 Prozent der Jugendlichen beantworten in einer jüngst veröffentlichten [Studie der EU-Kommission](#) die Frage, ob sie sich an einem Aufstand gegen die Regierung beteiligen würden, mit „Ja“. (...)

Wie wird Macron in dieser Situation regieren? Um „schnell und effizient voranzuschreiten“, [sagt er](#), will er notfalls mit Verordnungen statt Gesetzen das Arbeitsrecht demontieren und die Kollektivverträge unterwandern. Wirtschaftspolitik durch Notverordnungen? Das erinnert an die Weimarer Republik, in der so eine beinharte Kürzungspolitik gegen breite gesellschaftliche Mehrheiten [durchgesetzt werden konnte](#).

## 3. Macron wird die Gewerkschaften angreifen, um seine Arbeitsmarktreformen zu vollenden

Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen, Aushöhlung der Kollektivverträge und eine Reform der Arbeitslosenversicherung à la Hartz IV: Um [all das](#) durchzusetzen,

muss Macron die Gewerkschaften schwächen, ja sie „verschrotten“, wie es sein Vorbild Matteo Renzi für Italien formuliert. Modell dafür ist die Schwächung der Gewerkschaften, die im Zuge der Krise in vielen Ländern [autoritär durchgesetzt wurde](#): Waren etwa 2008 in Portugal noch 1,9 Millionen durch einen Kollektivvertrag geschützt, sind es heute weniger als dreihunderttausend. In Spanien sind heute 7,4 Millionen Menschen nicht mehr durch kollektive Lohnverhandlungen geschützt, sondern stehen auf Betriebsebene alleine der Macht der Unternehmen gegenüber. Emmanuel Macron will dasselbe nun in Frankreich durchsetzen.

## 4. Mit einer Politik der Grenzen, der Rüstung und der Gefängnisse wird Macron die soziale Frage zu verdrängen versuchen

Auch die neoliberalen Eliten lernen aus den Wahlsiegen der extremen Rechten. Ihr Schluss scheint zu sein, dass wer über die Verteilung des Reichtums schweigen will, über Sicherheit sprechen muss. Damit meinen sie, wie Jean-Claude Juncker in seiner jüngsten [Rede zur Lage der EU](#) darlegte, vor allem die Abschottung vor Menschen auf der Flucht, eine Militarisierung der Union und den Ausbau der „inneren Sicherheit“. Sicherheit gehe nur europäisch, [assistiert](#) der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, das verstünden selbst „europaskeptische Bevölkerungsteile“. Macron ist damit völlig einverstanden. Er fordert massive Investitionen in die europäische Grenzwaache. Flüchtlinge sollen ausnahmslos nicht mehr durchkommen. Dasselbe gilt in den Bereichen Militär und innere Sicherheit: Macron will die Verteidigungsausgaben erhöhen und eine „Europäische Verteidigungsunion“ voranbringen. Außerdem plant er 10.000 zusätzliche Sicherheitskräfte einzustellen und 15.000 neue Gefängnisplätze zu schaffen. Diese Gewaltmittel, das zeigt die Erfahrung von [Nuit Debout](#), können jederzeit gegen soziale Bewegungen und Gewerkschaften zum Einsatz kommen.

## 5. Die linksliberalen Intellektuellen haben mit der bedingungslosen Unterstützung Macrons versagt

Jürgen Habermas, einer der bedeutendsten sozialdemokratischen Intellektuellen, [rief schon im ersten Wahlgang](#) dazu auf, Macron zu wählen. Für den Journalisten Robert Misik gehören jene, die Macrons neoliberale Positionen kritisierten, gar zur „[silly left](#)“. Ihn schlechtzureden, so Misik, könne in den sozialen Netzwerken „direkten Einfluss auf den Wahlausgang“ haben. Habermas und Misik stehen für das Versagen der linksliberalen Intellektuellen. Sie können die Gefahr des Autoritarismus of-

fenbar nur in rechtspopulistischer Form und gegen die EU gerichtet wahrnehmen. Für die längst stattfindende [autoritäre Wende](#) innerhalb der „liberalen“ Institutionen sind sie blind oder nehmen sie billigend in Kauf, um „Schlimmeres“ zu verhindern. Sie blenden aus, dass der neoliberale Kapitalismus und seine Vertiefung genau jene Verwerfungen und jene Irrationalität herstellt, welche die extreme Rechte erst hervorbringt und stärkt. Wer wie Macron Grundrechte einschränken, demokratische Verfahren umgehen und rassistische Politik weiter institutionalisieren will, ist kein Gegenwurf zur extremen Rechten, sondern bereitet ihr den Boden.

## 6. Wir brauchen einen dritten, solidarischen Pol jenseits von Neoliberalismus und extremer Rechten

Eine Hegemoniekrise besteht darin, schreibt Gramsci, dass „*das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann*.“ Die alte Sozialdemokratie ist tot – und ihre Erben sind mitverantwortlich am neoliberalen Elend. Heißt das, dass zwischen Macron und Le Pen kein Unterschied besteht? Natürlich nicht. Aber das Mindeste wäre klar zu machen, dass Macrons Wahlsieg nur Zeit kaufen kann.

In dieser Zeit **wird Widerstand gegen Macron und seine europäischen Verbündeten zu organisieren sein**. In diesen Kämpfen muss ein dritter, solidarischer Pol sichtbar werden, der sich transnational vernetzt und sich vom Alten abgrenzt. Was wir brauchen, sind neue soziale Bewegungen und politische Projekte, die Politik in der ersten Person wieder in den Mittelpunkt stellen und so dem Neuen auf die Welt helfen.

### Artikel aus dem [mosaik-blog](#)

Lukas Oberndorfer ist Wissenschaftler in Wien und arbeitet zur Frage, wie es seit der Krise in Europa zu einer autoritären Wende kommt, die Demokratie und Grundrechte einschränkt, um neoliberale Politik zu vertiefen. In der [PROKLA](#) erschien zuletzt sein Beitrag zu [„Europa und Frankreich im Ausnahmezustand“](#).

Aus einem [Interview](#) mit Elsa Faucillon, Parlamentsabgeordnete der PCF

*„Es ist wichtig, eine Strategie für einen Bruch mit der Sozialdemokratie zu entwickeln. Heute erleben wir in Frankreich nämlich eine Sozialdemokratie, die sich vollständig mit dem Neoliberalismus identifiziert. Wir müssen diesen Bruch vollziehen, um der Bevölkerung klarzumachen, dass es eine Linke gibt, die nichts mit Neoliberalismus zu tun hat, sondern ein Projekt für den gesellschaftlichen Wandel vorschlägt.“*



# Kurznachrichten über Frankreich

## Die Wahlen zur Nationalversammlung in Frankreich

In der [SiG-Werkstatt „Frankreich – April-Juni 2017“](#) gehen wir ausführlich auf die **Präsidentenschaftswahlen** ein; im August veröffentlichen wir die Übersetzung des **Programms von „La France Insoumise“** (Kurzfassung)

Ein kurzes Video von [Le Monde](#) - auf Französisch aber mit vielen verständlichen Graphiken - stellt die Ergebnisse der Wahlen für die französische Nationalversammlung (offizielle [Ergebnisse](#)). Nur 4 Abgeordnete waren am 11.6. (erster Wahlgang) gewählt worden (sie hatten die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen UND ihre Wähler machten mindestens 25% der eingetragenen Wähler aus), im zweiten Wahlgang hat Macrons Partei (**Républicain en Marche**, REM) die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung (308) errungen, zusammen mit dem **Mo-dem** haben sie 350 von 577 Abgeordneten. Das ist jedoch weniger als das, was vorausgesagt wurde (400 nur für REM), hauptsächlich weil manche der Kandidaten der Rechten (**LR und UDI**), die im 1. Wahlgang in 2. Position weit hinter denjenigen von REM waren, im 2. Wahlgang doch gewonnen haben (131 Sitze) - ein erster Blick auf die Wahlbezirke für deren großen Zuzug gegenüber dem ersten Wahlgang bewegt mich zu der These, dass sie mit Hilfe von FN-Anhängern diesen 2. Wahlgang gewonnen haben. - s. [Haut-Rhin](#)  
**La France Insoumise** („Unbeugsames Frankreich“) hat 17 Sitze gewonnen (**Mélenchon** in Marseille), die **Kommunistische Partei** 10 Sitze, die **Parti Socialiste** hat nur noch 29 Sitze.

Von den 120 Kandidaten der **Front National** im 2. Wahlgang wurden nur 8 gewählt (Marine **Le Pen** im Norden Frankreichs). Die Liste der Abgeordneten findet man [hier](#).

Macrons Popularität sinkt – nicht nur wegen seinem politischen Programm, sondern auch wegen seinem Stil, dafür zwei Beispiele:

Vor Jungunternehmern hatte er am 2. Juli unterschieden zwischen den Menschen, die erfolgreich sind, und den Menschen, die nichts sind («*des gens qui réussissent et des gens qui ne sont rien*»). Breit gekontert wurde „*Nous ne sommes rien – soyons tout!*“ (Wir sind nichts – wir werden alles sein).

In königlicher Manier lud er die Abgeordneten am 3. Juli nach Versailles (ja, Versailles) ein, gerade dort wollte er eine Grundsatzzrede über seine Regierungspolitik abhalten. Die Abgeordneten von La France In-

soumise und von der KPF blieben dieser Veranstaltung fern – und traten stattdessen auf Kundgebungen in Paris bzw. Versailles auf.

Die absolute Mehrheit von REM in der Nationalversammlung entspricht nicht einer gesellschaftlichen Mehrheit in Frankreich. Wer sich eine Vorstellung der politischen Risse in der französischen Gesellschaft machen will, greife lieber auf die Ergebnisse des ersten [Wahlgangs](#) bei den Präsidentenschaftswahlen zurück: Macron (REM); Le Pen (FN); Fillon (Les républicains) - und Mélenchon (La France Insoumise): zwischen 24 und 20% der abgegebenen Stimmen, Hamon (PS) hatte nur 6,4% erhalten.

Dringend ist der **Aufbau einer dritten - linken - Kraft**. Dazu rief Mélenchon [auf](#). Die Bewegung "**La France Insoumise**" - mit vielen jungen Leuten - hat dies zum Ziel. Erstaunlicherweise wurde die Wucht dieser Bewegung, die immerhin von knapp 20% der Wähler bevorzugt wurde, in den linken deutschen Medien kaum wahrgenommen. Gerade angesichts der bisherigen lähmenden Zersplittertheit der linken Kräfte in Frankreich und der Notwendigkeit, über die nationalen Grenzen hinaus sich zu verbünden, hätte man sich mehr Aufmerksamkeit und Solidarität gewünscht. (mdv)

## Loi travail XXL = Agenda 2010 auf Französisch

*Die Hollande-Regierung hatte schon 2016 eine „Reform“ des Arbeitsrechts gegen den massiven Widerstand nicht nur von den Gewerkschaften in Frankreich durchgesetzt (Analysen und Berichte über den Widerstand in [SiG 120](#)); Macron geht es nicht weit genug.*

### **Guillaume Paoli in PUBLIK (Verdi)**

„ (...) Im Grunde geht es um die Durchsetzung der Agenda 2010, die das Land auf den Weg des wirtschaftlichen Erfolgs bringen soll. (...) Deutschland mag als Vorbild dienen, allerdings schießt das Kernstück des neuen Gesetzes weit über die hiesigen Bedingungen hinaus: Künftig sollen Arbeitszeit, Überstunden, Löhne, Sicherheitsbestimmungen nicht mehr wie üblich auf Branchenebene oder über alle Branchen hinweg vereinbart werden, sondern in jedem einzelnen Betrieb. Solch ein Abbau allgemeingültiger Regeln würde, so ein Journalist der Zeitung *Die Welt*, "selbst die deutschen Gewerkschaften auf die Barrikaden bringen".

Gegen diese Entmachtung der Gewerkschaften hat die CGT bereits einen "Streik und Aktionstag in allen Betrieben" für den 12. September angekündigt. (...) Allerdings hat sich Emmanuel Macron schon für

eine mögliche Konfrontation gerüstet. *Amnesty International* hat die Bürgerrechtsverletzungen und die Polizeigewalt angeprangert, die in jüngster Zeit in Frankreich gegen Demonstrant/innen, Gewerkschafter/innen, Journalisten und Sanitäter massiv zugenommen haben. Vorwand für dieses Verhalten war die Verhängung des Ausnahmezustands nach den Pariser Terroranschlägen gewesen. Mit einem neuen Gesetz hat Präsident Macron nun die Bestimmungen des Ausnahmezustands zum Regelfall gemacht.“

Nach heftigen Debatten hat die französische Nationalversammlung am 13. Juli die Pläne der Regierung gebilligt. 270 Abgeordnete stimmten für ein **Rahmengesetz**, das der Regierung das Recht erteilen soll, ihre Reformpläne per **Verordnung** umzusetzen. 50 Abgeordnete aus dem linken Parteienspektrum stimmten dagegen. Nachdem der Senat – mit einigen Änderungen – dem Rahmengesetz zugestimmt hat, werden die Verordnungen der Regierung am 21. August veröffentlicht. Geplant ist, dass sie noch im **September in Kraft** treten.



### **Keine Ferien für die kritische Aufklärung über diese „Reform“**

Auch im August (in Frankreich der absolute Urlaubsmonat!) werden Informationskampagnen durchgeführt:

- **Attac Frankreich** veröffentlicht Anfang August ein [Heft](#) gegen das Loi travail, das sehr breit verteilt werden soll.
- Die **CGT** [veröffentlicht](#) eine Reihe von Argumenten gegen das „Loi Travail XXL“
- **La France Insoumise** hat gegen die am 12. Juli Kundgebungen in ganz Frankreich organisiert. [Kundgebung](#) in Paris mit Abgeordneten von FI und von der PCF, mit Gewerkschaftsmitgliedern; eine ausgezeichnete Aufklärung!

Im August wird eine **Karawane** durch Frankreich fahren und aufklären.

### **Aktionen im September**

[Aufruf](#) zu **Streik und Demonstrationen** am **12. September**: CGT, [Solidaires](#), La France Insoumise, PCF, ...

**23. September**: Aktionstag ([Aufruf](#) von La France Insoumise) in ganz Frankreich gegen die Macron-Regierung auf. (mdv)

# Thomas Fazi

## Rückkehr der deutsch-französischen Allianz

Wir bewegen uns derzeit auf eine neue, besonders gefährliche Phase Europas nunmehr permanenter ökonomischer, politischer und institutioneller Krise zu. Der Wahlerfolg Emmanuel Macrons deutet auf eine erneute Erstarkeung der deutsch-französischen Allianz hin. Unterstrichen wird das durch eine gemeinschaftliche Erklärung von Macron und Merkel in der sie ihre Bereitschaft erklären, „die europäischen Abkommen zu verändern“.

Der pro-europäische Mainstream sieht in Macrons Wahlsieg und einer Kooperation mit Merkels Deutschland ein positives Signal für die Umsetzung von angeblich notwendigen Reformen. Ich dagegen erachte das Bestreben von Macron und Merkel zu einer weiteren Integration nationalstaatlicher Institutionen in solche der EU für einen Grund zur **Besorgnis**.

Die sogenannte deutsch-französische Allianz war der zentrale Akteur hinter allen wichtigen Phasen der europäischen politisch-ökonomischen Integration: angefangen bei der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, 1951), über die Einheitliche Europäische Akte (EEA, 1986), den Vertrag von Maastricht (1992) bis hin zum Europäischen Fiskalpakt (2012). Macron selbst erklärte während seines ersten Treffens mit der Europäischen Kommission: „*Es gibt keine bedeutenden europäischen Lösungen, wenn sie nicht für Frankreich und Deutschland von Bedeutung sind.*“

Die Wahl des neuen französischen Präsidenten hat nun den Weg für die nächste Phase der **europäischen „Top-Down“-Integration** geebnet: Die Etablierung einer sogenannten „Fiskalunion“ mit „**Eurobudget**“ und einem „Europäischen Finanzminister“. Die notwendigen Schritte für die Umsetzung dieser Pläne wurden schon lange von der Achse Berlin-Frankfurt-Brüssel gefordert. Bis vor Kurzem fehlte dafür jedoch noch die notwendige Unterstützung durch Frankreich. Wie es scheint, hat sich das nun geändert.

Doch man sollte sich keine Illusionen machen. Die Fiskalunion der neuen deutsch-französischen Allianz gleicht keinesfalls jenem Modell, das mit all seinen Mängeln – speziell der Frage der politischen Umsetzbarkeit – von progressiven Föderalisten gefordert wird. Denn auf föderaler Ebene sind keine wirklichen fiskalischen Kompetenzen für diese neue supranationale Behörde vorgesehen (wie die Möglichkeit der EWU als Ganzes, mit Hilfe der EZB, der Emission von Eurobonds etc. Haushaltsdefizite zu machen).

Vielmehr geht es in erster Linie um die **Schaffung eines europäischen Haushalts-**

**kommissars**, einen supranationalen Fiskalvollstrecker, der auch die Verabschiedung von Staatshaushalten ablehnen kann. Das verfolgte Ziel ist offensichtlich: Das weitere Schleifen von dem Wenigen, was noch an Souveränität und Autonomie der Mitgliedsstaaten übrig ist – speziell im Bereich der Fiskalpolitik.

Damit wird die **Auferlegung weiterer neoliberalen „Strukturenreformen“** – sprich die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Reduzierung von Tarifverhandlungsrechten etc. – gegenüber widerwilligen Ländern nicht nur erleichtert, sondern zur Zwangsläufigkeit. Zu diesem Zweck will die deutsche Regierung sogar die Vergabe von Kohäsionsfonds der EU von der Umsetzung solcher Reformen abhängig machen, wodurch die existierenden Vereinbarungen noch weiter verschärft werden würden. [1]

Ein weiterer Vorschlag, der in die gleiche Richtung geht, ist der deutsche Plan, die Finanzierung von Haushaltsdefiziten der Länder der EWU durch ihre Banken zu erschweren. [2] Offen wird erklärt, dass es darum geht, „die Verbindung zwischen Banken und Regierungen zu trennen“ und „langfristige Schulden tragfähig zu halten“.

Konkret sollen diesen Zielen die folgenden Maßnahmen dienen:

1. Die Aufhebung der Ausnahmeregelung für die Risikogewichtung von Staatsforderungen. Was letztendlich heißt, dass Staatsanleihen für Banken nicht länger als risikofreie Anlage qualifizieren und damit je nach ihrem Rating entsprechend der Eigenkapitalerfordernisse nach Basel III mit Eigenkapital unterlegt werden müssen.
2. Die Festlegung einer allgemeinen Höchstgrenze von Staatsanleihen auf den Bilanzen der Banken.
3. Einführung eines automatischen „Staatsinsolvenz-Mechanismus“, der die „Bail-In“-Regelung, die ursprünglich von der Bankenunion für Banken eingeführt wurde, auf Staaten ausdehnt. Das bedeutet, dass ein Staat, wenn er finanzielle Unterstützung vom ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) aus welchem Grund auch immer benötigt, seine Staatsanleihenlaufzeit verlängern (wodurch der Marktwert dieser Anleihen bei hohen Verlusten für alle Anleihegläubiger sinkt) und, falls notwendig, einen nominalen „Schuldenschnitt“ auf Kosten privater Gläubiger verhängen muss.

**Peter Bofinger**, der sich als einziges Mitglied des deutschen Sachverständigenrats gegen diesen „Bail-In“-Plan ausspricht, **warnte** davor, dass diese Art von Regulierung höchstwahrscheinlich zu einer Staats-

schuldenkrise wie im Jahr 2012 führen wird. Denn die Renditen auf Anleihen von Ländern der Peripherie würden in kurzer Zeit auf ein untragbar hohes Niveau steigen. Diese Länder hätten immer größere Probleme, fällig werdende Schuldenverpflichtungen zu angemessenen Preisen zu verlängern und wären somit gezwungen, den ESM in Anspruch zu nehmen. Das wiederum würde zu noch höheren Verlusten bei den einheimischen Banken führen und eine entsprechend höhere Dosis an Austeritätspolitik nach sich ziehen. [3] Die Staaten wären abermals der angeblichen „Disziplin“ der Märkte ausgesetzt, zumal die EZB ihr „Quantitative Easing“ (QE)-Programm voraussichtlich zurückfahren wird. Das Ziel des „Bail-in“-Plan ist also das gleiche, wie das der Fiskalunion: die Mitgliedsstaaten dazu zu zwingen, langfristige Austeritätsmaßnahmen zu ergreifen.

Interessant ist, dass verschiedene von der „europäischen Zivilgesellschaft“ vorgebrachte Vorschläge ebenfalls nach einer beispiellosen Reduzierung nationaler Souveränität rufen.

So sprachen sich die bekannten italienischen Kommentatoren Ernesto Galli della Loggia und Roberto Esposito für einen „Präsidenten der Europäischen Union“ mit weitreichenden Machtbefugnissen aus. Der Präsident, so die Idee von della Loggia und Esposito, solle über „ein Veto-Recht gegenüber allen von einem nationalen Parlament getroffenen Entscheidungen“ verfügen. [4]

Wie geschildert, wurde die nationale Souveränität bereits in etlichen Bereichen – insbesondere im Bereich der Fiskalpolitik – von dem komplexen System der neuen Gesetze, Regulierungen und Vereinbarungen, die in den letzten Jahren eingeführt wurden, untergraben. Dazu gehören auch Rechtsakte wie Sixpack & Twopack, der Europäische Fiskalpakt, das Europäische Semester und das Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichtsverfahren (MIP).

Dieses neue Post-Maastricht-System der europäischen Wirtschaftspolitik hat die Europäische Union zu einer souveränen Macht mit der Befugnis gemacht, den eigenen Mitgliedsstaaten **Haushaltsregeln sowie strukturelle Reformen außerhalb demokratischer Verfahren und Kontrolle zu verordnen**. Der von der EU „verinnerlichte“ Quasi-Konstitutionalismus und das (strukturelle) demokratische Defizit haben sich auf diese Weise in eine noch extremere Form des „**autoritären Konstitutionalismus**“ gewandelt. Die formale Demokratie löst sich von ihren letzten demokratischen Elementen.

So scheint die von einigen Beobachtern konstatierte Gefahr, dass die EU „*möglicherweise zu einem postdemokratischen Prototyp bzw. sogar einer gegen nationale Souveränität und Demokratien gerichtete Vorstufe autoritären Regierens wird*“ [5], gerade von der Gegenwart eingeholt zu werden.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Mit der Einführung des Europäischen Semesters – das zentrale Instrument der EU zur Überwachung und Lenkung der Wirtschaftspolitik – ist ein Bereich unter die Zuständigkeit der supranationalen Kontrolle gefallen, der historisch ein Bollwerk nationaler Souveränität war: die **Rente**.

Von Mitgliedsstaaten werden nun folgende Maßnahmen erwartet (bzw. mit Sanktionen „erzwingen“):

- Erhöhung des Renteneintrittsalters und Kopplung an die Lebenserwartung
- Reduzierung von Frührentensystemen, Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer und Förderung lebenslanger Weiterbildung
- Förderung ergänzender, privater Vorsorge, um Renteneinkommen zu verbessern
- Vermeidung von Rentenmaßnahmen, die die langfristige Nachhaltigkeit und Angemessenheit öffentlicher Finanzen untergraben [6]

Dies hat in vielen Ländern zu einer Einführung mehrerer automatischer Stabilitätsmaßnahmen (ASM) innerhalb des Rentensystems geführt. Leistungen bzw. Beiträge passen sich automatisch ungünstigen demografischen und wirtschaftlichen Bedingungen an – ohne dass zu dazu der Mitarbeit demokratisch legitimer Politiker bedarf. Ähnliche „*automatische Korrekturmaßnahmen*“ in Bezug auf die Fiskalpolitik finden sich im Europäischen Fiskalpakt.

Das Ziel all dieser „*automatischen Mechanismen*“ ist offensichtlich. Um jegliche demokratischer Diskussion und/oder Entscheidungsfindung auf europäischer bzw. nationaler Ebene zu unterbinden, soll die Politik in eine Art **Autopilot** gefahren werden. Es sind diese Änderungen, die europäische Staaten schon jetzt in bestenfalls in „*semi-souveräne*“ Einheiten verwandelt haben.

In diesem Sinne würden die Vorschläge, die derzeit diskutiert werden – speziell Macrons und Merkes Fiskalunion –, für europäische Staaten die endgültige Transformation von semi-souveränen in *de facto* (und zunehmend *de jure*) nicht-souveräne politische Gebilde bedeuten.

Ungeachtet der Lippenbekenntnisse nationaler und europäischer Amtsinhaber, geht die weitere fiskalische Integration also nicht mit einer weiteren „*Demokratisierung*“ der Eurozone einher. Im Gegenteil. Die Reformen, die derzeit auf dem Tisch liegen, sind nichts anderes als die finale Etappe eines dreißigjährigen Krieges der europäischen Eliten gegen die nationale Souveränität und damit die Demokratie.

Dieser Krieg zielt darauf ab, populäre demokratische Gruppierungen daran zu hindern, Einfluss auf die Wirtschaftspolitik zu nehmen, – und somit neoliberale Maßnahmen durchzusetzen, die auf demokratischen Wege nicht durchsetzbar wären. In diesem Sinne ist der europäische, wirtschaftliche und monetäre Integrationsprozess in hohem Maße ein Elitenprojekt, das von nationalem und transnationalem Kapital vorangetrieben wird.

Um jedoch die **Prozesse dieser Restrukturierung in Europa** zu verstehen, muss man hinter die Kulissen der Gegensätzlichkeit von Kapital und Arbeit blicken, welche oft den Kern kritischer Analysen über die EU und Eurozone bildet. Letztere sehen die Politik der EU oder EWU als Ausdruck einer unitären und kohärenten (post-nationalen) Unternehmerelite. Den stattfindenden Prozess kann man aber nur unter Einbezug **geopolitisch-wirtschaftlicher Spannungen** und Konflikten zwischen Staaten und regionalen Blöcken verstehen. Und unter Einbezug der widersprüchlichen Interessen zwischen den verschiedenen Fraktionen des Finanz- bzw. Industriekapitals innerhalb dieser Länder, welche schon immer die europäische Wirtschaft charakterisiert haben. Im Speziellen heißt das, dass man sich Deutschlands historischen Kampf um die wirtschaftliche Hegemonie auf dem europäischen Kontinent anschauen muss.

**Literatur**

[1] Florian Eder, 'Berlin looks into freezing funds for EU rule-breakers', *Politico Europe*, 30 May 2017.

[2] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Annual Economic Report 2015/16*.

[3] Ambrose Evans-Pritchard, 'German "bail-in" plan for government bonds risks blowing up the euro', *The Telegraph*, 15 February 2016.

[4] Ernesto Galli della Loggia and Roberto Espposito, 'Eleggiamo il presidente d'Europa', *Corriere della Sera*, 9 April 2017.

[5] Wolfram Elsner, 'Financial capitalism – at odds with democracy', *RealWorld Economics Review*, Vol. 62 (2012), p. 158.

[6] Igor Guardiancich and Mattia Guidi, 'Pensions and the European Semester: From National to Supranational Policy Domain?', *EuVisions*, 22 May 2017.

**Literatur**

- [1] Florian Eder, 'Berlin looks into freezing funds for EU rule-breakers', *Politico Europe*, 30 May 2017.
- [2] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Annual Economic Report 2015/16*.
- [3] Ambrose Evans-Pritchard, 'German "bail-in" plan for government bonds risks blowing up the euro', *The Telegraph*, 15 February 2016.
- [4] Ernesto Galli della Loggia and Roberto Espposito, 'Eleggiamo il presidente d'Europa', *Corriere della Sera*, 9 April 2017.
- [5] Wolfram Elsner, 'Financial capitalism – at odds with democracy', *RealWorld Economics Review*, Vol. 62 (2012), p. 158.
- [6] Igor Guardiancich and Mattia Guidi, 'Pensions and the European Semester: From National to Supranational Policy Domain?', *EuVisions*, 22 May 2017.
- <https://makroskop.eu/2017/07/rueckkehr-der-deutsch-franzoesischen-allianz/>

**Yannis Varoufakis :**  
**Glückwunsch, Präsident Macron – jetzt sind wir gegen Sie**

ATHEN – Vor der zweiten Runde der französischen Präsidentenwahlen versprach DiEM25 (die von mir mitbegründete paneuropäische Bewegung mehrheitlich linker Demokraten) Emmanuel Macron, „alles zu mobilisieren“, um ihm zu helfen, Marine Le Pen zu schlagen. (...)

Vernunftbegabte Menschen verstanden, dass Macron gegen Le Pen unterstützt werden musste.

Jetzt verstehen sie, dass Macrons Politik die deflationäre, regressive Entwicklung verschärfen wird, die Le Pens treueste Verbündete ist.

Nach geschlagener Wahl heißt Widerstand gegen Le Pen nun auch Widerstand gegen Macron.

[Vollständiger Text](#)

**Rosa-Luxemburg-Stiftung:**  
**Europe – What ist left? - Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung,**  
April 2017

Autor/innen: Frank Deppe, Judith Dellheim, Lukas Oberndorfer, Andreas Fisahn, Etienne Schneider, Thomas Händel, Frank Puskarev, Thomas Sablowski, Bernd Kasperek, Matthias Schmidt-Sembdner, Juliane Spitta, Birgit Sauer, Stefanie Mayer, Cornelia Hildebrandt, Kolja Möller, Frieder Otto Wolf, Giuseppe Caccia, Sandro Mezzadra, Mario Candeeias, Hans-Jürgen Bieling

*Buch der RLS-Stiftung, nur online verfügbar*  
<https://www.rosalux.de/publikation/id/14782/europe-whats-left/>

**Transform!**



Könnte Populismus als politisches Konzept auch für die Linke funktionieren? Ist das Rechts-Links-Schema überholt? Soziale Zusammensetzung und Dynamik (rechts-)populistischer Wähler\_innen und Nichtwähler\_innen?



# Christian Bunke, Manchester

## Wahlen in Großbritannien - Erfolg der Linken

Klare, selbstbewusste linke Politik ohne Anbiederung an eine wie auch immer gear-tete »Mitte« kann erfolgreich sein. Das ha-ben Jeremy Corbyn und seine Verbündeten im britischen Wahlkampf bewiesen. Die Hindernisse waren riesig. Eines davon war nicht zuletzt der Großteil der eigenen Parla-mentsfraktion.

Zahlreiche Labour-Abgeordnete hatten es abgelehnt, ihren Parteichef in ihren Wahl-kreisen auftreten zu lassen. Darunter zum Beispiel die Abgeordnete Joan Ryan im Londoner Wahlkreis Enfield North. Sie ver-bot ihren Wahlhelfern das Verteilen des von Corbyn ausgearbeiteten Wahlprogramms und behauptete wiederholt, Theresa May sei viel populärer.

Dabei musste man am Vorabend des Wahl-tages nur nach Islington schauen, dem Wahlkreis des Labour-Parteichefs. Als Cor-byns Wahlkampfbus dort eintraf, ereigneten sich Szenen, als habe der FC Arsenal gera-de den Europapokal nach London geholt. Tausende säumten die Straßen, »Corbyn, Corbyn« Sprechchöre überall. Ähnliches

hatte sich in den Tagen zuvor im ganzen Land abgespielt.

Die Kürzungspolitik der vergangenen sie-ben Jahre ist abgewählt worden. Der Tory-Regierung wird in den nächsten Monaten ein wesentlich rauherer Wind entgegenwe-hen als bislang. Mit Protesten und Streiks ist zu rechnen. Neuwahlen in relativ kurzer Zeit sind durchaus möglich.

Theresa Mays Mantra der vergangenen Wo-chen war es, für »starke und stabile« Füh-rung zu sorgen. Damit hat es sich nun erle-digt. Unter der Oberfläche haben die lange unterdrückten Flügelkämpfe der verschie-denen miteinander verfeindeten parteiinter-nen Fraktionen wieder begonnen zu toben. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich diese offen bemerkbar machen.

Die Herausforderung für Corbyn und Co. besteht nun darin, keinen Meter, keinen Schritt zurückzuweichen. Unter Corbyns ju-gendlichen Unterstützern und innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wächst die Er-

kenntnis, dass eine Auseinandersetzung mit dem blairistischen Flügel der Partei not-wendiger denn je ist. Wenn die Rechten in Labour versuchen sollten, in den nächsten Tagen gegen Corbyn zu agieren, werden Zehntausende bereitstehen, ihn zu verteidigen. Damit diese Stimmung anhält, muss Corbyn jeden Versuch abwehren, sein Wahlprogramm aufzuweichen.

John McDonnells Vorstoß, die Formierung einer Labour-Minderheitsregierung zu for-dern, war ein Schritt in die richtige Rich-tung. Doch es liegt auch an den Zehntau-senden, die zu den Wahlkampfevents ge-kommen sind, sich jetzt politisch zu organi-sieren und den Kampf für die Umsetzung des Corbyn-Programms auf die Straße zu tragen. Und es liegt an den Gewerkschaf-ten, dem mit Streiks das nötige Rückgrat zu geben.

Die Wahlen vom 8. Juni haben ein neues Kapitel der britischen Geschichte aufge-schlagen. Der Mythos, dass große Teile der britischen Arbeiter nach rechts gerückt sei-en, ist widerlegt worden. (jw)

## Stop Glyphosat!

Mit „Stop Glyphosat“ hat mittlerweile die vierte offiziell registrierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) die notwendige Zahl von einer Million Unterschriften überschritten.

Danke!

Quelle: [Mehr Demokratie](#)

### Umweltinstitut München Glyphosat und Krebs: Systematischer Regelbruch durch die Behörden

Der Toxikologe Dr. Peter Clausing belegt mit einer neuen Analyse, dass der Wirkstoff nach den geltenden EU-Standards als "wahrscheinlich krebserregend" hätte eingestuft werden müssen. [Hier](#) finden Sie die Analyse "Glyphosat und Krebs: Systematischer Regelbruch durch die Behörde".

#### Systematischer Regelbruch

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) und die Europäische Chemikalienbehörde (ECHA), die an der Wiederzulassung von Glyphosat beteiligt sind, haben systematisch Hinweise auf eine krebserzeugende Wirkung von Glyphosat aussortiert. Bei der Auswertung von sieben Studien ver-tießen die Behörden zudem eindeutig gegen

ihre eigenen Richtlinien. Das ist von großer Bedeutung, denn es genügen zwei voneinan-der unabhängige Studien mit positiven Krebs-befunden, um eine Substanz als krebserregend einzustufen. Im Fall von Glyphosat weisen mindestens 7 von 12 dieser Langzeitstudien positive Krebsbefunde auf. Die daraus folgen-de Konsequenz müsste eigentlich lauten: Kei-ne Wiederzulassung für Glyphosat!

Die Skandale um die gesundheitliche Bewer-tung von Glyphosat sind uferlos: Immer wie-der kommen Informationen über geheim ge-haltene Studien von Monsanto und Co., das gezielte Weglassen von relevanten Daten und die Beeinflussung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ans Licht. Dennoch for-dern Politiker wie Landwirtschaftsminister Schmidt und auch die EU-Kommission die Wiederzulassung des Unkrautvernichters für 10 Jahre. (...)

#### Beratung über die Wiederzulassung

(...) Wir fordern die Mitgliedsstaaten dazu auf, das in der EU geltende Vorsorgeprinzip anzuwenden und ein Verbot von Glyphosat durchzusetzen. Das Europäische Parlament muss außerdem einen Untersuchungsaus-schuss einsetzen, um die massiven Fehler der Behörden im Zusammenhang mit der Glypho-satbewertung ans Licht zu bringen.

Quelle: [Umweltinstitut München](#)

### Entscheidung über die weitere Zulassung im Herbst?

Die Brüsseler Behörde will den umstrittenen Wirkstoff nur noch verlängern, wenn eine qualifizierte Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten zustimmt.

Die zwischenzeitliche Verlängerung für [Glyphosat](#) hatte die EU-Kommission vor ei-nem Jahr noch allein durchgesetzt. Bei der Abstimmung im Juni 2016 verfehlten die EU-Mitgliedstaaten die qualifizierte Mehrheit, vor allem weil sich Deutschland, Italien, Öster-reich, Portugal, Luxemburg, Griechenland und Bulgarien der Stimme enthielten.

Jetzt verlangt die EU-Kommission die qualifi-zierte Mehrheit, um eine zehnjährige Verlän-gerung zu beschließen. Nach Ansicht der EU-Kommission hat sie den juristischen Spiel-raum, das Verfahren auf diese Weise zu ver-schärfen.

Die **Abstimmung über die Zulassung** ist nach der Sommerpause im **September oder Oktober** vorgesehen. Der Druck lastet vor allem auf den EU-Mitgliedstaaten Deutschland und Italien, die mit ihrer großen Bevölkerung das Zünglein an der Waage für die qualifizier-te Mehrheit sind. In der deutschen Bundesre-gierung gibt es bisher allerdings keine einheit-liche Linie.

[Topagrar.com](#)

## 189.200 Unterschriften gegen die Privatisierung des Wassers in Griechenland übergeben!

19.7.2017 - Unter Ausschluss der Öffentlichkeit übergab eine internationale Delegation von Vertreter\*innen verschiedener Netzwerke 189.200 Unterschriften gegen die erzwungene Privatisierung des Wassers in Griechenland an Thomas Wieser, den Chefkoordinator der Eurogruppe. Als Vorsitzender des Wirtschafts- und Finanzausschusses und Präsident der AG-Eurogruppe ist Wieser zuständig für die Vorbereitung der sogenannten "Hilfs"programme, die Länder wie Portugal, Spanien und eben auch Griechenland betreffen.

Die Petition richtet sich **gegen die Auflagen der Troika im dritten Memorandum 2015, in Griechenland die Privatisierung des Wassers durchzusetzen**. Seit 2016 sind die zwei größten Wasserwerke von Thessaloniki und Athen in den Superfonds überführt worden, der von den Gläubigern kontrolliert wird und die Privatisierung umsetzen soll.

Gefordert wird der Stopp der Privatisierung und die Offenlegung und Veröffentlichung allen Schriftverkehrs sowie der Protokolle der mündlichen Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den Institutionen, den Transfer von EYDAP und EYATH an den Superfonds betreffend. Die EU-Institutionen und der Bundesfinanzminister Schäuble werden aufgefordert, nicht weiter die Privatisierung des Wassers zu verlangen, und nicht die Interessen der großen Konzerne, sondern die der Menschen zu vertreten.

Die Petition gegen dieses Vorhaben wurde vom **bundesweiten Netzwerk der Griechenlandsolidarität** gestartet. „Wasser ist keine Handelsware sondern ein Menschenrecht“ betonen Imke Meyer und Monika von zur Mühlen vom Netzwerk der Griechenlandsolidarität. „Gerade in Griechenland mit einem wachsenden Anteil armer

Bevölkerung, würde die Privatisierung dazu führen, dass immer mehr Menschen von der Versorgung mit sauberem Trinkwasser ausgeschlossen werden“. Das primäre Ziel der Konzerne sei die Gewinnmaximierung und nicht die Versorgung der Bevölkerung.

Der Widerstand gegen dieses Privatisierungsvorhaben ist groß und wird international unterstützt. „Die Erfahrungen weltweit zeigen, dass die Privatisierung des Wassers eine Verschlechterung für die Verbraucher\*innen bedeutet. Steigende Wasserpreise und eine Vernachlässigung der Infrastruktur sind zwei der überall zu beobachtenden Folgen.“, so **Pablo Sanchez Centellas** vom europäischen Gewerkschaftsbund öffentlicher Dienstleistungen. Zusätzlich kritisiert er als Gewerkschafter die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Wasserwerken, wenn internationale Konzerne die Wasserversorgung übernehmen.

Griechenland ist kein Einzelfall. Obwohl die EU auf Druck der Europäischen Bürgerinitiative **right2water** die Privatisierung des Wassers im Juni 2013 von der Konzessionsrichtlinie ausgenommen hatte, durch die öffentliche Dienstleistungen zur Privatisierung freigegeben wurden, übt sie Druck auf die südlichen, hochverschuldeten Länder wie Portugal und Spanien aus, die Wasserversorgung an die großen Wasserkonzerne zu vergeben. Inzwischen kämpfen einige Städte dieser Länder für die **Rekommunalisierung**. „Die Preise stiegen ins Unermessliche“ so Frida Kieninger von Food & Water Europe. In der kleinen portugiesischen Gemeinde Pacos de Ferreira sei der Preis innerhalb von sechs Jahren um 400 % gestiegen. Für den Rückkauf aber fehle der Kommune das Geld und die Kommune versuche über eine Klage vor Gericht aus dem Vertrag aussteigen zu können!

Auch für Griechenland haben die Konzerne **Veolia** und **Suez**, beides Aspiranten auf das Wasser, schon angemerkt, dass der aktuelle Wasserpreis zu niedrig sei. Und Noreen M. Murphy aus Irland berichtet, dass auch in Irland Konzerne versuchen sich den Zugang zum Wasser zu sichern, dass aber der Widerstand der Bevölkerung dagegen wachse.

Alle Organisationen, die von den Delegationsteilnehmenden vertreten werden, sind Mitglied im Netzwerk „European Water Movement“. „Die Konzerne sind gut vernetzt mit internationalen Finanzorganisationen wie IWF und Weltbank, Wissenschaft und Politik. Der Widerstand muss sich auch international organisieren und dass er erfolgreich sein kann, hat die Kampagne **right2water** gezeigt“, so Pablo Sanchez Centellas von EPSU, einer der Initiatoren der EBI **right2water**.

An der Delegation zur Übergabe der Unterschriften waren außerdem beteiligt: Yiorgos Vassalos, Aktivist aus Griechenland, Andrej Hunko, MdB („Die Linke“), Peter Hilpold, Mitglied der Österreichischen Bundesarbeitskammer (Büro Brüssel).

„Über Druck auf die verschuldeten Länder Südeuropas soll die Wasserprivatisierung in Europa nun durch die Hintertür vorangebracht werden,“ sagt Monika v. zur Mühlen. „Im Augenblick gilt es, den Widerstand in Griechenland zu unterstützen“ betont Imke Meyer. „Wir hoffen, dass die 189.000 Menschen, die uns mit der Unterschrift unterstützen, den Verantwortlichen wie Thomas Wieser, der im Hintergrund arbeitet, und Dijsselbloem, Schäuble und Juncker auf der politischen Bühne, einen Anstoß zum Nachdenken geben. Unabhängig davon, wie man zur Privatisierung von öffentlichem Eigentum allgemein steht, die Privatisierung des Wassers ist menschenverachtend und ökonomisch einfach nur Unfug!“

Weiterer Bericht auf der [Seite der Griechenlandsolidarität](#)

Weitere Artikel über Griechenland:

<https://griechenlandsoli.com/>  
<https://www.attac.at/kampagnen/solidaritaet-mit-griechenland.html>  
<http://www.neulandrebellen.de/2017/05/griechenland-und-schaeubles-herz-aus-stein-oder-wir-deutsche-werden-uns-noch-wundern/>

<https://blogs.taz.de/lostineurope/2017/07/10/kolonial-recht-fuer-griechenland/>



Emiliano Terán Mantovani

## Venezuela von innen: Sieben Schlüsselfaktoren zum Verständnis der aktuellen Krise

*Es ist unmöglich, die derzeitige Krise in Venezuela zu verstehen, ohne den Zusammenhang einiger Faktoren, die sich "im Inneren" abspielen und von den großen Medien nicht erklärt werden, zu analysieren. Wir stellen sieben Schlüsselfaktoren der aktuellen Krise vor, durch die sich herausstellen wird, dass das aktuelle Geschehen im Land nicht nachvollzogen werden kann, wenn man die Eingriffe des Auslandes nicht berücksichtigt. Zudem wird deutlich, dass der Begriff "Diktatur" weder auf Venezuela zutrifft, noch eine regionale Besonderheit dieses Landes ist. Zugleich erläutern wir, dass der Sozialvertrag, die Institutionen und die Rahmenbedingungen der formellen Wirtschaft aus dem Ruder laufen. Die Zukunft und die politischen Auslegungen der aktuellen Situation werden mittels Gewalt gelenkt. Dies geschieht anhand einer ganzen Reihe von informellen, ungewöhnlichen und nicht offensichtlichen Mechanismen. Außerdem stellen wir fest, dass der gemeinsame Horizont beider politischer Lager neoliberal ist und das Land vor einer historischen Krise des eigenen Rentenkapitalismus steht; und dass die Gemeinden, die populären Organisationen und die sozialen Bewegungen mit einer zunehmenden Aushöhlung des Sozialgefüges konfrontiert sind.*

Der Umgang, den Venezuela in den großen internationalen Medien erfährt, ist zweifelsohne einzigartig auf der Welt. Außer Frage steht, dass es zu viel Schwarzweißmalerei, zu viele Verfälschungen, Parolen, Manipulationen und Auslassungen gibt. Fern der törichten Darstellungen, in denen mithilfe des medialen Neusprechs alles, was im Land passiert mit Schlagworten wie "humanitäre Krise", "Diktatur" oder "politische Gefangene" betitelt oder aus der heroischen Erzählweise eines Venezuela des "Sozialismus" und der "Revolution", die alle Ereignisse im Land als "Wirtschaftskrieg" oder "imperialen Angriff" interpretiert, gibt es viele Themen, Subjekte und Prozesse, die unsichtbar und weit weg, aber für die Zusammensetzung des nationalen politischen Szenario von grundlegender Bedeutung sind. Es ist unmöglich, die derzeitige Krise in Venezuela zu verstehen, ohne die Faktoren, die sich "im Inneren" entwickeln, insgesamt zu analysieren.

Das Kriterium des Handelns und Interpretierens, das auf der "Freund-Feind"-Logik fußt, steht eher für einen Disput zwischen den Eliten der politischen Parteien und Wirtschaftsgruppen als für die fundamentalen Interessen der Arbeiterklasse und die Verteidigung der Gemeingüter. Es ist notwendig, die Entwicklung der Krise und des Konflikts umfassend zu betrachten um so die Koordinaten für die Überwindung der derzeitigen Situation zu finden.

Wir stellen sieben Schlüsselfaktoren für ein Verständnis vor, indem wir nicht nur den Disput zwischen Regierung und Opposition, sondern auch die Entwicklung von Prozessen innerhalb der politischen Institutionen, der sozialen Strukturen und der ökonomischen Gefüge analysieren. Gleichzeitig werden die Komplexitäten des Neoliberalismus und des Staats- und Regierungsführung im Land verdeutlicht.

### I. Man kann das Geschehen in Venezuela nicht verstehen, ohne die Eingriffe von außen zu berücksichtigen

Die üppigen Bodenschätze des Landes, seine geostrategische Lage, seine ursprüngliche Kampfansage an die Politik im Rahmen des Konsens von Washington, sein Einfluss auf die regionale Integration und auch die Allianzen mit China, Russland oder dem Iran: Venezuela wird eine **enorme geopolitische Bedeutung** beigemessen. Und trotzdem gibt es Intellektuelle und Medienschaffende, die ständig versuchen, die einfließenden internationalen Aktivitäten, die sich auf die politische Entwicklung im Land auswirken und diese bestimmen, zu ignorieren, unter denen das ständige **interventionistische Handeln der US-Regierung** und der verschiedenen faktischen Mächte der USA hervorsteht.

In dem Sinn machen diese Teile die Kritik am Imperialismus lächerlich und stellen die Regierung als einzigen politischen Akteur in Venezuela dar und letztlich als einzige Instanz für politische Fragen.

Von Beginn der Bolivarischen Revolution an hat sich ein starker US-Interventionismus gegenüber Venezuela entwickelt. Dieser hat sich seit dem Tod von Präsident Chávez im Jahr 2013 und vor dem Hintergrund der Erschöpfung des progressiven Zyklus und der konservativen Restauration in Lateinamerika verschärft und wurde noch aggressiver. Es sei noch einmal an den Erlass von Barack Obama vom März 2015 erinnert, mit dem Venezuela zu einer "ungewöhnlichen und außerordentlichen Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA" erklärt wird <sup>1</sup>. Was mit den Ländern passiert ist, die auf diese Weise von der Macht im Norden eingestuft wurden, wissen wir ja.

Aktuell kommt zu den aktuellen Drohungen von Admiral Kurt W. Tidd (am 6. April

2007), Befehlshaber des Südkommandos der US-Streitkräfte, wonach die "humanitäre Krise" in Venezuela eine regionale Antwort erforderlich machen könnte <sup>2</sup>) und der durch die jüngsten Luftangriffe auf Syrien offensichtlich gewordenen aggressiven Außenpolitik Donald Trumps, der Versuch Luis Almagros, dem Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), zusammen mit anderen Ländern der Region die Demokratiecharta anzuwenden, um einen Prozess zur "Wiederherstellung der Demokratie" im Land einzuleiten. Die Ideologen und Medienakteure der konservativen Restauration in der Region zeigen sich sehr besorgt über die Lage der Menschenrechte in Venezuela, schaffen es aber nicht, in ihren Analysen zu erklären, warum komischerweise keine supranationale Anstrengung gleicher Art angesichts der entsetzlichen Krise der Menschenrechte in Ländern wie Mexiko und Kolumbien unternommen wird. Insofern ist die moralische Empörung scheinbar relativ und sie ziehen es vor zu schweigen.

Mögen dem politisch motivierte Absichten oder analytische Unzulänglichkeit zugrunde liegen: Diese Sektoren entpolitisieren die Rolle supranationaler Organisationen indem sie die geopolitischen Kräfteverhältnisse, aus denen heraus sie gebildet werden und die Teil ihres Wesens sind, verkennen. Die eine Sache ist die paranoide Lesart sämtlicher von diesen globalen Organismen durchgeführten Operationen, und eine vollkommen andere ist eine rein verfahrensmäßige Interpretation ihres Handelns, indem man die Mechanismen internationaler Herrschaft und der Kontrolle der Märkte und der Bodenschätze ignoriert, die mit Hilfe dieser Institutionen der globalen und regionalen Steuerung gelenkt worden sind.

Man muss jedoch etwas wichtiges hinzuzufügen. Wenn wir von Intervention sprechen, können wir nicht nur die USA erwähnen. In



Venezuela nehmen die chinesischen Eingriffe in die Politik und die wirtschaftlichen Maßnahmen stetig zu. Dies führt zum Verlust der Souveränität, zu einer Zunahme der Abhängigkeit von der asiatischen Macht und der wirtschaftlichen Flexibilisierung. Ein Teil der Linken hat es vorgezogen, über diese Entwicklungen zu schweigen, da die einzig erwähnenswerte Einmischung jene der USA zu sein scheint. Diese Interventionen von außen entwickeln sich jedoch gleichermaßen, um eine transnationale Kapitalakkumulation und die Aneignung der Bodenschätze zu begünstigen, und sie haben überhaupt nichts mit den Forderungen des Volkes zu tun.

## II. Der Begriff "Diktatur" erklärt die Situation in Venezuela nicht

Fast von Anfang der Bolivarischen Revolution an hat man Venezuela als eine Diktatur bezeichnet. Dieser Begriff ist weiterhin Gegenstand ausführlicher Debatten der politischen Theorie, da er, vor allem in der gegenwärtigen Epoche der Globalisierung, durch die politischen Umwälzungen und die komplizierter werdenden modernen Formen der Regierung und der Ausübung von Macht überdacht werden musste. Ernsthafte Lücken und Unstimmigkeiten in seinen Definitionen sind die Folge.

Die Diktatur wird üblicherweise mit politischen Regimes oder Regierungsformen in Verbindung gebracht, in denen sämtliche Macht unbegrenzt auf eine Person oder eine Gruppe von Personen konzentriert ist; Gewaltenteilung, Freiheitsrechte, Meinungs- und Parteienfreiheit existieren nicht; mitunter ist der Begriff sogar vage als "das Gegenteil von Demokratie" definiert worden. Gegen Venezuela ist der Begriff im Medienjargon massenhaft und auf sehr oberflächliche, irrationale und moralisierende Weise angewandt worden. Er wurde praktisch als eine Art venezolanische Besonderheit dargestellt und das Land so von den anderen Ländern der Region unterschieden, in denen es der Theorie nach "demokratische" Regierungen gebe.

Der Punkt ist, dass man in der aktuellen Situation in Venezuela schwer sagen kann, sämtliche Macht konzentrierte sich unbeschränkt auf eine einzige Person oder eine Gruppe von Personen, da wir es mit vielen politischen Akteuren zu tun haben, die, obwohl von Hierarchien geprägt, zugleich zersplittert und unbeständig sind – vor allem seit dem Tod von Präsident Chávez. Genau so gibt es verschiedene Machtblöcke, die sich verbünden oder auch einander gegenüberstehen können und dies geht über die Zweiteilung Regierung – Opposition hinaus.

Trotz einer Regierung mit einem bedeutenden Anteil von Militärs, gestiegenem Autoritarismus und einer bestimmten Fähigkeit

zur Zentralisierung, ist das Szenario höchst beweglich. Es gibt keine totale Herrschaft von oben nach unten und es existiert eine gewisse Gleichstellung zwischen den einzelnen streitenden Machtgruppierungen. Dieser Konflikt wiederum könnte ausufern und die Lage noch chaotischer werden lassen.

Die Tatsache, dass die venezolanische Opposition die Kontrolle über die Nationalversammlung hat, die sie überzeugend bei Wahlen gewann, ist ebenfalls Ausdruck dafür, dass es eher als eine Abwesenheit der Gewaltenteilung, im Gegenteil einen politischen Streit zwischen den Staatsgewalten gibt, bislang zugunsten der Kombination Exekutive – Judikative.

Wir stehen eher einem breiten und konfliktgeladenen Geflecht verschiedener Kräfte gegenüber, als dass von einem einheitlichen politischen Regime gesprochen werden kann. Die wuchernde Korruption trägt auch dazu bei, dass die Machtausübung sich noch weiter dezentralisiert, oder ihre Zentralisierung durch die Staatsmacht erschwert wird.

Was allerdings mit dem römischen Konzept einer Diktatur zu tun hat, ist, dass die venezolanische Regierung mittels Dekreten und speziellen Maßnahmen im Rahmen eines erklärten "Notstandes" regiert, der seit Anfang 2016 in Kraft ist. Im Namen des Kampfes gegen den Wirtschaftskrieg, gegen die Zunahme der Kriminalität und des Paramilitarismus und das subversive Vorgehen der Opposition werden viele institutionelle Mediationen und demokratische Verfahren übergangen. Aufgrund ihrer Tragweite stehen vor allem sicherheitspolitische Maßnahmen hervor, wie etwa die Operation zur Befreiung des Volkes (OLP). Sie besteht aus direkten konfrontativen Interventionen der staatlichen Sicherheitskräfte in verschiedenen Territorien des Landes (ländliche, städtische, Barrios am Stadtrand), um "das Verbrechen zu bekämpfen" und ihre Bilanz an Todesfällen steht in der Kritik; das Aussetzen des Referendums über eine Abwahl des Präsidenten; die Verschiebung der Gouverneurswahlen 2016, bei denen noch immer unklar ist, wann sie durchgeführt werden; ein Anstieg der Repression und exzessives Vorgehen der Polizei angesichts der sozialen Unzufriedenheit, die Produkt der Situation im Land ist; und zunehmende Militarisierungsprozesse, vor allem an der Grenze und in den Gebieten, die wegen ihrer Bodenschätze als "strategisch wichtig" erklärt wurden.

Das ist die politische Landschaft, die zusammen mit den verschiedenen Formen ausländischer Einmischung das Szenario für einen Krieg niedriger Intensität schaffen, der praktisch alle Bereiche des alltäglichen Lebens der Venezolaner durchzieht. Dies ist also der Rahmen, in dem sich die individuellen Freiheitsrechte, die Opposition und Parteienvielfalt, der Aufruf zu und die

Durchführung von Protestmärschen, Äußerungen von Uneinigkeit und Kritik in den Kommunikationsmedien und andere Formen mehr der sogenannten Demokratie in Venezuela entfalten.

## III. In Venezuela laufen der Sozialvertrag, die Institutionen und die Rahmenbedingungen der Wirtschaft aus dem Ruder

Wenn es etwas gibt, das als Besonderheit des Falles Venezuela definiert werden könnte, dann, dass das derzeitige gesellschaftspolitische Szenario zerrissen, tief korrupt und höchst chaotisch ist. Wir haben behauptet, dass das Land vor einer der schwersten institutionellen Krisen in ganz Lateinamerika [3](#) steht und nahmen dabei Bezug auf die Gesamtheit der juristischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen, welche die Republik Venezuela bilden.

Die historische Krise des Öl-Renten-Modells, die grassierende Korruption im Land, tiefe Risse im Sozialgefüge seit der "neoliberalen Periode" und speziell seit 2013, und die Intensität der politischen Attacken und Auseinandersetzungen haben zusammen die Rahmen der Institutionen in sämtlichen Gesellschaftsbereichen gesprengt und ein Großteil der sozialen Entwicklungen wurde mittels informeller, versteckter oder illegaler Mechanismen gesteuert.

Im Wirtschaftsbereich hat sich die Korruption zu einem durchgehenden Mechanismus entwickelt, der gleichzeitig der Motor für die Verteilung der Öleinnahmen ist. Enorme Summen an Devisen werden nach Ermessen einiger Weniger umgeleitet und somit das Fundament der formellen Rentenökonomie untergraben. Hauptsächlich geschieht das über die PDVSA [4](#), das bedeutendste Industrieunternehmen des Landes, und über wichtige Fonds wie den China-Venezuela-Fonds oder zahlreiche verstaatlichte Unternehmen.

Der **Kollaps des formellen Wirtschaftssektors** machte aus dem informellen praktisch einen der "Motoren" der gesamten nationalen Wirtschaft. Die Quellen sozialer Chancen, sei es sozialer Aufstieg oder höhere Verdienstmöglichkeiten, sind häufig im sogenannten *Bachaqueo* [5](#) von Lebensmitteln (illegaler Handel zu Höchstpreisen auf dem Schwarzmarkt) [6](#) und anderen Formen von Geschäften auf den verschiedenen Parallelmärkten zu finden, wie Devisen, Medikamente, Benzin etc.

Im politisch-juristischen Bereich mangelt es dem Rechtsstaat an Respekt und Anerkennung seitens der wichtigsten politischen Akteure. Sie erkennen sich gegenseitig nicht nur nicht an, sondern reizen alle verfügbaren politischen Spielräume aus um auf Biegen und Brechen den jeweils anderen zu

besiegen. Die venezolanische Regierung konfrontiert jene, die sie für "feindliche Kräfte" hält, mit Schock- und Sondermaßnahmen, während Gruppen des reaktionärsten Flügels der Opposition gewalttätige Konfrontationen, Aktionen des Vandalismus oder Angriffe auf die Infrastruktur durchführen. In diesem Szenario ist der Rechtsstaat stark untergraben worden und dies macht die venezolanische Bevölkerung sehr verwundbar.

Die **Straffreiheit** nimmt immer mehr zu und hat sich mittlerweile auf alle Bereiche der Bevölkerung ausgebreitet. Das trägt nicht nur dazu bei, dass sich die Korruption unaufhaltsam weiter einnistet, sondern beinhaltet auch, dass das Volk nichts mehr vom Rechtssystem erwartet und es zunehmend in die eigenen Hände nimmt.

Der Zusammenbruch des Sozialvertrages schafft in der Bevölkerung die Tendenz des "Rette sich, wer kann". Die Zersplitterung der Macht hat ebenfalls dazu beigetragen, dass sich diverse territoriale Machtgruppierungen gebildet haben, wachsen und erstarren, wie zum Beispiel die "Bergbaugewerkschaften", die mit Waffen Goldminen im Bundesstaat Bolívar kontrollieren, oder kriminelle Banden, die Gebiete in Caracas wie etwa El Cementerio oder La Cota 9057 beherrschen.

Der geschilderte Rahmen bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass sich die Zukunft und die politischen Bestimmungen der aktuellen Situation im Land zu einem guten Stück auf dem Weg der Gewalt entwickeln.

#### IV. Die langfristige Krise des venezolanischen Rentenskapitalismus (1983-2017)

Der **Absturz der internationalen Ölpreise** war entscheidend in der Entwicklung der Krise in Venezuela, aber er ist nicht der einzige Faktor, der den Prozess erklärt. Seit den 1980er-Jahren gibt es immer stärkere Erschöpfungssymptome des Akkumulationsmodells, das auf der Ölförderung und der Verteilung der daraus generierten Einkünfte basiert. Die aktuelle Phase der Chaotisierung der Wirtschaft (2013 bis heute) ist **auch ein Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen 30 Jahre im Land**. Warum?

Es gibt mehrere Gründe dafür. Ungefähr 60 Prozent des venezolanischen Erdöls sind Schweröl oder Schwerstöl. Diese sind aus wirtschaftlicher Sicht kostspieliger und erfordern für ihre Weiterverarbeitung um vermarktet werden zu können einen höheren Arbeitsaufwand und Energieverbrauch. Die Rentabilität des Geschäftes, von dem das Land zehrt, geht gegenüber früheren Zeiten, als herkömmliches Öl überwog, zurück. Gleichzeitig fordert dieses Modell immer mehr der Einnahmen und immer mehr Sozialinvestitionen nicht nur um die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung zu be-

diene.

Die extreme Konzentration der Bevölkerung in den Städten (mehr als 90 Prozent) fördert den Gebrauch der Einkünfte im Wesentlichen für den Konsum (von importierten Waren) und **sehr wenig für Produktives**. Die Boom-Zeiten befördern den (primären) extraktiven Sektor – die Auswirkungen der sogenannten "Holländischen Krankheit" – was wiederum dem sowieso schon schwachen produktiven Sektoren merklich schadet. Nach dem Ablauf einer solchen Aufschwungphase (wie Ende der 70er-Jahre und seit 2014 erneut) ist die Wirtschaft noch abhängiger und gegen neue Krisen noch weniger gewappnet.

Die sozio-politische Korruption des Systems ermöglicht ebenso **Kapitalflucht** und betrügerische Verschiebung der Einnahmen, was die Entwicklung einer vernünftigen Verteilungspolitik verhindert, um die Krise zu lindern.

Zunehmende Schwankungen der internationalen Ölpreise haben ebenso weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaft Venezuelas wie die Veränderungen im globalen Machtgefüge hinsichtlich des Erdöls (zum Beispiel verliert die OPEC zunehmend an Einfluss).

Während dieses ganzen ökonomischen Auf und Ab werden die ökologischen Ressourcen weiter abgegraben und aufgebraucht, was in der Gegenwart und Zukunft die Lebensgrundlagen von Millionen Venezolanern bedroht.

Die **aktuelle Lösung**, die die Regierung vorantreibt, ist eine **deutliche Erhöhung der Auslandsverschuldung, eine rückläufige Verteilung der Ölrente an die Bevölkerung, die Ausweitung der Rohstoffförderung und die Begünstigung ausländischen Kapitals** gewesen.

Zusammengefasst: Welche politische Elite auch immer in den kommenden Jahren regiert, sie wird so oder so den historischen Grenzen gegenüberstehen, die mit dem alten Öl-Renten-Modell erreicht wurden. Es wird nicht ausreichen, auf einen Glückstrefen zu hoffen, auf dass die Ölpreise wieder steigen. Es werden Veränderungen großen Ausmaßes kommen und man muss auf sie vorbereitet sein.

#### V. Sozialismus? In Venezuela findet gerade ein Prozess der zunehmenden wirtschaftlichen Anpassung und Flexibilisierung statt

Im Land entwickelt sich gerade ein zunehmender Anpassungs- und Zersplitterungsprozess der Wirtschaft, wobei vorherige Kapitalregulierungen und -beschränkungen flexibilisiert werden. Dabei werden die zuvor in der Bolivarischen Revolution erreichten sozialen Fortschritte allmählich demontiert. Diese Änderungen treten maskiert im Namen des Sozialismus und der Revolution auf, stellen aber eine Politik dar, die von der Bevölkerung immer mehr abge-

lehnt wird. Politische Maßnahmen wie die Gründung von **Sonderwirtschaftszonen** stechen hervor. Sie stellen umfassende Öffnungen von Teilen des Staatsgebietes dar und damit wird die Souveränität an ausländisches Kapital und Investoren übergeben, die praktisch ohne Schranken in diesen Zonen operieren können. Es handelt sich um eine der neoliberalsten Maßnahmen seit der "Agenda Venezuela", die auf Empfehlung des Internationalen Währungsfonds in den 1990er Jahren von der Regierung Rafael Calderas vollzogen wurde.

Es gibt noch weitere Beispiele dafür: die stufenweise **Flexibilisierung** der Abkommen mit ausländischen Ölgesellschaften im Orinoco-Gürtel; die **Freigabe der Preise** einiger Grundbedarfsgüter; die zunehmende Ausgabe von **Staatsanleihen**; die Abwertung der **Währung**, indem eine Art frei schwankender Wechselkurs geschaffen wurde (Simadi); die Billigung einiger direkt in US-Dollar getätigter Handelsgeschäfte, beispielsweise in der Tourismusbranche; oder die zuverlässige Begleichung der Auslandsschulden und Leistungen, was eine Senkung der Importe und somit Probleme der Knappheit bei Artikeln des Grundbedarfs mit sich bringt.

Die Wiederbelebung der flexibilisierten Rohstoffförderung wird angeschoben, man zielt auf die neuen Grenzen der Förderung. Besonders mit dem Megaprojekt Arco Minero del **Orinoco**, das auf einem Gebiet von 111.800 Quadratkilometern einen gigantischen Bergbau nie zuvor gekanntem Ausmaßes entstehen lassen soll, was die Existenzgrundlagen der Venezolaner und vor allem der indigenen Völker bedroht. Diese Projekte verfestigen zudem langfristig die Abhängigkeit von den Schemata, die der Extraktivismus schafft [8](#).

Zu betonen ist, dass diese Reformen verbunden sind mit der Aufrechterhaltung einiger Sozialhilfepolitiken, stetigen Erhöhungen der nominalen Löhne, einigen Zugeständnissen hinsichtlich der Forderungen der Basisorganisationen und einem revolutionären und antiimperialistischen Diskurs. All dies zielt offensichtlich vor allem darauf ab, die verbliebene Unterstützung bei den Wahlen aufrechtzuerhalten.

Gegenwärtig erleben wir also einen "**mutierten Neoliberalismus**", wie wir ihn nennen, insoweit Formen der Kommerzialisierung, Finanzialisierung und der Deregulierung mit Mechanismen staatlicher Interventionen und Sozialhilfe kombiniert werden. Ein Teil der Linken war sehr darauf fokussiert, konservative Regierungen an der Macht zu verhindern, um so die "Rückkehr zum Neoliberalismus" zu vermeiden. Sie vergessen dabei jedoch zu erwähnen, wie auch progressive Regierungen verschiedene selektive, abgeänderte und gemischte Maßnahmen mit neoliberalen Profil vorangetrieben haben, die letztlich dem Volk und der Natur schaden [9](#).

## VI. Die Alternative? Das Projekt der Parteien des Bündnisses "Tisch der Demokratischen Einheit" ist neoliberal

Der rechtsgerichtete Tisch der Demokratischen Einheit (MUD) ist das derzeit vorherrschende Parteienbündnis der Opposition zur venezolanischen Regierung, auch wenn eine linke Oppositionsbewegung gerade langsam heranwächst und es gut möglich ist, dass sie das weiterhin tut. Diese kritische Linke, zumindest diejenige im engeren Sinn, identifiziert sich nicht mit dem MUD und organisiert sich daher politisch nicht mit ihm.

Der MUD ist kein homogener Block, es finden sich dementsprechend Sektoren wieder, die von einflussreichen radikalen Gruppierungen der extremen Rechten – die als "Uribistas" [10](#) bezeichnet werden könnten – bis hin zu gemäßigten Konservativen und Vertretern eines elitären Liberalismus reichen. Diese verschiedenen Gruppen stehen in einer konflikthaften Beziehung zueinander, mit möglichen Konfrontationen und gegenseitige Abfuhren.

Trotz ihrer Differenzen einen mindestens drei wesentliche Faktoren die Gruppierungen des MUD: das ideologische Raster, die Grundlagen ihres Wirtschaftsprogramms und die reaktionäre Agenda gegenüber der Regierung und angesichts der Möglichkeit einer tiefgreifenden Transformation. Wir werde uns auf die beiden erstgenannten beziehen.

Ihr ideologisches Raster wird zutiefst von der neoklassischen Theorie und vom konservativen Liberalismus bestimmt; das Privateigentum, das Ende der "Ideologisierung" durch den Staat und ein Mehr an unternehmerischen und individueller Freiheiten werden obsessiv gepriesen.

Diese ideologischen Grundpfeiler sind in der Programmatik dieses Blocks klarer als in seinen eigenen Mediendiskursen, wo die Rhetorik einfach, oberflächlich und voller Parolen ist. Das umfassendste Konzept seines ökonomischen Modells findet sich in den "Richtlinien für das Programm einer Regierung der Nationalen Einheit (2013-2019)" [11](#) wieder. Im Verhältnis zu dem Projekt der derzeitigen venezolanischen Regierung handelt es sich hierbei um eine orthodoxere neoliberale Version der Ölförderung.

Obwohl man sich den "Wandel" und ein "produktives Venezuela" auf die Fahnen schreibt, sieht der Vorschlag eine Steigerung der Ölförderung auf bis zu sechs Millionen Barrel täglich vor und betont dabei den Anstieg der Fördermengen im Orinoco-Gürtel. Auch wenn sie sich gegenseitig beschuldigen, zanken und öffentlich mit dem Finger aufeinander zeigen, verbrüdernd sich Henrique Capriles Radonski ("Öl für deinen Fortschritt") [12](#) und Leopoldo López ("Öl im besseren Venezuela" [13](#)) in ihren Vorschlägen und stimmen mit dem von der Re-

gierung angestoßenen "Plan für das Vaterland" (2013-2019) überein. Der angekündigte Wandel ist nichts weiter als ein erneutes Festhalten am Extraktivismus, mehr Rentismus und Entwicklung und der wirtschaftlichen Konsequenzen und sozial-ökologischen sowie kulturellen Folgen, das dieses Modell mit sich bringt.

## VII. Die Fragmentierung des "Volkes" und die fortschreitende Aushöhlung des sozialen Gefüges

Die arbeitende Bevölkerung ist in dem stattfindenden Krieg niederer Intensität und dem systematischen Chaos der Leidtragende. Der starke sozialpolitische Zusammenhalt, der sich in den ersten Jahren der Bolivarischen Revolution gebildet hatte, hat sich nicht nur abgenutzt, sondern ist zunehmend zerlegt worden. Das führt sogar soweit, dass das kommunitäre Gefüge im Land bis ins Mark getroffen ist.

Die Unsicherheit bei der Deckung der täglichen Grundbedürfnisse; die Anreize zur individuellen und wettbewerbsfähigen Lösung der sozio-ökonomischen Probleme der Bevölkerung; die wuchernde Korruption; das Steuern von Konflikten und sozialen Streitigkeiten mittels Gewalt; der Verlust von ethisch-politischen Bezügen und der Verschleiß der Polarisierung durch in Misskredit geratene Parteien; die direkte Aggression gegenüber starken oder bedeutenden kommunitären Erfahrungen und Anführern seitens verschiedener politischer oder territorialer Akteure: All diese Erfahrungen tragen dazu bei, dass das Sozialgefüge geschwächt wird und die wirklichen Eckpfeiler eines möglichen emanzipatorischen und von der Bevölkerung getragenen Transformationsprozesses eingerissen werden. Auch die Widerstandsfähigkeit der Menschen gegenüber einem weiteren Vormarsch regressiver Kräfte im Land wird dadurch geschwächt.

Inzwischen drängen landesweit **verschiedene Basisorganisationen und soziale Bewegungen** darauf, von ihren Gebieten ausgehend eine Alternative zu schaffen. Die Zeit wird zeigen, wie viel Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit sie besitzen, und vor allem, ob sie die kollektive Fähigkeit aufbringen, sich untereinander zu organisieren und mit größerem Nachdruck den Kurs des politischen Projekts des Landes bestimmen können.

Sollte es eine bedingungslose **Solidarität** geben, die von der Linken in Lateinamerika und weltweit angeschoben werden müsste, so mit diesem kämpfenden Volk, das historisch die Ausbeutung und die Kosten der Krise geschultert hat. Es ist oftmals auf die Straße gegangen um seinen Forderungen Gehör zu verschaffen. Und in der aktuellen Situation ist es mit komplexen Problemen konfrontiert, die die Zeiten der Regression mit sich bringen. Die Solidarität mit diesem

kämpfenden Volk sollte das Hauptanliegen der Linken sein. Der Preis, sich auf eine Strategie für den Machterhalt zu konzentrieren und diesen populären anti-hegemonialen Kräften den Rücken zu kehren, könnte sehr hoch sein.

*Emiliano Terán Mantovani aus Venezuela ist Soziologe, Experte für ökologische Wirtschaft und Autor; Mitarbeiter in der ständigen Arbeitsgruppe "Alternativen zur Entwicklung" der Rosa-Luxemburg-Stiftung und im Lateinamerikanischen Rat für Sozialwissenschaften (Clacso). Aktiv im Netzwerk gegen Ölförderung in tropischen Ländern (Red Oilwatch)*

- [1. https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2015/03/09/executi...](https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2015/03/09/executi...)
- [2. http://www.southcom.mil/Portals/7/Documents/PPosture%20Statements/SOUTHCO...](http://www.southcom.mil/Portals/7/Documents/Posture%20Statements/SOUTHCO...)
- [3. http://www.rebellion.org/noticia.php?id=207450](http://www.rebellion.org/noticia.php?id=207450)
- [4. http://www.correodelorinoco.gob.ve/maduro-hay-que-ir-a-sanear-profundame...](http://www.correodelorinoco.gob.ve/maduro-hay-que-ir-a-sanear-profundame...)
- A. d. Ü.: Produkte werden zum staatlich regulierten Normalpreis gekauft und unter Ausnutzung von Engpässen zu horrenden Preisen auf dem Schwarzmarkt weiterverkauft
- [6. http://www.eluniversal.com/noticias/economia/leon-bachaquero-invierte-40...](http://www.eluniversal.com/noticias/economia/leon-bachaquero-invierte-40...)
- [7. http://efectococuyo.com/principales/van-al-menos-24-fallecidos-en-enfrentamientos-entre-cicpc-y-bandas-delinuenciales](http://efectococuyo.com/principales/van-al-menos-24-fallecidos-en-enfrentamientos-entre-cicpc-y-bandas-delinuenciales)
- [8. http://www.alainet.org/es/articulo/175893](http://www.alainet.org/es/articulo/175893)
- [9. http://www.alainet.org/es/articulo/172285](http://www.alainet.org/es/articulo/172285)
- A. d. Ü.: Anhänger des ultrarechten Politikers und Ex-Präsidenten von Kolumbien, Álvaro Uribe
- [11. http://static.telesurtv.net/filesOnRFS/opinion/2015/12/09/mud\\_government\\_plan.pdf](http://static.telesurtv.net/filesOnRFS/opinion/2015/12/09/mud_government_plan.pdf)
- [12. http://www.eluniversal.com/noticias/politica/plan-petroleo-para-progreso...](http://www.eluniversal.com/noticias/politica/plan-petroleo-para-progreso...)
- [13. http://www.leopoldolopez.com/en-la-mejor-venezuela-duplicaremos-la-produ...](http://www.leopoldolopez.com/en-la-mejor-venezuela-duplicaremos-la-produ...)

<https://amerika21.de/analyse/175489/schlussel-krise-venezuela> ; Quelle: [alainet.org](http://alainet.org)

### Venezuela: Artikel in Sand im Getriebe:

Nr. 14, 50, 64, 95, 98, 101, 105, 114

**SIG 121 „Schwierige Zeiten in Lateinamerika – daraus lernen“**

### 28.7.2017, Venezuela: aufs Ganze gehen?

Oppositionsführer propagieren den "totalen Aufstand", die USA mischen sich zunehmend ein – drohen in Venezuela Szenarien in der Art von Libyen oder Syrien? , [amerika21](http://amerika21)

Weitere Infos über Venezuela auf <https://amerika21.de/geo/venezuela>, z.B. über die [Medienblockade](#)



# Observatorio Argentino

## Argentinien: Versuchslabor der neuen Rechten

Ähnlich wie Pinochets Chile zu Beginn der neoliberalen Ära das Experimentierfeld der "Schock-Doktrin" gewesen war, sind Länder des globalen Südens wie Argentinien heute die **Versuchslabore, in denen das Programm der Trumps und Le Pens bereits vorexerziert** wird. Trotz der drastischen Kürzungen, mit denen in Argentinien das Staatsbudget für Erziehung, Wissenschaft und Technologie auf ein historisches Minimum zusammengestrichen wurde (Stipendien für den wissenschaftlichen Nachwuchs wurden um 60 Prozent gekürzt), blühen im Versuchslabor der Rechten neue Wissensformen zur Herstellung von "*alternative facts*". Am Jahrestag des Militärputsches vom 24. März 1976, dessen Status als nationaler Gedenktag die Regierung Macri abschaffen wollte, ist es an der Zeit für eine erste Bilanz dieser Experimente.

### Angewandte Xenophobie

Als Argentiniens Präsident Mauricio Macri im Januar 2017 per Dekret die sofortige Ausweisung von Immigranten [autorisierte](#), wurde dies als Imitation von Donald Trumps nur wenige Tage zuvor lanciertem „travel ban“ [verstanden](#). Die Geste war identisch: Kriminalisierung der Migration, Ethnisierung der Kriminalität, indem man – wie Macris Innenministerin Patricia Bullrich – Armutsmigranten aus lateinamerikanischen Nachbarländern wie Peru und Bolivien mit transnationalen Drogenkartellen in eins setzt. Tatsächlich hatte die systematische Kriminalisierung der Immigration in Argentinien jedoch vor dem Trump-Effekt eingesetzt: bereits 2016 wurde, in scharfem Kontrast zum bislang gültigen Immigrationsreglement, ein [Sondergefängnis](#) für Migranten eingerichtet, in denen Ausländer bereits nach minimalen Ordnungsverstößen interniert werden können. Das Ziel der Maßnahmen ist eindeutig: es geht darum, das Problem der öffentlichen Sicherheit mit der Figur des Immigranten zu verknüpfen und damit soziale Gegensätze zu schüren, die eine verstärkte Polizeipräsenz auf den Straßen rechtfertigen. Wie aus einer anderen Welt klingt heute der Slogan "La patria es el otro" (Mein Nächster ist das Vaterland) – vielmehr scheint "La patria es el odio" (Der Hass ist das Vaterland) das Motto einer von Stigmatisierung und Rassismus geleiteten Politik zu sein. Der Angriff auf Migrantenrechte ist Teil einer eskalierenden Kampagne gegen die Menschenrechte als solche. Eine wachsende Liste von Regierungsfunktionären wie zuletzt der Chef der Zollbehörde, Juan J. Gómez Centurión, [bestreitet](#) den Staatsterror der Militärdiktatur und [die Zahl](#) der Ver-

schwundenen. Provokationen wie diese oder die Berufung eines Anwalts von Folterern als Mitglied der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte, begleitet von der finanziellen Aushöhlung der Menschenrechtsinstitutionen, bezwecken nicht allein die Rehabilitierung der Militärdiktatur. Sie funktionieren vor allem als stillschweigende Erlaubnis zur Verschärfung des gesellschaftlichen Diskurses und des Schürens der ethnischen, sozialen, sexuellen und legalen Brüche und Verwerfungen: kurz, als Blankoscheck für staatliche Überwachung und Repression. Aushöhlung der Menschenrechte und Ausweitung des Überwachungsstaates in Reaktion auf die vermeintlich grassierende "Unsicherheit": Argentinien dient hier als Versuchslabor eines Modells, das verstärkt auch in Europa und Nordamerika Anwendung findet.

### Kommunikations-Alchemie

Neben verleugnenden Ex-Militärs wie Gómez Centurión ist Macris Kabinett vor allem mit schillernden Persönlichkeiten aus der Finanzwelt besetzt. Der Stabschef des Präsidenten war bis vor kurzem auf Teilzeitbasis auch in den Aufsichtsräten von Fluggesellschaften der Macri-Holding tätig, die seit Amtsantritt des Präsidenten kräftig von der Privatisierung der staatlichen Inlandsflugrouten [profitieren](#). Das Energieministerium ging an den Millionenaktionär und Ex-CEO von Shell Argentinien, der sogleich einen Kreuzzug gegen die "künstlich niedriggehaltenen" Strom- und Gastarife mit Preissteigerungen von bis zu 2000 Prozent initiierte. "Aktionär zu sein bedeutet nicht unbedingt einen Interessenkonflikt", teilte die neue Chefin der Antikorruptionsbehörde, Laura Alonso, dazu lakonisch mit. Offenbar gilt dies auch für die per Dekret [verhängte](#) Amnestie für Steuerflüchtlinge (einschließlich des Präsidenten und seiner Familie, der im Zuge der Ermittlungen zu den Panama Papers ein Netzwerk von Briefkastenfirmen in Steuerparadiesen nachgewiesen wurde) oder für den staatlichen [Verzicht](#) auf Schuldzahlungen der Macri-Firmengruppe im Zusammenhang mit der Privatisierung des Postverkehrs, durch die dem Fiskus Einbußen in Höhe von mehr als 70.000 Millionen Pesos entstanden sind. Angesichts der rapide wachsenden [Armut](#) im Land – über eineinhalb Millionen Menschen sind laut Erhebungen der Universidad Católica Argentina seit Macris Amtsantritt unter die Armutsgrenze gefallen – erfordern derartige Blankoschecks notwendig das

systematische Schüren des Hasses auf alle möglichen Sündenböcke. Gegen alle statistische Evidenz hat die Regierung die "Jugendkriminalität" und die Senkung des Strafmündigkeitsalters als Wahlkampfthema ausgemacht. Tatsächlich [wächst](#) vor allem die Zahl der Todesfälle in Polizeigewalt sowie die der "Inhaftierungen zur Identitätsfeststellung" – von jeher eine euphemistische Formel für die polizeiliche Drangsalierung und Erpressung von Armen, Mestizen und Migranten wie die jungen Redakteure der Barrio-Zeitschrift "Garganta Poderosa", die im September 2016 von der Polizei [gefoltert](#) und vor ein simuliertes Erschießungskommando geführt wurden. Ein explosives Gemisch aus messianischen Untersuchungsrichtern, selbsternannten Chefanklägern in den Talkshows der großen TV-Kanäle, ehemaligen und aktiven Geheimdienstlern und [professionellen Trolls](#), die über Facebook und Twitter Gerüchte verbreiten, hat den Brunnen der Demokratie vergiftet und die Unabhängigkeit der Justiz bis zur Karikatur entstellt. Jeder Regierungsskandal wird unmittelbar durch ein neue Ermittlungsverfahren gegen diese oder jene Persönlichkeit der Opposition zugekleistert: als Macris Verwicklung in die Panama Papers ans Licht kam, [schickte](#) ein Untersuchungsrichter mit Hang zum magischen Realismus sogleich ein Heer von Baggern in die patagonische Wüste, um nach dem „Gold der Kirchners“ – Macris Regierungsvorgängern – zu graben.



Lassen sich den Mund nicht verbieten: Mitarbeiter und Unterstützer der Zeitschrift "La Garganta Poderosa" in Argentinien

### Toxikologie

Die Kriminalisierung der politischen Opposition und der sozialen Proteste geht einher mit der Konsolidierung des neo-extraktivistischen Modells. Zusätzlich zur bereits durch die Vorgängerregierungen vorangetriebenen Expansion des Tagebaus wurden seit Macris Amtsantritt eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, die den intensiven Abbau natürlicher Ressourcen und die Ausweitung agro-industrieller Produktionsformen weiter erleichtern, ungeachtet der ökologischen und gesundheitlichen Folgen und unter Missachtung der Landrechte indigener Gemeinschaften. Nach der schon 2016

[per Dekret](#) durchgesetzten Streichung der Ausführzölle für Bergbauprodukte soll nun ein ["Nationales Bergbauabkommen"](#) den Wegfall aller rechtlichen Hürden für eins der lukrativsten Exportprodukte Argentiniens besiegeln. Ähnlich wie in den USA unter Trump macht auch in Argentinien der ökologische Raubbau vor

[Rechtsvorschriften](#) wie dem Gesetz zum Schutz der Gletscher nicht Halt. Landansprüche bäuerlicher und indigener Gemeinschaften werden ignoriert, soziale Spannungen verschärft.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Kette von Episoden gewaltsamer Niederschlagung von Protesten lokaler Gemeinschaften verständlich, die das Land von einem Ende zum anderen überzieht: vom Kampf um Trinkwasser und Weideland des Guaraní-Völkes in [Salta](#) und der Bewohner des Jáchal-Tales in [San Juan](#) bis zu den Protesten gegen [Pestizidbelastung](#) in den Provinzen Córdoba und Chaco und zum Widerstand der Mapuche von [Cushamen](#) in Patagonien gegen die Beschlagnahme indigener Ländereien. Die verschärfte Ausbeutung natürlicher Rohstoffe setzt die Zukunft des Landes aufs Spiel und schränkt die Rechte der Schwachen immer weiter ein.

### Kreative Rechtsprechung

Organisierte Formen von Widerstand geraten derweil ins Visier einer brutalen sozialen Disziplinierung, die von direkter polizeilicher Repression bis zur Inhaftierung und psychologischen Folter durch eine politisch gefügte Justizmaschinerie reicht. Erst kürzlich, anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März, wurden in Buenos Aires Dutzende von **Frauen**, die am Frauenstreik sowie an der international beachteten Massenkundgebung NiUnaMenos (Nicht Eine Weniger) gegen Feminizide und patriarchalische Gewalt teilgenommen hatten, brutal [geschlagen und inhaftiert](#). Das willkürliche und gewaltsame Vorgehen der Polizei ließ keinen Zweifel, dass es sich um eine gezielte Form der Einschüchterung und Disziplinierung weiblicher Selbstorganisation handelte. Noch gravierender ist der Fall der indigenen Aktivistin und Parlamentsabgeordneten [Milagro Sala](#), die trotz der Proteste u.a. der [Vereinten Nationen](#), der [Interamerikanischen Menschenrechtskommission](#), des Mercosur-Parlaments sowie von [Amnesty](#)

[International](#) seit über einem Jahr in der von Macri-Verbündeten regierten Provinz Jujuy in Haft sitzt, mit Hilfe einer Reihe juristischer Manöver, die sich nicht einmal die Mühe machen, ihre offene Parteilichkeit zu verschleiern. Als Opfer tagtäglicher Diffamierungskampagnen in den fast durchgehend regierungstreuen Medien, und den körperlichen und psychischen Misshandlungen durch das Haftpersonal schutzlos ausgesetzt, setzen Milagro Sala und anderen Aktivistinnen und Aktivisten der Kolla-, Guaraní- und Mapuche-Völker heute ihr Leben aufs Spiel – nicht allein für die Verteidigung der Rechte indigener Gemeinschaften, sondern auch für das Überleben der Demokratie selbst.

Wie die Aktivisten gegen die Dakota-Pipeline in den USA sind auch in Argentinien indigene Kooperativen wie Milagro Salas' Organisation Túpac Amaru oder Kollektive wie NiUnaMenos, die für die Rechte von Frauen und Trans-Personen kämpfen, unzumutbar geworden, eben weil sie erfolgreiche und effiziente Formen der Selbstorganisation von unten darstellen.

Lassen wir uns vom lockeren und weltläufigen PR-Image Macris und seiner lateinamerikanischen Kompagnons nicht täuschen: wie sehr auch die Begleitmusik sich ändern mag – das Lied bleibt das alte. Auch wenn Lateinamerikas neue Rechte statt Trumps Hüten und Putins Bizeps lieber Maßanzüge zur Schau trägt (am besten ohne Krawatte, damit es unverkrampfter aussieht) – die weltmännischen Masken können doch das Antlitz des Kolonialherrn, des Plantagenbesitzers, kaum verdecken.

Argentiniens Regierung ist im Begriff, den schwersten Anschlag auf den Pluralismus, die soziale Gerechtigkeit, die Unabhängigkeit der Justiz, die freie Meinungsäußerung und die soziale Integration seit dem Ende der Militärdiktatur zu verüben.

Wie überall dort, wo die neue Rechte die Macht übernommen hat – von Polen bis Paraguay, von Ungarn bis Honduras – hat auch in Argentinien eine konkrete und systematische Repression eingesetzt, begleitet von Diskursen der Diskriminierung, des Ausschlusses und der Gewalt, deren Angriffsziel das demokratische Zusammenleben überhaupt ist.

Denn für den Raubbaukapitalismus, in dessen Dienst die neue Rechte steht, sind Bür-

gerrechte und Demokratie nichts als ein Hindernis bei der Profitmaximierung. Lassen wir es nicht zu, dass ihre Experimente Früchte tragen. Weder in Argentinien noch irgendwo sonst.

*Brigitte Adriaensen (Universität Nijmegen), Ignacio Aguiló (University of Manchester), Jens Andermann (Universität Zürich), Carmen Arndt (Architektin, Berlin), Andrés Avelaneda (University of Florida), Edoardo Balletta (Università di Bologna), Vikki Bell (Goldsmiths College), Jordana Blejmar (University of Liverpool), Ben Bollig (University of Oxford), Rike Bolte (Universität Osna-brück), Ana Estefanía Carballo (University of Melbourne), Alejandra Crosta (University of Oxford), Francisco Domínguez (Middlesex University), Geneviève Fabry (Université Catholique de Louvain), Anna Forné (Göteborgs Universitet), Alessandra Ghezzi (Università di Pisa), Gabriel Giorgi (New York University), Gisela Heffes (Rice University), John Kraniuskas (Birkbeck College), Milton Läufer (New York University), Cara Levey (University of Cork), Graciela Montaldo (Columbia University), Daniel Ozarow (Middlesex University), Andrea Pagni (Universität Erlangen-Nürnberg), Fernanda Peñaloza (University of Sydney), Emilia Perassi (Università di Milano), Fernando Reati (Georgia State University), Federica Rocco (Università di Udine), Fernando Rosenberg (Brandeis University), Pablo Rosso (Architekt, Berlin), Isis Sadek (Independent scholar, Ottawa, Canada), Kathrin Saringen (Universität Wien), Dardo Scavino (Université de Pau), James Scorer (University of Manchester), Cecilia Sosa (University of East London), Sven Pötting (Universität Köln), Claudia Tomadoni (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Patricia Willson (Université de Liège)*

**Observatorio Argentino** ist ein Kollektiv von Akademikern aus verschiedenen Ländern Europas, aus den USA, Kanada und Australien, das sich nach eigenen Angaben für die politische, kulturelle und soziale Entwicklung und die Menschenrechte in Argentinien engagiert. Dieser Text wurde anlässlich des Nationalen Gedenktages am 24. März veröffentlicht, zusammen mit einem internationalen Protest-Aufruf gegen die Missachtung der Bürgerrechte unter der Regierung Macri. Weitere Informationen:

<https://amerika21.de/dokument/172818/versuchslabor-argentinien>

### **SIG 121 - Schwierige Zeiten in Lateinamerika - Daraus lernen -**

Über Brasilien: nachdenkseiten

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=39196>

### **ISW-Report Nr. 109**

#### **Krise des Globalen Kapitalismus – und jetzt wohin?**

Leo Mayer: Globaler Kapitalismus vs. Protektionismus / Franz Garnreiter: Kapitalistische Globalisierung: Triebkraft für Akkumulation und Hemmnis für die menschliche Entwicklung / Charles Pauli: USA: Mauern gegen Globalisierung? / Charles Pauli: Europa in der Zerreißprobe / Fred Schmid: China im globalen Kapitalismus / Stephan Lessenich: Grenzen der Ausbeutung? Wie der globale Norden über die Verhältnisse des Südens lebt / Conrad Schuhler: Und jetzt wohin?

## 9. September 2017: CETA-Aktionstag zur Bundestagswahl

**CETA stoppen – JEFTA und TiSA stoppen – TTIP endlich entsorgen – Für einen gerechten Welthandel**  
CETA, das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada, untergräbt Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, ökologische und Verbraucherschutzstandards, soziale Rechte und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Auf EU-Ebene hat das Parlament CETA bereits beschlossen, doch in den meisten EU-Mitgliedsstaaten steht eine Ratifizierung noch aus. So auch bei uns: CETA kann durch Bundestag und Bundesrat noch gestoppt werden.

Darum lasst uns Druck machen: **Gerechte Welthandelspolitik muss Wahlkampfthema sein!**

**Die Positionen der Parteien zu CETA & Co müssen ein Wahlkriterium sein!**

**Macht mit beim CETA-Aktionstag am 9. September!**

### Attac Österreich, EuG-Urteil: Ablehnung der TTIP und CETA-Bürgerinitiative war rechtswidrig

10.05.2017 - Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat soeben der Klage hunderter europäischer Organisationen (darunter Attac Österreich) gegen die Nicht-Zulassung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA stattgegeben: (1) *"Das Gericht der Europäischen Union erklärt den Beschluss der Kommission für nichtig, mit dem die Registrierung der geplanten Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP“ abgelehnt wurde. Die geplante Bürgerinitiative stellt keine unzulässige Einmischung in den Gang des Gesetzgebungsverfahrens dar, sondern löst zur rechten Zeit eine legitime demokratische Debatte aus."*

(...) **Attac fordert**, dass künftig alle Parlamente - jene der Mitgliedsländer und das EU-Parlament - bereits bei der Ausarbeitung von Verhandlungsmandaten involviert werden. Alle Dokumente sind zu veröffentlichen, Verhandlungen müssen von Anfang an transparent sein, und unter parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Beteiligung geführt werden. Fehlentwicklungen müssen bereits während des Verhandlungsprozesses korrigiert werden können. *„Dies würde auch dem immer größer werdenden Einfluss von Konzernen auf die Politik entgegenwirken“*, sagt Strickner.

(1) Am 15. Juli 2014 hatte das europäische Bündnis „Stop TTIP“ bei der EU-Kommission einen Antrag auf Registrierung einer Europäischen Bürgerinitiative gestellt.

Die Initiative forderte das Verhandlungsmandat für TTIP aufzuheben und CETA nicht abzuschließen.

Die Europäische Kommission verweigerte im September 2014 die Zulassung der EBI.

Wenige Tage später entschied das Bündnis, die Unterschriftensammlung trotzdem zu starten als selbstorganisierte EBI.

Dabei wurden vom 7. Oktober 2014 bis zum 6. Oktober 2015 3.284.289 Unterschriften gegen TTIP und CETA gesammelt. Das Länder-Quorum, also eine Mindestanzahl von benötigten Stimmen laut EU-Verordnung, wurde in 23 Staaten überschritten.

Am 10. November 2014 reichte das Stop TTIP-Bündnis beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eine Klage gegen die Nicht-Zulassung der Europäischen Bürgerinitiative durch die Europäische Kommission ein.

**Stop TTIP** ist ein Bündnis von über 500 europäischen Organisationen. <https://stop-ttip.org/de/mehr>

## Europäische Sommerakademie in Toulouse

**Programm:** [https://www.esu2017.org/IMG/pdf/attac-esu\\_de.pdf](https://www.esu2017.org/IMG/pdf/attac-esu_de.pdf)



**Viele Infos:** <http://www.attac.de/esu2017/startseite/>